ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 15. Januar 2009 | 60. Jahrgang | Nummer 1/2

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Brüsseler Kommunalforum:

Mehr Bürgernähe durch gestärkte Kommunen

Zu einem internationalen Kommunalforum unter dem Titel „Die Reform Europas - Mehr Bürgernähe durch gestärkte Kommunen!“ luden die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen zusammen mit den Europabüros der kommunalen Spitzenverbände nach Brüssel ein. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie der europäische Reformprozess wieder in Gang gebracht werden kann. Einigkeit bestand darin, dass das notwendige Vertrauen in Europa nicht ohne die Kommunen erreicht werden kann. Hierzu sei insbesondere eine verbesserte Kommunikation zwischen der Europäischen Union und der kommunalen Ebene erforderlich.

Zum Auftakt betonte Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, des Sächsischen Städte- und Gemeindetags und Oberbürgermeister von Bautzen, dass für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Institutionen mehr Bürgernähe wichtig sei und Entscheidungen wirksam kommuniziert werden müssten. Um Nachhaltigkeit zu sichern, müsse man nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen erreichen. Die Menschen suchten in einer zunehmend globalisierten Welt Halt und Verlässlichkeit, die sie in ihren Heimatregionen, Städten und Gemeinden fänden.

Bezug zu den Kommunen

Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen (AdR) und Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, hielt es für problematisch, dass der Bezug der EU-Kommission zu den Kommunen im operativen Geschäft im Moment fehle. Dies habe z. B. zur Folge, dass Bürgermeister oft gar nicht wüssten, woher ihre Fördergelder kämen und die Information so auch nicht an die Bürger weiter getragen werden könne. Da es aber keine gesamteuropäische Öffentlichkeit gebe, müsse die Kommunikation über die EU-Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erfolgen. Insbesondere fehle bislang eine regionalspezifische Kommunikationsstrategie, so Maly. Zudem seien neben einer guten Kommunikation Vertrauen und eine gute Rechtssetzung erforderlich.

Bürger brauchen Vertrauen

Diese Ansicht wurde auch von Dr. Angelika Vetter von der Universität Stuttgart bestätigt. Sie betonte, dass Bürger ein gewisses Vertrauen bräuchten und Europa für sie spürbar sein müsse. Das meiste Vertrauen habe im Moment die kommunale Ebene, wovon die EU indirekt profitieren könne, so Vetter.

Überzeugung schaffen

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, stellte im Rahmen einer Diskussion klar, dass man eine Überzeugung von Europa nur von unten schaffen könne. Ebenso wie Maly plädierte er für eine andere Kommunikationsstrategie und die Abkehr von der unüberschaubaren Regelungsdichte auf EU-Ebene. Staatsminister Günter Gloser aus dem Auswärtigen Amt erklärte, dass den Bürgern ihre Aversion gegen Europa genommen werden müsse. Sie müssten lernen, objektiv mit Europa umzugehen und bei fraglichen Entscheidungen nicht das ganze „Projekt Europa“, sondern nur die einzelne Regelung in Frage zu stellen.

Impuls für die Selbstverwaltung

Der Uelzener Landrat Dr. Theodor Elster, Vorsitzender des Verfassungs- und Europaausschusses des Deutschen Landkreistages, hob hervor, dass von dem reformierten EU-Vertrag für die deutschen Kommunen

(Forsetzung auf Seite 2)

Als herausragenden Manager seines Konzerns, geradlinigen Vertreter seiner Sache und verantwortungsbewussten Anwalt eines gemeinsamen Lebens- und Kulturraumes würdigte Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein den scheidenden Vorstandsvorsitzenden der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml (Mitte), bei einer glanzvollen Abschiedsfeier in Regensburg, die Demls Nachfolger Thomas Barth souverän moderierte (vgl. Bericht auf Seite 3). ❐

DStGB-Jahrespressekonferenz in Berlin:

Krise als Chance nutzen

**Kommunales Investitionspaket jetzt beschließen
Hoffnungssignal für Bürger und Wirtschaft setzen**

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Bundesregierung aufgefordert, jetzt ein Konjunkturpaket für kommunale Investitionen zu beschließen. Gerade die Städte und Gemeinden könnten durch Investitionen vor Ort einen wichtigen Beitrag leisten, um Aufträge für die Wirtschaft und damit Arbeitsplätze zu sichern, erklärte DStGB-Präsident, Oberbürgermeister Christian Schramm, bei einer Bilanzpressekonferenz in Berlin. Die Städte und Gemeinden mit ihren 1,2 Mio. Beschäftigten, die erfolgreiche Sparkassenstruktur mit über 320.000 sicheren Arbeitsplätzen sowie die kommunalen Unternehmen mit über 220.000 Beschäftigten seien „ein sicherer Anker in unruhigen Zeiten“.

Schramm warnte davor, das zweite Konjunkturpaket im politischen Streit zu zerreden. Die Wirtschaft vor Ort benötige jetzt ein positives Signal, damit Arbeitsplätze gesichert und der Rezession entgegengewirkt werden kann; gleichzeitig wäre es ein gutes Hoffnungssignal für die Bürger, wenn sie merken, dass die Schulen renoviert werden und die Straßen, Wege und Plätze wieder in einen vernünftigen Zustand kommen, sagte Präsident. Der DStGB fordert einen zweistelligen Milliardenbetrag, damit das Paket auch Wirkung entfaltet.

Baubranche braucht Aufträge

Der Bedarf ist riesig. Bis 2020 besteht ein Gesamtinvestitionsbedarf in Städten und Gemeinden von mehr als 700 Mrd. Euro. Zwei Drittel aller öffentlichen Aufträge im Baubereich sind kommunale Aufträge und gerade der Baubranche gehen zunehmend die Aufträge aus. Handlungsbedarf besteht in der Bildungsinfrastruktur in Form der Sanierung von Schulen, Ausstattung mit Sachmitteln etc. (73 Mrd. Euro bis 2020) in Rathäusern und öffentlichen Gebäuden (20 Mrd. Euro bis 2020) sowie in der Verkehrsinfrastruktur.

Notwendig ist der konsequente Ausbau des Breitbandnetzes. Damit können laut DStGB bis zu 250.000 neue Arbeitsplätze gerade in den bislang unterversorgten ländlichen Regionen entstehen.

Zugleich wären nach Ansicht des Städte- und Gemeindebundes die zügigen Investitionen insbesondere zur energetischen Sanierung auch ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz. Realisiert würde ein erhebliches Einsparpotential bei den Energiekosten, die mit ca. 2,6 Mrd. Euro jährlich die kommunalen Haushalte belasten.

Vergaberecht lockern

„Der Rezession kann aber nur wirksam entgegengetreten werden, wenn wir eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen sicherstellen“, bemerkte Schramm. Vielerorts lägen die Pläne bereits vor, allerdings sei die Umsetzung bislang an der Finanzierung gescheitert. Schramm erneuerte den Vorschlag des DStGB, zur Beschleunigung das Vergaberecht zu lockern. Kommunen sollten bei einem Auftragswert von 1 Mio. Euro im Baubereich und 150.000 Euro im Liefer- und Dienstleistungsbereich eine schnelle und mittelstandsfreundlich beschränkte Vergabe vornehmen können.

Das Konjunkturprogramm für kommunale Investitionen müsse der Sondersituation der finanzschwachen Kommunen gerecht werden, fuhr der Präsident fort. Es sei sicherzustellen, dass für diese Kommunen der Eigenanteil von Bund und Ländern übernommen wird.

1,5 Billionen Euro Schulden

Zugleich warnte der DStGB vor einem „verheerenden politischen Wettlauf um immer neue Steuergeschenke“. Konsumgutscheine oder zusätzliche Sozial-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Horst Seehofer zu Arbeitsmarktzahlen:

„Warnsignale ernst nehmen“

Jetzt mit Investitionen und spürbaren Steuer- und Abgabenentlastungen Arbeitsmarkt stärken

Nach den Worten von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer zeigt der leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit zum Jahresende, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland zwar durchaus robust ist und die Unternehmen hierzulande mit großer Verantwortung auf die spürbaren Konjunktureinbrüche reagieren.

Gleichzeitig warnte Seehofer davor, negative Entwicklungstendenzen am Arbeitsmarkt zu übersehen. Vor allem steigende Kurzarbeiterzahlen und ein deutlicher Rückgang bei der Nachfrage nach Arbeitskräften sind ernste Warnsignale. Seehofer: „Es ist erfreulich, dass der Arbeitsmarkt trotz des weltweiten Konjunktureinbruchs nach wie vor nicht schlecht dasteht. Umso wichtiger ist jetzt, dass die Politik auf Landes- und Bundesebene schnell und entschlossen handelt, um mit Investitionen und spürbaren Steuer- und Abgabenentlastungen die Folgen der weltweiten Rezession zu bekämpfen. Sonst werden die nächsten Monate außerordentlich ungemütlich.“

Seehofer zeigte sich zuversichtlich, dass sich die Große Koalition in der nächsten Woche auf die entscheidenden Schritte für das notwendige Konjunkturpaket einigen wird. Seehofer: „Bereits am Montag haben wir uns auf grundlegende Weichenstellungen verständigt. Ich appelliere an alle Beteiligten, diese Festlegungen jetzt nicht zu zerreden, sondern den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Das erwarten die Menschen zu Recht von ihren Politikern.“ ❐

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Neues von Sabrina

„Auch Kränkungen wollen gelernt sein. Je freundlicher, desto tiefer trifft's.“ Dennoch kann es sein, dass der Bürgermeister in einer hitzigen Auseinandersetzung nach dem schönen alten Motto verfährt: „Auf groben Klotz den groben Keil!“ Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt für Klarheit gesorgt. **Seite 15**

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Ländliche Räume sind dynamisch und ideenreich 2
Gemeindetag begrüßt Konjunkturpaket II 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Finanzausgleich: Impulse für Wachstum und Beschäftigung 3
Kernenergie als Brückentechnologie 3
Wichtige Rechtsfragen 4
GZ-Fachthemen:
Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen . . . . . .5 - 10
Abfall · Umwelt 11/12
Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV 12/13
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . 14 - 16

Gemeindetag begrüßt Konjunkturpaket II

Brandl: Schnelle Investitionen in Schulen und Straßen

„Das nunmehr beschlossene Konjunkturpaket II gibt das richtige Signal an die Städte und Gemeinden, jetzt notwendige Investitionen in die Modernisierung von Schulen, Kindergärten oder Straßen zu tätigen. Die dafür vorgesehenen 17 bis 18 Milliarden Euro bundesweit müssen nun rasch und unbürokratisch an die Kommunen ausgezahlt werden, die einen konkreten Investitionsbedarf haben, damit bald ein spürbarer Effekt zu Gunsten der örtlichen Wirtschaft und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger eintritt“ sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum Beschluss der Koalition aus Union und SPD am vergangenen Montag in Berlin. „Wichtig ist auch der langfristige Effekt“ sagte Brandl. „Geld, das jetzt in Investitionsmaßnahmen gesteckt wird, muss nicht Jahre später aufgebracht werden. Die Rendite für thermisch sanierte Gebäude und leistungsfähige Straßen können wir alle in ein paar Jahren ernten.“

Brandl plädierte erneut an den Bundesgesetzgeber, die strengen Regeln für Ausschreibungen öffentlicher Leistungen zu lockern. „Wir wollen schnell handeln. Aufwändige Vergabeverfahren behindern den Schwung und verzögern notwendige Investitionen. Zumindest für die nächsten Jahre sollten die Vergaberegeln gelockert und beispielsweise die freihändige Vergabe an örtliche Unternehmen und Handwerker in größerem Umfang als bisher ermöglicht werden. Der Bund sollte sich ein Beispiel an der EU-Kommission nehmen, die soeben ihre Beihilferegeln für die nächsten beiden Jahre gelockert hat.“ ❐

Ländliche Räume sind dynamisch und ideenreich

Bundesagrarministerin Aigner startet die Aktion „Unser Land. Hier wächst Zukunft“ mit dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund

„Im Land steckt Leistung. Hinter der Leistung stehen Menschen. Kreativität und Fleiß der Menschen in den ländlichen Räumen sind der Rohstoff für das 21. Jahrhundert“, betonte Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum Start einer Plakat-Aktion in Berlin, mit der auf die Vielfalt und die Potenziale der ländlichen Räume aufmerksam gemacht wird. Gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wurden unter dem Thema „Unser Land. Hier wächst Zukunft“ vier Plakatmotive vorgestellt, die bildlich veranschaulichen sollen, dass viele Leistungsträger im ländlichen Raum leben und arbeiten.

Zwei Drittel aller Menschen in Deutschland leben außerhalb der Ballungszentren. Ländliche Räume erbringen einen großen Teil der Wirtschaftsleistung. Sie liefern Energie, Nahrung, Erholungsraum und erhalten unsere Kulturlandschaften. Mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ unterstützt das BMELV die Attraktivität ländlicher Räume - für die Landwirtschaft und den Mittelstand, für die Lebensperspektiven der Menschen dort. Die Finanzmittel für die Gemeinschaftsaufgabe werden für das Jahr 2009 gegenüber dem laufenden Jahr auf insgesamt 700 Mio. aufgestockt.

„Mit dem Aktionsprogramm ‚Energie für morgen - Chancen für ländliche Räume’ werde ich Anfang 2009 eine ehrgeizige Konzeption vorlegen, um Wertschöpfung, Beschäftigung und sichere Energieversorgung in ländlichen Räumen neue Impulse zu geben“, sagte die Ministerin.

Attraktivität erhalten

Der Vizepräsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Dr. Michael Ermrich, betonte, dass alles daran gesetzt werden müsse, die Attraktivität ländlicher Regionen zu erhalten. „Das heißt vor allem, Arbeitsplätze auch außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen. Insofern muss an das vielfältig vorhandene wirtschaftliche Potenzial in ländlichen Räumen angeknüpft und weiter daran gearbeitet werden, die Bedingungen zur Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen zu verbessern.“ Die Notwendigkeit der vollständigen Erschließung der Fläche mit Breitbandinternet sei nur ein Beispiel dafür, wovon die Wahl eines Standortes abhänge. Zudem sei die Bildungs- und Schulinfrastruktur ein wesentlicher Faktor für Wachstum im ländlichen Raum. Bedeutsam sei deshalb auch die Arbeit der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“. „Sinnvoll wäre, die Arbeit dieses Gremiums über das Jahresende hinaus fortzusetzen und die kommunalen Spitzenverbände einzubeziehen“, so Ermrich.

„Die Aufgabe der ländlichen Entwicklung beschränkt sich nicht nur auf strukturschwache Gebiete. Es ist ein Thema für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes insgesamt“, so Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. „Angesichts der drohenden Wirtschaftskrise sind Investitionen in die kommunale Infrastruktur wichtig. Insbesondere den ländlichen Kommunen kommt eine große Bedeutung zu. Rund 65 Prozent aller kommunalen Baumaßnahmen werden von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden durchgeführt, 22 Prozent entfallen auf die kreisfreien Städte und 13 Prozent auf die Landkreise.“

Leistungskraft

Die Leistungskraft der ländlichen Räume spiegelt sich in den Leistungsträgern vor Ort wider, die durch ihren Einsatz und ihr Engagement die Lebensqualität sichern. Um dies aufzuzeigen stehen bei der Aktion “Unser Land. Hier wächst Zukunft“ die Leistungsträger aus den Bereichen Breitbandanschlüsse, Regionalverkehr, Bioenergie und Dorfentwicklung im Vordergrund. ❐

Krise als Chance nutzen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

leistungen wären ein falsches Signal. Die Bürger seien bereits in großem Maße entlastet worden. Allein die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung schlage mit 30 Mrd. Euro zu Buche. Die Pendlerpauschale werde kraft Urteil des Bundesverfassungsgerichts 7,5 Mrd. Euro Entlastung bringen, die Steuerentlastung bei der Krankenversicherung betrage 10 Mrd. Euro. Die Senkung des Benzinpreises bringe 30 Mrd. Euro in die Taschen der Bürger. Das Kindergeld sei ebenfalls gerade erhöht worden - „ein enormes Entlastungsprogramm“, so Schramm, der hinzufügte: „Bund, Länder und Gemeinden haben 1,5 Billionen Euro Schulden. Sie zahlen 70 Mrd. Euro pro Jahr an Zinsen, das sind 133.000 Euro pro Minute. Man muss den Bürgern immer wieder klar machen, dass sie Steuergeschenke von heute bereits morgen mit höheren Steuern, mit Zinseszins, zurückzahlen müssen.“

Fortsetzung des Reformprozesses

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, mahnte seinerseits die Fortsetzung des Reformprozesses in Deutschland an. Nach der Krise werde ein effektiver wettbewerbsfähiger Staat mit weniger Bürokratie und mehr Bürgernähe benötigt. „Wenn wir das schaffen, haben wir die Chancen der Krise genutzt“, so Landsberg.

So werde jetzt eine schnelle Entscheidung über die Neuorganisation der Arbeitsverwaltung benötigt. Das Bundesverfassungsgericht habe bereits im Dezember 2007 den Gesetzgeber aufgefordert, bis Ende 2010 eine Nachfolgeregelung zu schaffen. Die Arbeitsgemeinschaften leisteten gute Arbeit. Dieser Erfolg dürfe nicht durch weitere Verunsicherung infrage gestellt werden.

Der Bund muss in der Verantwortung bleiben

„Eine Kommunalisierung durch die Hintertür wird am Widerstand der Städte und Gemeinden scheitern“, stellte Landsberg klar. „Wir wollen auch weiterhin in der Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung unsere besonderen Fähigkeiten bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einbringen. Der Bund muss aber dauerhaft in der politischen und finanziellen Verantwortung bleiben.“ Egal wie die Neuorganisation aussehe, der Spielraum vor Ort müsse größer werden, um den Erwerbslosen „passgenau“ zu helfen.

Die Krise bietet Landsberg zufolge auch die Gelegenheit, das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und die Perspektiven von Staatsausgaben und Staatsaufgaben neu zu ordnen. Die mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen bereits befasste Föderalismuskommission II müsse die große Chance nutzen, endlich den Grundsatz der Konnexität zu verankern.

Effizienzgewinn durch kommunale Zusammenarbeit

Ein zusätzlicher Effizienzgewinn im Staat könne auch dadurch erreicht werden, dass die Voraussetzungen für die kommunale Zusammenarbeit endlich erleichtert werden, schlug Landsberg vor. Die kommunale Zusammenarbeit habe sich bewährt, um z. B. in der Wasserversorgung, aber auch im Bereich der Bildung und Informationstechnologie effiziente Leistungen für die Bürger zu kostengünstigen Preisen zu erbringen. Kommunale Zusammenarbeit sei eine reine Organisationsentscheidung der Kommunen im Interesse ihrer Bürger. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung werde diese Form der Zusammenarbeit eine überragende Bedeutung erlangen. Dem habe der Gesetzgeber Rechnung zu tragen. Beim laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Modernisierung des Vergaberechts müsse der Deutsche Bundestag dies berücksichtigen. Zudem müsse die europäische Gesetzgebung diesem Erfordernis gerecht werden. **DK**

Mehr Bürgernähe durch ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ein deutlicher Impuls zur Anerkennung kommunaler Selbstverwaltung in Europa ausgehe: „Erstmals nimmt die europäische Staatengemeinschaft ausdrücklich Bezug auf die kommunale Selbstverwaltung und verankert dieses Prinzip dezentraler, bürgernaher, transparenter und effizienzorientierter Verwaltung fest im EU-Recht. Nur mit starken und funktionierenden Kommunen ist es möglich, ein starkes Europa der Bürger zu bauen. Es muss daher weiter nach Wegen gesucht werden, den Reformvertrag zu verabschieden“, so Elster.

Als Höhepunkt des Forums im Ausschuss der Regionen (AdR) wurde die Deklaration „Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen in Europa!“ verabschiedet. Darin haben sich die Beteiligten für ein respektvolles und gleichberechtigtes Zusammenwirken aller demokratisch legitimierter Ebenen - Kommunen, Länder/Regionen, Staaten, Europa - ausgesprochen. In der Erklärung wird die Verwirklichung des Vertrags von Lissabon, die Anerkennung der Kommunen als vollwertige Partner in Europa, die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, die Respektierung der örtlichen Entscheidungsspielräume sowie die Schaffung eines Europas der Bürger gefordert. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Deusel
96170 Lisberg
am 30.1.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Landrat Theo Zellner
93413 Cham
am 1.2.

Bürgermeister Josef Mederer
85247 Schwabhausen
am 26.1.

Bürgermeister Robert Herrmann
96106 Ebern
am 28.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Hümbs
86571 Langenmosen
am 21.1.

Bürgermeister Josef Auer
84323 Massing
am 23.1

Bürgermeister Werner Windisch
92729 Weiherhammer
am 28.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Karlheinz Stephan
86529 Schrobenhausen
am 21.1.

Bürgermeister
Hans-Martin Schertl
92246 Vilseck
am 21.1.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Negativrekord im Wohnungsbau

Innenminister Herrmann fordert Steuererleichterungen

In Bayern wurden bis November 2008 für 33.064 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt oder Genehmigungsfreistellungsverfahren abgeschlossen. Nach den Erhebungen des Statistischen Landesamts sind das 5,8 Prozent weniger als beim bereits sehr niedrigen Ergebnis für den entsprechenden Vorjahreszeitraum.

„Wir brauchen mehr neue Wohnungen, insbesondere mehr familiengerechten Wohnraum“, so Innenminister Joachim Herrmann dazu. Deshalb fordert er die Bundesregierung auf, im zweiten Konjunkturpaket steuerliche Erleichterungen zur Ankurbelung des Wohnungsbaus zu beschließen.

Die Vorschlagsliste des Ministers beinhaltet u. a. die Wiedereinführung eines degressiven Abschreibungssatzes für neue Mietwohnungen. Außerdem sollen Investitionen in Energiesparmaßnahmen und energetische Sanierungen im Bestand besser als bisher steuerlich geltend gemacht werden können. Beim Neubau und der Sanierung von Eigenheimen sollen energetische Maßnahmen durch eine Steuerermäßigung von bis zu 4.500 Euro gefördert werden. ❐

Ausgewogene Schulverpflegung

Moderne Schulverpflegung ist mehr als Pausenbrot und Milchtüte - im „Food Club“ zeigt Scolarest, wie es geht

Eine moderne Schulverpflegung soll laut Experten der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) dreierlei leisten: Zunächst ist eine ausgewogene, vollwertige Ernährung die Grundlage für gute Leistungen in der Schule. Um sich richtig „schlau zu essen“, muss es aber auch schmecken - denn erst, wenn gesundes Essen auch Spaß macht, sorgt es für die nötige Motivation. Drittens ist Schulessen eine soziale Veranstaltung, die bei entspannter, schülergerechter Atmosphäre ein richtiges Gemeinschaftsgefühl aufkommen lässt.

Mit „Food Club“ hat Scolarest eine zielgruppenorientierte Systemlösung für Schulmensen entwickelt, die all diese Anforderungen an zeitgemäße Schulverpflegung erfüllt. Die Marke Scolarest der Compass Group, dem deutschen Marktführer für Gemeinschaftsverpflegung, kann dabei auf Know-How aus über 30 Jahren Erfahrung zurückgreifen.

Anerkannte Standards

„In punkto ausgewogene Ernährung orientieren wir uns an allgemein anerkannten Standards, die auch vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit empfohlen werden“, erläutert Andreas Ehmann von Scolarest die Basis des Ernährungsplans von „Food Club“. Dazu gehören die Einhaltung der D-A-CH-Referenzwerte für die Nährstoffzufuhr und die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE), die aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse sinnvolle Mengen für die tägliche Versorgung mit Nährstoffen vorschlagen. Diese theoretischen Werte sind die Grundlage der „optimierten Mischkost“ (OptmiX), die das Forschungsinstitut für Kinderernährung in Dortmund als Leitlinie für den täglichen Einsatz entwickelt hat. Das OptimiX-Konzept beinhaltet konkrete Beispiel-Speisenpläne und berücksichtigt neben der reinen Versorgung mit Nährstoffen auch die Essgewohnheiten und Vorlieben deutscher Jugendlicher. Zusätzlich zu diesen Vorgaben wurden eigene Studien durchgeführt, welche Speisen, Zubereitungen und Präsentationsformen bei den Schülern ankommen.

Zwei Auswahlgerichte

Das Angebot bei Scolarest ist vielfältig und abwechslungsreich: Jeden Tag stehen zwei unterschiedliche Gerichte zur Auswahl, eines mit und eines ohne Fleisch. Die Bandbreite reicht vom klassischen Putenschnitzel oder Braten über Gemüsespieße oder Tortilla bis hin zu Pasta und Pizza. Und auch für Snacks und Zwischenmahlzeiten stehen ausgewogene Alternativen zur Auswahl. Sowohl die Portionen als auch die Zutaten sind den Bedürfnissen der Schüler angepasst. Und die Aufmachung ist so gestaltet, dass auch mal ein Gemüse- oder Salatteller zum Renner wird.

Wohlfühl-Ambiente

Gegessen wird schließlich in einem angenehmen Wohlfühl-Ambiente, das auf die Wünsche der kleinen Gäste zugeschnitten ist. „Wir wollen unseren Schulrestaurants einen Club-Charakter geben“, erklärt Andreas Ehmann. „Die Schüler sollen sich hier wie zuhause fühlen und das Essen als Entspannung erleben. Durch klare Auszeichnungen und Signalisationen sorgen wir zudem dafür, dass auch ein größerer Ansturm stressfrei verläuft.“

Ausgefeiltes System

Hinter den Kulissen sorgt ein ausgefeiltes System aus Warenwirtschaft, Logistik und Qualitätskontrolle dafür, dass das Essen immer pünktlich und in der richtigen Qualität auf dem Tisch steht. Damit garantiert Scolarest entlang der gesamten Prozesskette vom bio-zertifizierten Lieferanten über die umweltbewusste Betriebsführung bis zu regelmäßigen Hygienekontrollen und umfassenden Audits der Mitarbeiter, das alles den selbstgesetzten hohen Standards genügt.

„Schulverpflegung nimmt eine immer wichtigere Rolle im Alltag von immer mehr Schülern ein“, erläutert Andreas Ehmann abschließend. „Deshalb machen wir unseren Job mit Professionalität und Liebe zum Detail. Wir wünschen uns, dass jedes Kind das Gefühl hat, dass wir nur für sie oder ihn gekocht haben.“ **kjw**

Feierliche Verabschiedung von E.ON Bayern Vorstand Dr. Peter Deml:

Ein Fels in wilder Brandung

Zahlreiche Weggefährten zu Gast im Theater Regensburg
Laudator Dr. Günther Beckstein

„D-Day“ in Regensburg: Zum Jahresende ging der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, Dr. Peter Deml, in den Ruhestand. Zur offiziellen Verabschiedung trafen sich zahlreiche höchstrangige politische Vertreter des Freistaats – unter ihnen Dr. Günther Beckstein und Erwin Huber –, herausragende Kommunalpolitiker sowie Gäste aus Wirtschaft, Verwaltung und Medien im Theater der oberpfälzischen Bezirkshauptstadt.

Demls Nachfolger Thomas Barth, der durch das Programm führte, bezeichnete Peter Deml als „Regisseur, Dirigent, Drehbuchautor und Intendant, der die Darsteller engagiert und sie dirigiert hat bei unzähligen, sehr erfolgreichen und oft auch provozierenden Bühnenstücken im Spielplan der Energiewelt“. Demls Handschrift sei immer unverkennbar und das Ergebnis seines Regie-Theaters „oft große Kunst“ gewesen.

Dr. Peter Deml. ❐

100-Prozent-Einsatz

Stets hätten Mitarbeiter und Vorstandskollegen seinen 100-Prozent-Einsatz für das Unternehmen gespürt und sich gerne mitreißen lassen. Nunmehr werde nach sieben spannenden Jahren Intendanz Happy End gefeiert.

Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach, Vorsitzender des Aufsichtsrats der E.ON Bayern AG und Vorstandsvorsitzender der E.ON Energie AG, würdigte Demls unternehmerische Leistung. Stets habe dieser eine Vorreiterrolle inne gehabt: mit E.ON Bayern sei er Vorreiter für die später entstandene ReVU-Landschaft gewesen, zudem Vorreiter beim nachhaltigen Einsatz für die Region und für neue Strukturen im Konzern.

Bilderbuchkarriere

Bayerns Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein, MdL, ging in seiner Laudatio kurz auf die „Bilderbuchkarriere“ Demls ein. Nach Studium und Promotion war seine erste Station das Bayerische Finanzministerium. 1982 fand der Wechsel zur Bayernwerk AG statt. Bei der Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke AG, der Umwelt Energie Technik GmbH und der VIAG AG besetzte er verantwortungsvolle Positionen. Es folgten Tätigkeiten im Vorstand der Überlandwerk Unterfranken AG und der Energieversorgung Oberfranken AG, die Geschäftsführung der E.ON Vertrieb GmbH und schließlich, im Jahre 2001, der Vorstandsvorsitz der E.ON Bayern AG.

„Peter Deml wäre aber nicht Peter Deml, gäbe er sich mit dem zufrieden, was man als Karriere bezeichnet“, fuhr Beckstein fort. „Sein Ethos ist nicht nur das Ethos der Leistung. Es ist auch das Ethos der Geradlinigkeit und der Verantwortungsbereitschaft.“ Geradlinigkeit sei sozusagen eine Grundhaltung, „ja, man kann fast sagen: ein Grundbedürfnis Peter Demls, das sein ganzes Handeln bestimmt“.

Der Umwelt verpflichtet

Als ganz besonders geradlinig könne man ihn aber kennen lernen, wenn es um eine sinnvolle, umweltbewusste Unternehmenspolitik geht, so Beckstein: Es sei Peter Deml gewesen, der vor drei Jahren eine Erneuerung des „Umweltpakts Bayern“ angestoßen hat, in dem die E.ON Bayern mit herausragenden umweltfreundlichen Projekten vertreten ist. Maßgeblich habe er den mit 250.000 Euro dotierten Umweltpreis ins Leben gerufen. Und schließlich habe Peter Deml stets ganz bewusst auch dann seine Meinung zum umwelt- und energiepolitischen Klima in diesem Land gesagt, wenn es ganz und gar nicht opportun zu sein schien.

Verantwortungsbereitschaft

Zur Geradlinigkeit kommt die Verantwortungsbereitschaft: Peter Deml hat sich Beckstein zufolge als Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern auch in schwierigen Zeiten zur sozialen Verantwortung und zum sozialen Engagement des Unternehmens bekannt. Kultur- und Bildungseinrichtungen im ganzen Land seien in den Genuss dessen gekommen, was Deml als die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaft bezeichnet. In guter Partnerschaft mit dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst habe er zudem den Kulturpreis Bayern ins Leben gerufen und zum bedeutendsten Kulturpreis für alle bayerischen Regionen, für Wissenschaft und Kunst im Freistaat ausgebaut. Und nicht zuletzt unterstütze die Johanna und Peter Deml Stiftung den Erhalt von Kulturdenkmälern in Neunburg vorm Wald, der oberpfälzischen Heimat des E.ON-Vorstands.

Herausragender Manager

„Wer nichts getan hat, ist niemand“, zitierte Beckstein den französischen Philosophen Jean Paul Sartre. Peter Deml habe sich dagegen gleich dreifach abgesichert: als herausragender Manager seines Konzerns, als geradliniger Vertreter seiner Sache und als verantwortungsbewusster Anwalt eines gemeinsamen Lebens- und Kulturraumes. „Hier geht ein Jemand im besten Sinne Jean Paul Sartres“, so Beckstein abschließend.

In seinen Dankesworten bezeichnete Peter Deml die vergangenen sieben Jahre bei E.ON Bayern - abgesehen von der Regulierung - als „fette Jahre“. Die Integration der vier Vorgängerunternehmen habe rasche Fortschritte gemacht, die Außenwirkung erreichte trotz Belastung durch die Dachmarke recht gute Werte und die Bereinigung des ziemlich unübersichtlichen Beteiligungsportfolios kam fast zum Abschluss.

Obwohl den Mitarbeitern und auch den Mitarbeitervertretungen einiges abverlangt werden musste, hätten Unternehmensleitung, Belegschaft und Betriebsräte stets an einem Strang gezogen „und das mit einer Dynamik, die keinen Vergleich mit anderen Zeiten und Branchen zu scheuen braucht“.

Gutes Standing in der bayerischen Öffentlichkeit

Am meisten freue er sich darüber, dass die E.ON Bayern nach wie vor über ein gutes Standing in der bayerischen Öffentlichkeit verfügt, meinte Deml. Diesen Erfolg verdanke das Unternehmen u. a. seiner ausgeprägt dezentralen Struktur. Die E.ON Bayern unterhalte knapp 90 Betriebsstätten, an denen das Unternehmen mit Menschen und Gesichtern von der breiten Bevölkerung meist positiv wahrgenommen werde. Deml: „Mögen Organisationstheoretiker und Controller darüber entsetzt sein - ohne diese Struktur wären wir nicht so tief in den Regionen und in der kommunalen Welt verwurzelt, zum Wohl des Unternehmens gerade in instabilen Zeiten.“

Sonderstellung

Stolz verwies der scheidende Vorstandsvorsitzende darauf, dass Bayern in vielerlei Hinsicht eine Sonderstellung einnehme. Dies gelte auch für die Struktur der Energiebranche. Nirgendwo in Deutschland und darüber hinaus gebe es so viele kleine und mittlere – überwiegend kommunale – Unternehmen, die sich allen Schwierigkeiten zum Trotz wacker schlügen und die These vom baldigen Exitus der Stadtwerke widerlegten. Mit diesen Unternehmen und ihren Chefs sei eine Politik der friedlichen Koexistenz praktiziert worden und man habe sich an der Maxime des „Leben-und-leben-Lassens“ orientiert. Für dieses Miteinander und die zahllosen freundschaftlichen Begegnungen dankte Deml von Herzen.

„Um die E.ON Bayern ist mir nicht bange“, betonte Peter Deml zum Abschluss seiner Ausführungen. Das Unternehmen habe vor kurzem seinen Status als integrierter Regionalversorger aufgegeben und den Weg eines unbundling konformen Netzbetreibers beschritten. Dies stelle „einen gravierenden Einschnitt, aber keinen Untergang“ dar. Im Übrigen steckten auch darin wieder Chancen und Perspektiven.

Mit dem bekannten Straußschen Motto „dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts“ sagte Peter Deml seinen Gästen Adieu - „in der Hoffnung, dass Sie mir als vertraute und hochgeschätzte Wegbegleiter noch lange erhalten bleiben“. **DK**

GZ Kolumne Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

als Landesvorsitzender der KPV freue ich mich, dass die Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich 2009 erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Ende November haben wir unsere Forderungen zum kommunalen Finanzausgleich 2009 den Vertretern des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen bei einem gemeinsamen Gespräch vorgetragen. Mittlerweile liegt das Ergebnis der Verhandlungen vor. Ich denke, dass wir - nicht - zuletzt auch vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen (Landesbank) - mit dem Ergebnis durchaus zufrieden sein können.

Impulse für Wachstum und Beschäftigung

Immerhin sind die bereinigten Landesleistungen um insgesamt 221 Mio. Euro gestiegen!

Besonders freut es mich, dass hierbei insbesondere die Forderungen, die die KPV den Vertretern des Finanz- und Innenministeriums vorgetragen haben, Berücksichtigung fanden. Vor allem die Anhebungen des Kommunalanteils beim allgemeinen Steuerverbund von 11,7 % auf 11,94 % wie auch beim Kraftfahrzeugsteuerverbund von 50 % auf 51 % stärken auf Dauer die Investitionskraft der Kommunen und tragen dazu bei, den Investitionsstau bei Neubauten und Maßnahmen im Bestand abzubauen.

Erfreulicherweise wurden auch weitere wichtige Forderungen der KPV wie eine Erhöhung der Hochbaufördermittel gemäß Art. 10 FAG insbesondere für Schulbaumaßnahmen, höhere Krankenhausfördermittel und wieder deutlich höhere Zuschüsse für kommunale Straßenbaumaßnahmen nach dem BayGVFG erfüllt. Wichtig war uns dabei, dass die Erhöhung der Fördermittel für den kommunalen Straßenbau nicht zu Lasten des ÖPNV gehen.

Die Zusicherung, dass das BayGVFG auch in Zukunft Bestand haben soll, gibt den Kommunen im Straßenbau die notwendige Planungssicherheit und die Möglichkeit, mit dringend erforderlichen Straßenbauinvestitionen einer möglichen Rezession entgegen zu steuern.

Zudem wurde erreicht, dass die Mindestinvestitionspauschale für Gemeinden von gegenwärtig 20.000.- Euro auf durchschnittlich 25.000.- Euro angehoben wird. Besonders hervorzuheben ist, dass die Schlüsselzuweisungen um 142,6 Mio Euro steigen und damit ein Beitrag zu einem gerechten Ausgleich geleistet wird. Hiervon profitieren vor allem finanzschwache Landkreise, Städte und Gemeinden.

Ich denke, dass die Bayerische Staatsregierung mit diesen finanziellen Verbesserungen ganz deutlich zeigt, dass sie auch in schwierigen Zeiten zu den Kommunen steht und damit gleichzeitig gezielt Impulse für Wachstum und Beschäftigung setzt.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV

Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in München:

Kernenergie als Brückentechnologie?

Eine wissenschaftliche Bewertung der Rolle der Kernenergie nahm Prof. Dr. Ulrich Wagner, Inhaber des Lehrstuhls für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik an der TU München und wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle für Energiewirtschaft bei einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung in München vor. Eingebettet war die Tagung in die Vortragsreihe „Energieversorgung des 21. Jahrhundert“, für die die Akademie für Politik und Zeitgeschehen verantwortlich zeichnet.

Einleitend erläuterte Prof. Wagner die Bruttostromerzeugung in Deutschland und die Aufteilung der einzelnen Energiequellen. Der Größe nach zu urteilen, wird die Bruttostromerzeugung in Deutschland von der Braunkohle (25%), der Steinkohle (23%) und der Kernenergie (22%) dominiert, die restlichen 30% teilen sich in Erdgas, Windkraft, Wasserkraft und sonstige primären Energiequellen auf. Somit existiert Wagner zufolge bundesweit eine sehr gute Diversifizierung der Struktur der fossilen und regenerativen Energieträger in der Stromerzeugung.

Energiepoker

Mit Blick auf die Frage, wie es um die Situation von Kernenergie im „Energiepoker“ auf deutscher, europäischer und weltweiter Ebene bestellt ist, stellte Wagner zunächst fest, dass nach dem 1998 in Deutschland beschlossenen Atomkonsens dort Reststrommengen vereinbart wurden und somit die am längsten betriebenen Kernkraftwerke bis 2020 laufen. Betrachte man sich die Situation der KKW im europäischen und internationalen Ländervergleich, so rangiere Deutschland im Mittelfeld. „17 Anlagen sind es in Deutschland, auf europäischer Ebene 197 Anlagen bei 18 von 27 Ländern, die Kernenergie nutzen und weltweit kommen noch 12 Staaten dazu, was zu einer Summe von 439 Reaktoreinheiten weltweit führt“, verdeutlichte der Wissenschaftler. Auch der Anteil der Kernenergie, der hierzulande 30% betrage, „ist absolutes Mittelmaß“.

Sicherheitskonzept und Wirtschaftlichkeit

Um Sicherheitsrisiken und Probleme, die durch ein fortgeschrittenes Alter der Reaktoren ausgelöst werden ebenso wie Engpässe in der Stromversorgung zu vermeiden, ist die Kontrolle der Altersstruktur der Kernkraftwerke unabdingbar notwendig. Wagner zufolge ist ein gutes Exempel für einen leistungsstarken und sicheren Reaktor sowohl in Finnland als auch in Frankreich bereits im Bau, nämlich der European Pressurized Reactor der dritten Generation (EPR III+). Dieser könnte nach Einschätzung des Professors „durch ein verbessertes Sicherheitskonzept und eine gesteigerte Wirtschaftlichkeit die Zukunft der Kernkrafttechnologie weit reichend verändern“.

Trotz eines Reaktormodells habe der frühzeitige Ausstieg aus der Kernenergie immense energiewirtschaftliche und ökonomische Konsequenzen, fuhr Wagner fort. Dank einer realistisch simulierten Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke unter festen Rahmenbedingungen - wie der Annahme einer linearen Reduktion der CO2-Emissionen in der Stromerzeugung, der Verfügbarkeit von CCS-Kraftwerken in Deutschland nach 2020 und einem Ausbau der KWK-Erzeugung (Kraft-Wärme- Kopplung) mit der Einspeisung der erneuerbaren Quellen - könne ein optimaler Vergleich zwischen einem frühzeitigen Kernausstieg und einer Laufzeitverlängerung aufgestellt werden.

Engpass in der Stromversorgung

Die Verteilung der Energieträger bei einem frühzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie sehe im heutigen Vergleich einige massive Änderungen vor. Die fehlende Kernenergie als Energielieferant müsse vorwiegend durch fossil und regenerative Energie ersetzt werden, d. h. KWK-Anlagen müssten das Doppelte der Menge wie bisher liefern. Hinzu komme, dass Biomasse-Anlagen, Photovoltaik

(Fortsetzung auf Seite 4)

Orientierung geben und Wissen vermitteln – das ist Leitlinie beim Seminarprogramm 2009 der Hanns-Seidel-Stiftung, das gerade neu erschienen ist. Seminare und Informationsveranstaltungen zu Themen der verschiedenen Politikfelder gehören ebenso zum Angebot wie die Fortbildung von Kommunalpolitikern, Elternbeiräten oder Vereinsvorsitzenden als Zielgruppen der Erwachsenenbildung. Die mehrtägigen Seminare werden in den Bildungszentren Kloster Banz und Wildbad Kreuth veranstaltet, sie stehen grundsätzlich allen Interessierten offen. Weitere Informationen im Internet unter www.hss.de. ❐

Jahresschluss-Pressekonferenz der Messe München:

Ergebnis über Plan

Die Messe München International (MMI) kann auf ein sehr gutes Messejahr zurückblicken. „Aufgrund der Zusammensetzung des diesjährigen Messeprogramms konnten wir zwar keine Rekorde erzielen, aber dennoch haben wir mit dem intensiven Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viel erreicht", resümierte der Vorsitzende der Geschäftsführung der Messe München GmbH, Manfred Wutzlhofer, das Ergebnis der Messe München International bei der Jahresschluss-Pressekonferenz 2008.

Der geplante Umsatz wurde um zwölf Millionen Euro übertroffen. Darüber hinaus wurden Zuwächse bei Ausstellern und belegten Flächen sowie stabile Besucherzahlen erreicht. Die Messe München liegt bei allen Parametern über dem vom Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft AUMA ermittelten Bundesdurchschnitt. Neben drei Messepremieren am Standort München und einer im indischen Bangalore konnten neue, international ausgerichtete Gastveranstaltungen nach München geholt werden. Außerdem bekam die Messe München das Zertifikat „Energieeffizientes Unternehmen" verliehen.

Veranstaltungen

Am Messeplatz München gab es insgesamt 16 Veranstaltungen der Messe München, sechs Veranstaltungen der Gesellschaft für Handwerksmessen sowie weitere rund 230 Gastveranstaltungen in den Hallen der Neuen Messe München, im Internationalen Congress Center München (ICM) und im Münchner Order- und Veranstaltungscenter (M,O,C,).

Jahresergebnis

„Nach jetzigem Stand wird die Messe München GmbH im Messejahr 2008 einen Umsatz von voraussichtlich 195 Millionen Euro erzielen. Damit liegen wir zwölf Millionen Euro über Plan", erläuterte Wutzlhofer das vorläufige Jahresergebnis. „Der Messe München Konzern wird das Jahr 2008 mit einem Umsatz von mehr als 250 Millionen Euro abschließen. Insgesamt wurden 52,6 Millionen Euro Umsatz im Ausland erwirtschaftet, ein Anteil von 20 Prozent am Gesamtumsatz." Das Jahresergebnis aus dem Messebetrieb (EBITDA) der Messe München GmbH liegt im Geschäftsjahr 2008 bei voraussichtlich 42 Millionen Euro – eine Verbesserung von fast elf Millionen Euro und damit mehr als 25 Prozent gegenüber dem Planansatz.

Mit mehr als 34.000 Ausstellern am Messeplatz München konnte man das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Messe München International erzielen. Im Vergleich mit den Vorveranstaltungen wurden zehn Prozent mehr Aussteller registriert. Der Bundesdurchschnitt laut Ausstellungs- und Messeausschuss der Deutschen Wirtschaft AUMA liegt bei plus zwei Prozent. Laut Wutzlhofer verzeichneten die Messen und Ausstellungen der Messe München GmbH im Vergleich mit den Vorveranstaltungen fünf Prozent mehr ausstellende Unternehmen. Der Auslandsanteil liegt bei 40 Prozent. Bei den Ausstellern aus Deutschland konnte man um sechs und bei den Ausstellern aus dem Ausland um vier Prozent zulegen. Der Bundesdurchschnitt liegt AUMA zufolge bei den inländischen Ausstellern bei einem und bei den ausländischen Ausstellern bei 3,5 Prozent.

Besucheraufkommen

Das Besucheraufkommen gestaltete sich insgesamt stabil. Nach vorläufigen Berechnungen nahmen rund 1,8 Millionen Besucher aus 201 Ländern an den Veranstaltungen am Messeplatz München teil. Gegenüber den Vorveranstaltungen ist dies ein Zuwachs von vier Prozent. Auch hier liegt man mit zwei Prozentpunkten über dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der ausländischen Besucher belief sich auf 29 Prozent.

Für das Jahr 2009 zeigte sich Wutzlhofer vorsichtig optimistisch, da sich in der Vergangenheit gezeigt habe, dass viele Unternehmen bei den wichtigen internationalen Leitmessen trotz aller Einsparungen stabile Präsenz zeigten: „Sollte sich die Konjunktur abschwächen, wird dies der Messemarkt – wenn auch zeitverzögert – verspüren. Wir stellen uns der Situation mit einer sehr flexiblen Organisation, wir sind mit den Meinungsführern der Branchen unserer Messeveranstaltungen in direktem Kontakt. So können wir Messekonzepte gegebenenfalls schnell anpassen und die ausstellenden Unternehmen bei der Vermarktung ihres Angebots auf unseren Messen gezielt unterstützen." **DK**

Vier Jahre Hartz IV

Geringe Abnahme der Leistungsbezieher – große Herausforderungen in 2009

Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat nach vier Jahren Hartz IV (SGB II) Bilanz gezogen. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) sagte: „Im Sommer 2008 konnte erstmals die 7 Mio.-Grenze an Hartz IV-Empfängern unterschritten werden. Im Jahresdurchschnitt sind die Zahlen der Leistungsempfänger 2008 allerdings trotz guter Arbeitsmarktentwicklung nur um knapp 5% zurückgegangen und der Wert von 2005 wird noch immer überschritten." Der Ausblick für das Jahr 2009 ließe zudem einen Anstieg der Zahlen befürchten.

„Dass in 2008 knapp 5% weniger Menschen als im Vorjahr auf Hartz IV-Leistungen angewiesen waren, ist erfreulich", so Duppré. Allerdings blieben damit die Veränderungen der Empfängerzahlen deutlich hinter dem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren zurück. Nach aktuellen Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Vorjahresvergleich um 20% zurückgegangen. „Die Zahl der Leistungsempfänger des Hartz IV-Startjahres 2005 wurde auch nach zwei Jahren guter Arbeit und trotz hohen Engagements der Mitarbeiter in den SGB II-Einrichtungen im vergangenen Jahr noch immer überschritten."

Erhebliche Unterschiede

„Angesichts der erheblichen Unterschiede der SGB II-Hilfebedürftigkeit zwischen den Ländern erscheint eine stärkere Ausrichtung der Bemühungen auf die örtlichen Rahmenbedingungen unerlässlich", so der DLT-Präsident weiter. In den östlichen Flächenländern seien die Hilfebedürftigkeitsquoten knapp doppelt so hoch wie in den westlichen Flächenländern, in den Stadtstaaten lägen die Werte mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Flächenländern. Innerhalb der westlichen Flächenländer bestehe maximal eine Differenz von 5,1 Prozentpunkten. Die östlichen Flächenländer seien - auf hohem Niveau - noch homogener mit maximal 3,9 Prozentpunkten Unterschied. In Bayern und Baden-Württemberg betrage die Hilfebedürftigkeit weniger als ein Viertel der Quote in Berlin, das den höchsten Wert aufweise.

Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation

„In Anbetracht der sich abzeichnenden Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation werden die SGB II-Leistungsempfänger besonders betroffen sein", befürchtet Duppré. Schließlich würden SGB II-Leistungsempfänger tendenziell als erstes von besser Qualifizierten bei Einstellungen verdrängt und nicht neu eingestellt. Da auch bei weitgehend konstanten Bestandszahlen erhebliche Bewegungen aus und in das System stattfänden, dürfte sich die verschlechterte Arbeitsmarktlage bald durch deutlich weniger Abgänge aus Hilfebedürftigkeit bemerkbar machen. Bei konstanten oder sogar steigenden Zugängen in das SGB II würden die Leistungsempfängerzahlen merklich ansteigen. „Vor diesem Hintergrund dürfte der Jahresdurchschnitt der Leistungsempfängerzahlen schon bald im Jahr 2009 die 7-Mio.-Grenze nach oben durchbrechen und zu einem Durchschnittswert über 7 Mio. führen", gibt er zu bedenken. Bisher sei insbesondere für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen im SGB II zu wenig erreicht worden. „Wenn Kinder und Jugendliche schon im Elternhaus dauerhaft auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, besteht ein hohes Risiko, dass sie als Erwachsene nicht unabhängig von Unterstützungsleistungen werden. Hier wurde bisher zu wenig erreicht", bedauert Duppré. Schließlich gebe es noch immer knapp 2 Mio. Jugendliche unter 15 Jahren im SGB II. Die bisherigen Bemühungen für Langzeitarbeitslose unter 25 Jahren kämen häufig schon zu spät, wenn sie erst nach Abschluss oder Scheitern in der Schule einsetzten. Zudem sei der Fokus auf Qualifizierung und Stärkung der wirtschaftlichen Selbständigkeit bisher nicht stark genug.

Nachhaltige Anstrengungen und eine engere Verzahnung mit der Kinder- und Jugendhilfe sowie stärkere präventive Ansätze seien unerlässlich. „Es ist sinnvoll und richtig, jungen Menschen entschlossen und stärker unter die Arme zu greifen, um ihnen Perspektiven jenseits von dauernden Fürsorgeleistungen zu eröffnen. Dafür ist ein langer Atem und eine stärkere Schwerpunktsetzung erforderlich. Langfristig profitieren davon nicht nur die Heranwachsenden, sondern die ganze Gesellschaft", so der Verbandspräsident abschließend.

Hintergrund: Die Zahl der Leistungsempfänger im SGB II ist in den letzten Jahren - trotz der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt - relativ schwach gesunken. Die Jahresdurchschnittswerte der Leistungsempfänger sind 2008 im Vorjahresvergleich nur in der Größenordnung von knapp 5% gesunken. Im Jahr zuvor gab es einen Rückgang um ca. 1,5%, während in 2006 noch ein knapp 9%-iger Anstieg im Vergleich zum Einführungsjahr 2005 zu verzeichnen war. Damit wird der Jahresdurchschnittswert des Einführungsjahres 2005 auch in 2008 noch deutlich überschritten. Nach der Einführungsphase im Jahr 2005 erreichte das SGB II mit Werten von über 7,4 Mio. Leistungsempfängern im Juni 2006 und im März 2007 seine Höchststände. Im Juni 2008 konnte nun erstmals die 7 Mio.-Grenze unterschritten werden. Damit dürfte im Jahr 2008 ein Jahresdurchschnittswert von ebenfalls 6,9 Mio. Menschen, die auf SGB II-Leistungen angewiesen waren, erreicht werden. ❐

Kernenergie als ...

(Fortsetzung von Seite 3)

und andere regenerative Systeme ihren Anteil von bisher 30 bis 40% auf über 50% zu steigern hätten. Auch Gaskraftwerke müssten ihre Strommenge um das Dreifache erhöhen, um dem großen Engpass in der Stromversorgung gerecht zu werden.

Verlängerung des Ausstiegs

Bei einer Verlängerung des Ausstiegs um 30 Jahre kämen viele Vorteile in der Verteilung der Diversifizierung und Stromgewinnung hinzu wie die Gewinnung von zusätzlichen 1000 Terrawattstunden (TWh), ein reibungsloser Wechsel der Technologien, der Ausbau erneuerbarer Energien und eine Ersparnis der Nominalkosten von ca. 31 Milliarden Euro, erläuterte der Wissenschaftler. Ein weiterer Vorteil der Kernenergie sei, dass sie mit sehr geringen Massen auskommt. Die 17 noch in Deutschland laufenden Kernkraftwerke verbrauchten ca. 500 Tonnen Uran (Material) im Jahr, was ca. dem 100.000sten Teil der von einem Braun- oder Steinkohlekraftwerk jährlich benötigten Menge entspricht.

Zum Abschluss wies Prof. Wagner darauf hin, dass „eine Reduktion der CO2-Emissionen auch bei einem vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie realisierbar" ist. Dennoch sei ein unmittelbarer Kernkraftwerkersatz durch den Ausbau von KWKs und erneuerbarer Energien aus Zuverlässigkeits- und Kostengründen nicht sinnvoll. Auch die CCS-Technologie, bei der das Klimagift aus den Kraftwerksabgasen abgeschieden wird, um es danach zu verflüssigen und unterirdisch lagern zu können, sei nach derzeitigem Wissenstand erst ab 2020 verfügbar. Wagners Fazit: „Die Kernenergie ist und bleibt also ein Fundament einer nachhaltigen Stromversorgung und ist als Brückentechnologie für Strom aus erneuerbaren Energien und CCS-Kraftwerken unverzichtbar." **DK**

Schon jetzt rund 300 Gemeinden mit Breitbandprogramm gefördert

Die Notwendigkeit flexibler und innovativer Lösungsansätze betonte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil anlässlich der Übergabe der ersten Förderbescheide für Investitionen in Breitbandinfrastrukturen in Oberbayern an die Gemeinden Burggen und Bernbeuren. In Burggen habe sich DSL als passende Technologie erwiesen, während Bernbeuren mit seinen zahlreichen Ortsteilen am wirtschaftlichsten über eine UMTS-gestützte Funklösung erschlossen werde. Dies bestätige dass eine Kombination verschiedener Breitbandtechnologien nötig sei, so Zeil.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium fördert den Breitband-Ausbau in Burggen mit 50.000 Euro in Bernbeuren mit 19.000 Euro.

Mit dem Breitbandförderprogramm unterstützt das Ministerium mit insgesamt 19 Millionen Euro Kommunen, die bisher von schnellen Internetzugängen abgeschnitten waren.

Bereits in der Anfangsphase der Förderung wurden Mittel für Infrastrukturinvestitionen in Höhe von etwa 375.000 Euro für zehn Gemeinden bewilligt. Darüber hinaus haben bereits 285 Gemeinden Fördergelder für Planungsarbeiten in Höhe von etwa 380.000 Euro in Anspruch genommen. Der Minister fordert die noch unentschlossenen Gemeinden auf, das vielfältige Beratungsangebot zu nutzen. Die bereit gestellten Gelder würden auf absehbare Zeit ausreichen. „An fehlenden Fördermitteln wird die Erschließung Bayerns mit schnellem Internet nicht scheitern!", so Minister Zeil. ❐

§ GZ Wichtige Rechtsfragen §

Beschimpfung im Stadtrat

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Kammerbeschluss vom 5. Dezember 2008 (Az.: 1 BvR 1318/07) dazu Stellung genommen, unter welchen Voraussetzungen beleidigende Äußerungen – hier konkret eine Beschimpfung während einer Stadtratsdebatte – vom Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt und damit straflos sein können.

Angeklagt war ein Stadtrat, der in einer Rede im Plenum erwähnte, früher in einem bestimmten Stadtteil das Gymnasium besucht zu haben. Ein anderer Stadtrat rief „Der war auf einer Schule? - Das kann ich gar nicht glauben!" dazwischen. Daraufhin titulierte der Angeklagte den Zwischenrufer mit der Bezeichnung „Dummschwätzer". Für diese Äußerung wurde er vom Amtsgericht wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Das Bundesverfassungsgericht hob die Entscheidung wegen der Verletzung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit (Art. 5 Grundgesetz) auf. Die Strafrichter hätten prüfen müssen, ob es sich bei dem Begriff „Dummschwätzer" tatsächlich um eine sog. „Schmähkritik" handelt, bei der die Diffamierung im Vordergrund stand. Oder ob der Angeklagte nur auf den drastischen Zwischenruf reagieren wollte, die Äußerung also mehr einer Stellungnahme glich, geprägt von Elementen des Dafürhaltens und Meinens. Nur wenn eine Äußerung nicht mehr der Auseinandersetzung in der Sache diene, sondern nur die Schmähung des anderen zum Ziel habe, komme eine Bestrafung in Frage.

Für sich genommen ist der Begriff „Dummschwätzer" ein ehrverletzendes Werturteil. Allerdings setzt der Begriff ihrem Bedeutungsgehalt nach die bezeichnete Person nicht stets unabhängig vom Verwendungskontext herab. Ihr wird also der personale Wert nicht insgesamt abgesprochen. Vielmehr knüpft der Begriff im entschiedenen Fall an ein Verhalten des Gegners an, nämlich dessen verbale Äußerungen. Das Schimpfwort diente als sprachlich pointierte Bewertung im Kontext einer bestimmten Aussage, da der Gemeinte als „Dummschwätzer" tituliert wurde, weil er nach Auffassung des Äußernden (im Rahmen einer Sachauseinandersetzung) dumme Aussagen getroffen hat.

Allerdings räumt das Verfassungsgericht ein, dass bei bestimmten Begriffen, etwa aus der Fäkalsprache, eine solche Prüfung unterbleiben kann, weil hier das Element der Herabsetzung stets im Vordergrund steht.

Wie subtil die Gerichte bei der Auslegung harter und drastischer Begriffe vorgehen, zeigt auch ein Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt am Main vom 22. Oktober 2008 (Az. 6 W 143/08). Danach kann ein Unternehmen einem Konkurrenten die Behauptung gerichtlich untersagen lassen, es würde „bescheißen", nicht jedoch, es würde seine Kunden „verarschen". Begründung: Mit „verarschen" sei gemeint, dass jemand zum Narren gehalten oder veralbert wird, ohne dass notwendigerweise ein finanzieller Schaden entsteht. „Bescheißen" werde demgegenüber im Sinne von betrügen oder unredlichem Einwirken auf Vermögensdispositionen benutzt - das muss sich ein Unternehmen nicht gefallen lassen.

Bevor man Konkurrenten Grobheiten entgegen schleudert, empfiehlt sich also in manchen Fällen ein philologisches Gutachten. **mpa**

Haushaltsmittel für eine Gruppe im Rat

Der Zusammenschluß von Ratsmitgliedern, die einer Partei angehören, wird allgemein als Fraktion bezeichnet. Dafür kann nach dem Gemeinderecht allerdings eine bestimmte Stärke erforderlich sein. Wird diese Stärke nicht erreicht, so handelt es sich nur um eine sogenannte „Gruppe", die unter Umständen aber auch Haushaltsmittel für ihren Aufwand fordern kann.

Nach dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 20.8.2008 - 15 B 788/08 - kann von einer Gruppe aber nur dann die Rede sein, wenn sich mindestens zwei Ratsmitglieder auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung zu möglichst gleichgerichtetem Wirken zusammengeschlossen haben. Die Gruppeneigenschaft hängt nicht davon ab, dass ein gleichgerichtetes Wirken auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung vorliegen muß. Allerdings muß dieser Zweck dem Zusammenschluß zugrunde liegen.

Diese Voraussetzung ist ohne weiteres gegeben bei einem Zusammenschluß, der aus Personen besteht, die für ein und dieselbe Partei oder Wählergruppe bei der Wahl angetreten sind. An der erforderlichen Zweckbestimmung fehlt es aber, wenn die jeweiligen Ratsmitglieder nicht auf der Grundlage von Wahlvorschlägen derselben Partei oder Gruppe gewählt worden sind. Der Anspruch auf Zuwendungen für Gruppen darf nicht dazu führen, dass auch solche Zusammenschlüsse gefördert werden, die in Wirklichkeit nicht die Absicht gleichgerichteten Wirkens auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung verfolgen, sondern lediglich darauf zielen, finanzielle Vorteile oder auch eine Verstärkung ihrer Rechtsposition für die Verfolgung individuellen politischer Ziele der einzelnen Ratsmitglieder zu erlangen.

Nachhaltige Verbindung

Die bloße Bekundung der Absicht gleichgerichteten Wirkens eines Anspruch stellenden Zusammenschlusses reicht ebenso wenig aus, wie vereinzelte gemeinschaftliche Aktionen. Vielmehr muß sich aus den Gesamtumständen des jeweiligen Einzelfalls der zuverlässige Schluß ergeben, dass der Zusammenschluß nachhaltig auf das gleichgerichtete Zusammenwirken gerichtet ist. **Dr. O.**

Trassenpflege bei E.ON Bayern per Hubschrauber:

Höchste Präzision

Spektakulärer Einsatz an der Stromleitung zum Wohle der Kunden

Langsam schwebt der Hubschrauber an der Stromleitung entlang – aber es herrscht ohrenbetäubender Lärm. Im Auftrag von E.ON Bayern ist der Helikopter zwischen Viechtach und Bad Kötzting im Bayerischen Wald unterwegs gewesen, um Äste, die zu nahe an die Trassen der Stromleitungen gewachsen sind, zu kappen. Trassenpflege als Serviceleistung des Netzbetreibers – doch diesmal nicht manuell (mit Leiter und Säge), sondern aus der Luft mit einem Hubschrauber.

Regelmäßig werden die Stromleitungen dahingehend kontrolliert, ob ein Sicherheitsabstand von drei Metern zu den Ästen der Bäume eingehalten wird. Das Freihalten der Trassen ist unabdingbar notwendig, da Äste und Bäume, die in die Stromleitungen fallen, immer wieder Störungen verursachen würden.

Im Vergleich zur händischen Arbeit wird viel Zeit und Geld gespart. ❐

Neun Trassen

Insgesamt neun Trassen sind mit dem Hubschrauber zugeschnitten worden. Mit der „überdimensionalen Heckenschere“ werden Bäume entlang von schwer zugänglichen Stromleitungen gestutzt.

„Zuerst wird versucht, dass Waldarbeiter die Bäume zuschneiden. Aber bei bis zu 30 Meter hohen Bäumen ist die Unfallgefahr einfach zu groß“, so Rudolf Plötz, zuständiger Gebietsserviceleiter des E.ON Bayern-Kundencenters Regen.

Sinnvoller Einsatz

Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen sei der Einsatz eines Hubschraubers sinnvoller: „Auf diese Weise sparen wir im Vergleich zur händischen Arbeit Zeit und Geld.“ So müssten während der Arbeiten die Stromleitungen nur kurz vom Netz getrennt werden. Und ein Schnitt aus der Luft halte zwischen fünf und zehn Jahren.

Mit der Hubschrauber-Methode werden in Freileitungen eingewachsene bzw. überhängende Äste sicher, umweltschonend und wirtschaftlich entfernt. Am Helikopter des Typs „Lama“ wird dafür eine Vertikalsäge mit Hartmetall-Sägeblättern angebracht. Die „fliegende Säge“ ist acht Meter lang und 400 Kilo schwer. Zehn Sägeblätter mit jeweils einem Durchmesser von 55 Zentimeter rotieren mit 2.000 Umdrehungen pro Minute und sind über ein 40 Meter langes Aluminiumrohr mit dem Helikopter verbunden. Die enormen Sägeblätter fräsen sich problemlos auch durch über 20 Zentimeter starke Äste als handle es sich um Zahnstocher.

Schwieriges Manöver

Der Hubschrauber vom Typ „Lama“ ist aufgrund seiner Flugeigenschaften sogar im Hochgebirge und bei widrigen Witterungsverhältnissen einsetzbar. Auch bei stetigem Wind, Regen und leichtem Schneefall erbringt er die volle Leistung. Diesen Job beherrschen in ganz Europa nur eine Handvoll Menschen und die benötigen Nerven aus Drahtseilen, wenn sie eine hunderte Kilo schwere Säge zwischen Starkstromleitungen aus der Luft manövrieren. ❐

E.ON verkauft Kraftwerke

12 der 15 Wasserkraftwerke von E.ON stehen zum Verkauf. Der Hintergrund sind EU-Vorschriften, nach denen sich E.ON vom Netz und von 4800 Megawattstunden trennen muss.

Die Innkraftwerke sollen wieder in regionale Hand kommen. Die Landkreise Rosenheim, Mühldorf, Altötting, sowie die Stadt Rosenheim wollen die von E.ON angebotenen Wasserkraftwerke erwerben. E.ON will die Kraftwerke in Aubach, Feldkirchen, Rosenheim, Wasserburg, Teufelsbruck, Gars, Jettenbach, Töging, Neuötting, Perach, Stammham und Jettenbach 2 kaufen. Der größte bayerische Energieversorger will diese Wasserkraftwerke am Inn als Gesamtpaket an ein Konsortium in Österreich verkaufen.

Die Innkraftwerke, die früher dem Freistaat gehörten, wollen nun die drei Landkreise Rosenheim, Altötting und Mühldorf zum Aufbau einer dezentralen, regionalen Energieversorgung erwerben. Die Verkaufsfrist läuft bis Ende Juni 2009. **Jos. Göllinger**

E.ON Bayern Vertrieb:

Neuauflage des Sozialrabatts

Hilfe für Stromkunden in wirtschaftlich schwieriger Lage

Auch im kommenden Jahr bietet E.ON Bayern Vertrieb Stromkunden in wirtschaftlich schwieriger Lage konkrete Hilfe an: Mit dem Sozialrabatt können berechtigte Kunden 108 brutto Euro im Jahr 2009 sparen.

Viel Zuspruch

E.ON Bayern Vertrieb hatte den Sozialrabatt im Jahr 2006 eingeführt und setzt ihn nach positiven Erfahrungen jetzt im vierten Jahr fort. „Der Sozialrabatt entlastet gezielt Kunden mit geringem Einkommen. Dafür haben wir viel Zuspruch erhalten, auch von Kunden, die nicht von dem Angebot profitieren. Wir freuen uns über diese Solidarität und engagieren uns deshalb gern weiter“, sagte Otmar Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH.

Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden

Das Hilfsangebot wurde in enger Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden Caritas und Diakonisches Werk entwickelt und richtet sich an Kunden von E.ON Bayern Vertrieb. Voraussetzung für den Sozialrabatt ist eine Befreiung von den Rundfunkgebühren durch die GEZ. Die Ermäßigung entspricht einem Rabatt von derzeit 108 Euro brutto für das Jahr 2009. Der Rabatt gilt jeweils für zwölf Monate.

Stromkunden der E.ON Bayern Vertrieb können Anträge auf Gewährung des Sozialrabatts direkt bei den Beratungsstellen der Diakonie oder der Caritas stellen.

Nähere Informationen gibt es auch im Internet unter www.eon-bayern-vertrieb.com. ❐

Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und ist wie E.ON Bayern großer Sport-Fan!

Im Rahmen unseres gesellschaftlichen Engagements unterstützen wir den Nachwuchs in unserer Region auf dem Weg zu ersten Erfolgen. Beim Fußball – und in vielen anderen Sportarten.

Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:
www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e·on | Bayern

Gemeinsame Freude über den Start der neuen Bio-Erdgasanlage in Maihingen (von links): Georg Radlinger (erdgas schwaben), Landrat Stefan Rößle, erdgas-schwaben Geschäftsführer Markus Kittl, Bürgermeister Franz Stimpfle und die Betreiber Georg Thum und Josef Stimpfle. Bild: -jdt-

Anerkennung für erdgas schwaben und zwei Landwirte:

Einmaliges Projekt im Nördlinger Ries

Maihingen (jdt). Der Start eines in Bayern einmaligen Projektes wurde in der 1240 Einwohner zählenden Gemeinde Maihingen im Nördlinger Ries gefeiert: der Anschluss einer bestehenden Bio-Gasanlage für Schwabens Energieversorgung an das Erdgasnetz.

Viel Anerkennung gab es bei diesem Pionierprojekt, wie es von erdgas schwaben, Landrat Stefan Rößle und Maihingens Bürgermeister Franz Stimpfle eingestuft wird, für die beiden Betreiber, die Maihinger Landwirte Georg Thum und Josef Stimpfle. Die Bio-Erdgasanlage in Maihingen spart jährlich 14 500 Tonnen Klimakiller CO 2 ein und kann 2143 Haushalte mit Bio-Wärme versorgen.

Von Landrat Rößle wurde die Bedeutung umweltfreundlicher Energieträger gewürdigt, auch mit dem Hinweis darauf, dass der Landkreis Donau-Ries in Bayern zur Spitzengruppe unter den Landkreisen mit den meisten Biogasanlagen gehört. Gegenwärtig gibt es im Kreis Donau-Ries 67 Biogasanlagen, die rund 25 MW elektrische Energie erzeugen.

Gemeinsames Konzept

Von der Anlage neben der Straße Maihingen - Dürrenzimmern wurden 4,5 Kilometer Erdgasleitung in das westlich von Maihingen liegende Marktoffingen verlegt. Markus Kittl, der Technische Geschäftsführer von erdgas schwaben, betonte bei dem offiziellen Start: „erdgas schwaben hat damit für ganz Deutschland den Weg gezeigt, wie bestehende Einzelanlagen zu einem gemeinsamen Energiekonzept zusammengeschlossen werden können.“ Mit Genugtuung registriert wurde die für die Verwirklichung des Projektes bedeutsame gute Zusammenarbeit aller Partner, von Gemeinde, Landkreis, Politik, TüV, Aufsichtsbehörden und erdgas schwaben.

Eine Besonderheit ist, dass auf Initiative der tatkräftigen Betreiber Josef Stimpfle und Georg Thum in Maihingen drei benachbarte Anlagen existieren, die nacheinander, in den Jahren 1999 und 2004 sowie ab Dezember 2008 begründet wurden. Es sind unterschiedliche Bautypen, mit 2 Nachgärern, 3 Rohbiogasspeichern, 4 Endlagern und 7 Fermentern. Die täglich benötigte Menge an Substrat beträgt 120 Tonnen insgesamt, davon 70 Tonnen Maissilage, 20 Tonnen Kleegras, l0 Tonnen Gras und 20 Tonnen Getreideganzpflanzensilage. Die Verweilzeit des Substrates in der Anlage beläuft sich auf in der Regel 100 Tage. Das Substrat wird aus einem Umkreis von etwa zehn Kilometern bezogen. Höchstes Bauwerk ist der Aufbereitungsturm von erdgas schwaben mit rund 15 Metern.

In Erdgasqualität

Bisher gab es in Maihingen zwei Biogasanlagen, die nur elektrische Energie erzeugten. Zunächst betrieben Georg Thum und Josef Stimpfle die Biogas Ries GmbH mit etwa 500 kW elektrischer Leistung (hier wird das gesamte erzeugte Gas an erdgas schwaben abgegeben). Fünf Jahre später, 2004, kam unter Beteiligung von insgesamt 18 Landwirten aus Maihingen und Umgebung das „Energiezentrum Ries I GmbH & Co KG“ dazu. Es gibt einen Teil des erzeugten Biogases an erdgas schwaben ab; mit dem anderen Teil wird ein BHKW mit 526 kW el betrieben, das Strom und Wärme liefert (Beheizung des Substrates). Die nun dazu gekommene „Naturgas Ries GmbH & Co KG „, mit der Beteiligung von zehn Landwirten, gibt das gesamte erzeugte Gas an erdgas schwaben ab (mit der Einspeisung von aufbereitetem Biogas in Erdgasqualität in das Netz). Von erdgas schwaben wird darauf hingewiesen, dass das Unternehmen Deutschlands einziger Energieversorger mit zwei Bio-Erdgasanlagen ist. ❒

Gasversorgungssicherheit in Bayern:

Zeil sieht keine akute Gefahr

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil sieht in den Unterbrechungen von Erdgaslieferungen aus Russland keine akute Gefahr für die Erdgasversorgung Bayerns: „Mit der in Bayern vorhandenen großen Erdgasspeicherkapazität ist die Versorgung der Bürger auch gegen Lieferunterbrechungen wie derzeit aus Russland gut abgesichert. Der Konflikt zeigt aber die Risiken einer zu stark auf Erdgas setzenden Energiepolitik“, so Zeil.

Die in Bayern ausgebaute Speicherkapazität von insgesamt 6,7 Milliarden Kubikmetern entspreche rund der Hälfte des jährlichen Erdgasverbrauchs im Freistaat.

Rund die Hälfte des Speichervolumens sei als so genanntes Arbeitsgas für die Versorgung nutzbar. Zeil: „Allein damit kann die Versorgung der Verbraucher auch im Winter über Wochen sichergestellt werden. Darüber hinaus sind die bayerischen Verbraucher durch die diversifizierten Bezugsquellen der deutschen Gaswirtschaft abgesichert, die Erdgas auch aus Norwegen und den Niederlanden importiert und zu rund einem Sechstel in Deutschland selbst fördert.“ Gasverbraucher in Bayern müssten deshalb in der nächsten Zeit keine kalte Heizung befürchten.

Für breiten Energiemix

Auf europäischer Ebene sieht Zeil jedoch Handlungsbedarf, vor allem in Mitgliedstaaten, die bislang unzureichend in Gasspeicherung und Krisenvorsorge investiert hätten. „Es kann nicht sein, dass im Rahmen einer europäischen Regulierung die von deutschen Verbrauchern finanzierten Speicherkapazitäten im Krisenfall einfach von allen anderen mit genutzt werden können“, erklärt der Wirtschaftsminister.

Generell sieht Zeil in der aktuellen Situation eine Bestätigung dafür, dass nur ein möglichst breiter Energiemix die Sicherheit der Versorgung gewährleisten könne. Zeil: „Dazu gehört der Ausbau der erneuerbaren Energien ebenso wie die weitere Nutzung der Kernenergie. Nach Untersuchungen würde ein Ausstieg aus der Kernenergie, wie derzeit gesetzlich vorgesehen, gerade in Bayern zu einem steigenden Anteil des Erdgases auch an der Stromerzeugung auf bis zu 60 Prozent führen. Ein Lieferausfall wie derzeit wäre dann für unsere Stromversorgung wirklich ein Riesenproblem“, so der Minister abschließend. ❒

Ab Februar zahlen ESB-Kunden weniger

Gute Nachrichten für alle Kunden von Erdgas Südbayern (ESB). Zum 1. Februar 2009 kostet das ESB-Erdgas je nach Preisgruppe um rund 0,48 Cent pro Kilowattstunde (brutto) weniger. Noch im Frühjahr ist eine zweite Senkung wahrscheinlich.

Egal wie lang der Winter dauert, ESB-Kunden können der kalten Jahreszeit gelassen entgegensehen. Denn noch während der aktuellen Heizperiode wird das ESB-Erdgas wieder günstiger. „Der Aufwärtstrend ist endlich durchbrochen. Wir haben auf die Entspannung an den internationalen Energiemärkten schnellstmöglich reagiert und die Kosten für unsere Kunden reduziert“, kommentiert Martin Heun, Leiter Marketing und Vertrieb bei der ESB, diese positive Entwicklung.

Ab dem 1. Februar 2009 kostet die Kilowattstunde Erdgas im Schnitt 0,48 Cent brutto (0,40 Cent netto) weniger. Das sind rund sechs Prozent des Arbeitspreises. „Und wenn sich die günstige Entwicklung weiter fortsetzt, ist eine zweite Preissenkung noch im ersten Halbjahr 2009 wahrscheinlich“, so Heun. Die Bewohner eines durchschnittlichen Einfamilienhauses mit einem Jahresverbrauch von 25.000 Kilowattstunden müssen künftig 120 Euro weniger bezahlen.

Trotz sinkender Preise rät Erdgas Südbayern zu einem effizienten Umgang mit Energie. Verbraucher, die beispielsweise bewährte Erdgas-Brennwertheizungen mit einer thermischen Solaranlage kombinieren oder auf hochmoderne (Mini-)Blockheizkraftwerke setzen, können ihren Energieverbrauch spürbar reduzieren. „Wir bieten unseren Kunden längst mehr als ausschließlich Erdgas. Da wir uns an der Entwicklung neuer Technologien zur Wärme-, Kälte- und Stromerzeugung aktiv beteiligen, können wir Komplettlösungen für eine individuelle Energieversorgung anbieten“, erläutert Martin Heun. ❒

Die Energieberater von erdgas schwaben finden für jeden die individuelle und optimale Lösung. ❒

Energiesparen:

Modernste Anwendungstechnik macht’s möglich

Erdgas ist bei Bauherren die Wunschenergie Nummer eins, und das aus gutem Grund: Erdgas ist mit Abstand die umweltschonendste fossile Energie. Eine Erdgasheizung ist sparsam, langlebig, wartungsarm und findet auf kleinstem Raum Platz. Bevorratung und Vorfinanzierung des Brennstoffs sind nicht nötig, Erdgas ist da, wenn man es braucht.

Jede Erdgas-Technik lässt sich mit CO2-neutralem Bio-Erdgas kombinieren. Auf Bio-Erdgas, produziert in der Region für die Region, setzt auch erdgas schwaben und investiert jährlich über 10 Millionen Euro in Bio-Energieprojekte. Derzeit werden pro Jahr ca. 35.000 Tonnen nachwachsende Rohstoffe zu 42 Millionen kWh Bio-Erdgas veredelt. Genug, um den Jahreswärmebedarf von 2.000 Haushalten zu decken.

Dank modernster Erdgas-Anwendungstechnik kann der Verbraucher Energie und Geld sparen und dabei die Umwelt schonen. erdgas schwaben rät:

- Ersetzen Sie eine veraltete Heizungsanlage durch moderne Erdgas-Brennwerttechnik und sparen Sie bis zu 40 %
- Klare Kostenvorteile bei der Warmwasserbereitung bietet die Kombination von Erdgas und Solar. Durch Nutzung von Sonnenkraft sparen Sie bei der Warmwasserbereitung bis zu 60% Energie.
- Machen Sie Ihr Haus zum Erdgas-Komfort-Haus, Voraussetzung ist ein Leitungsnetz, das auch nachträglich verlegt werden kann, und betreiben Sie außer Ihren Herd auch Wäschetrockner, Grill, Kamin und Sauna kostengünstig mit Erdgas aus der Erdgassteckdose.
- Ein Muster an Energieeffizienz ist die Erdgas-Wärmepumpe, mit ihr wird die Umgebungswärme zum Heizen und Kühlen genutzt.
- Ab der Größenordnung 2- bis 3-Familienhaus sollten Sie prüfen lassen, ob ein Blockheizkraftwerk (BHKW) für Sie Sinn macht.

Ein Erdgas betriebenes Mini-BHKW garantiert extrem niedrigen Energieverbrauch. BHKWs sind kleine Kraftwerke, die Wärme für Heizung und Warmwasser produzieren, während ein integrierter Generator Strom erzeugt. Keine Heiztechnik arbeitet wirtschaftlicher, deshalb fördert erdgas schwaben BHKWs und der Staat bietet das Förderprogramm der BAFA.

Infos zur Förderung bei erdgas schwaben unter 0821 9002-119.

Versorgungssicherheit:

Bayerngas bleibt gelassen

Bayerngas spürt gegenwärtig keine Einschränkungen im Gasbezug. Sollte es punktuell zu Einschränkungen kommen, könnte der Energieversorger diese abfedern. Die Haushalte können ihr Verbrauchsverhalten demnach beibehalten - die Wohnung bleibt warm.

Aus drei Gründen könne man gelassen bleiben, so Bayerngas in einer Pressemitteilung:

1. „Bayerngas bezieht ihr Gas von rund 10 Vorlieferanten. Das sind Importeure und Produzenten, die aus unterschiedlichen Ländern Gas bekommen. Der Anteil des russischen Gases am Gesamtbedarf in Deutschland beträgt etwas mehr als ein Drittel. Davon kommt ein Teil über die Schiene Ukraine. Der andere Teil kommt über Weißrussland und Polen. Wir sprechen damit nur von einem Teil eines Anteils. Andere Lieferländer sind Norwegen, von dem wir in Deutschland rund ein Viertel unseres Bedarfs decken, die Niederlande und Dänemark. Nicht zu vergessen, Deutschland verfügt auch über eigene Quellen. Das verschafft einige Kompensationsmöglichkeiten.

2. In Bayern verfügen wir über zahlreiche Gasspeicher. Bayerngas betreibt östlich von München in Wolfersberg einen Untertagespeicher. Dieser ist gut gefüllt und verschafft zusätzliche Flexibilität.

3. Wir gehen in absehbarer Zeit von einer Lösung im ukrainisch-russischen Disput aus.“

Bayerngas wird ihren Beitrag zur Versorgungssicherheit zukünftig noch erhöhen. Über die Bayerngas Norge in Oslo ist der Versorger an Lizenzen zur Gasförderung beteiligt. Ab 2010 wird eigenes Erdgas gefördert. ❒

GZ-Gespräch mit LEW-Vorstand Paul Waning:

Erfolgsstory Wärmepumpe

„Für die Lechwerke ist der Ausbau der Wärmepumpentechnologie eine echte Erfolgsstory. Bundesweit blieb ihr Absatz stabil, während konventionelle Heizanlagen teils dramatische Rückgänge verzeichnen. Bei uns registrieren wir dagegen eine überdurchschnittliche Steigerung um fast 20 % zum Vorjahr, weil LEW sich besonders dafür engagiert.“, zeigt sich LEW-Vorstand Paul Waning in einem Pressegespräch mit Anne-Marie von Hassel erfreut. Er erläutert kurz die Funktionsweise der Wärmepumpenheizung: Sie entzieht der Umwelt (umgebende Luft, Grundwasser oder Erdreich) Wärmeenergie und hebt diese mittels einer Wärmepumpe auf ein verwertbares höheres Temperaturniveau an, um damit Gebäude oder andere Einrichtungen beheizen zu können.

Jede siebte neugebaute Immobilie in Deutschland wird mit dieser Technologie ausgestattet. Im Vergleich dazu sind es in der Schweiz 75 %, in Schweden sogar 90% der Neubauten.

Betrachtet man die Zahl der Neubauten in Bayerisch-Schwaben, so hat sich 2008 rund jeder dritte Häuslebauer für das moderne CO2-sparende Heizsystem der Wärmepumpe entschieden, im LEW-Netzgebiet sind erstmals über 1.000 neue Wärmepumpenanlagen entstanden. „Dazu trägt eine gute Vermarktung bei, aber sicherlich auch unsere Förderung und die enge Kooperation mit dem Handwerk“, so Waning.

Effiziente Wärmepumpen schonen Umwelt und Geldbeutel besonders stark - dafür müssen sie allerdings professionell geplant, fachmännisch gebaut und gut geregelt sein. „Die fachmännische Planung und Regelung einer Wärmepumpe ist Voraussetzung für effiziente Anlagen und zufriedene Kunden. Daher setzen wir uns seit Jahren für die Qualifizierung von Wärmepumpen-Experten ein.“

Aktionsprogramm Wärmepumpe bei LEW

Um das Thema weiter zu forcieren findet jährlich eine LEW-Wärmepumpen-Roadshow (2008 an zehn Veranstaltungsorten im Verbreitungsgebiet) mit dem Ziel der Technologieverbreitung und Absatzförderung verbrauchsarmer Heizsysteme statt. Im Frühjahr 2009 (24. April bis 8. Mai) startet eine bundesweite Wärmepumpen-Kampagne. Weitere Punkte des Aktionsprogramms sind die Förderung von neu eingebauten Heizungswärmepumpen mit 300 Euro (im Jahr 2008) und die Vor-Ort-Präsentation des umweltfreundlichen Heizsystems durch ein Infomobil. Ein wichtiger Aspekt ist aber auch die technologische Weiterentwicklung der Wärmepumpe.

Wer sich für die Wärmepumpe entscheidet, der bezieht ¾ der Energie kostenlos aus der Umwelt. Lediglich für den Antrieb wird Strom benötigt. Sprich: bei einem Einfamilienhaus sind dies nur noch jährliche Kosten von 700 . „Zukünftig wird ganz genau in den Energiepass geschaut. Da spielt es dann schon eine Rolle, ob der Jahresverbrauch bei 1.200 oder 3.000 Euro liegt“. Die Verbrauchsdaten werden dann ein wichtiges Miet- oder Verkaufsargument sein.

Mit dem weiteren Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Energiequellen wird die Stromerzeugung auch zunehmend schadstoffärmer. Waning stellt immer wieder fest, dass bei den Kunden die Frage der kurzfristigen Wirtschaftlichkeit („ob in sechs oder sieben Jahren“) nicht entscheidend sei. Geplant werde eher auf eine Sicht von 20 bis 25 Jahren. „Auch der aktuelle Preisverfall beim Heizöl hat den Wärmepumpen-Boom nicht aufgehalten. Es gilt die Aussage: die Ressourcen sind endlich und wir müssen was für den Umweltschutz tun!“

EE-Richtlinie: Wärmepumpen erstmals als erneuerbare Energiequelle definiert

Als Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands Wärmepumpe e. V. (BWP) liegt Waning die Förderung der Wärmepumpentechnologie auf europäischer Ebene besonders am Herzen. Deshalb freut er sich, dass am 17. Dezember in Brüssel die Neufassung der europäischen „Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen“ (Erneuerbare-Energien-Richtlinie) verabschiedet wurde. Die Richtlinie hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt: Die EU will bis 2020 20 Prozent ihres Endenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen (EE) decken. Die einzelnen Länder müssen ihren EE-Anteil am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 verbindlich steigern - Deutschland beispielsweise auf 18 Prozent. Bis 2010 müssen die Mitgliedsstaaten nun nationale Aktionspläne vorlegen, wie sie die Zielvorgaben aus Brüssel erfüllen wollen.

„Der Umweltnutzen der Wärmepumpe wird jetzt angemessen berücksichtigt“

Dem Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbands Wärmepumpe e. V. (BWP), Paul Waning, liegt die Förderung der Wärmepumpentechnologie auf europäischer Ebene besonders am Herzen. **Foto: dsp**

Die neugefasste Richtlinie definiert Wärme aus Wasser, Erde und Umgebungsluft – d.h. aus den Wärmequellen von Wärmepumpen – ausdrücklich als erneuerbare Energie. „Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie betont das Potenzial von Wärmepumpen für den Umwelt- und Klimaschutz.“ so Paul Waning. Da Wärmepumpen zum Antrieb einen geringen Anteil Strom benötigen, wird dieser von der insgesamt erzeugten Wärmeenergie abgezogen. Die restliche erzeugte Energie – je nach Effizienz sind dies rund 75 Prozent – wird als erneuerbare Energie auf die jeweiligen Länderziele angerechnet. Vorausgesetzt, dass die Wärmepumpe deutlich mehr Energie erzeugt als für den verbrauchten Strom an Primärenergie eingesetzt wird. Deshalb legt die Richtlinie einen weiteren Schwerpunkt auf qualifiziertes Fachpersonal: „Fachmännisch geplante und gut geregelte Wärmepumpen auf dem Stand der Technik haben eine positive Primärenergiebilanz“, so Waning. Die neue Richtlinie schreibt Zertifizierungen und Schulungen für Installateure von Biomasse, Wärmepumpen, Fotovoltaik und Solarthermie vor – damit bekräftigt nun auch die EU die Bedeutung von qualifiziertem Personal für gute EE-Anlagen.

Freiräume durch neue Technologien

„Das Thema Wärmepumpe ist auf der Reise“, gibt sich Waning überzeugt. Die politische Flankierung funktioniert und es ist „bei den Ämtern verstanden und durchdrungen“.

Die Erzeugungslandschaft befindet sich seit einigen Jahren im starken Wandel. 2008 lag der Anteil aus regenerativen Energien schon bei 14 %, 2009 soll er 17 % betragen. Mit neuen Technologien wie Offshore-Anlagen werde die 20-%-Marke wahrscheinlich 2011/2012 erreicht. „Sie schaffen Freiräume, dabei sind aber die schwierigen technischen Nebenbedingungen, wie der Abtransport der erzeugten Energie, zu beachten. Wärmepumpen werden immer effektiver. Aber auch Fotovoltaik und Biomasse spielen in unserer Region eine bedeutende Rolle“, so Waning. Bei Tiefengeothermie ist der LEW-Vorstand bei der Erwartungshaltung etwas vorsichtiger. Laut Definition ist Tiefengeothermie die denkbare Nutzung von Erdwärme der Erdrinde

(Fortsetzung auf Seite 8)

Aktuelle Beispiele:

Anwendung der Wärmepumpe im kommunalen und gewerblichen Bereich

Eine Anwendung der Wärmepumpentechnologie in Gewerbe und Industrie verfolgt einen doppelten Effekt: Wärme und Kühlung. Waning veranschaulicht dies an aktuellen Projekten:

Impuls Arena: CO2-neutrale Versorgung mit Wärme und Kälte durch Wärmepumpen

Die neue Augsburger Fußballarena wird ab 2009 mit Grundwasserwärmepumpen beheizt. Sie wird damit - aus energetischer Sicht - eines der modernsten Stadien der Welt. Die zwei Grundwasser-Wärmepumpen haben eine Heizleistung von jeweils 600 Kilowatt und nutzen dabei die Erdwärme des Grundwassers. Betrieben werden sie mit einem Energiemix aus Wasserkraft und Bioerdgas. Das entsprechende Konzept zur Wärmeversorgung und zur Kühlung haben die Lechwerke gemeinsam mit den Stadtwerken Augsburg entwickelt. Gegenwärtige Preise zugrunde gelegt lassen sich Energiekosten in Höhe von etwa 60.000 Euro jährlich einsparen. Ein weiterer Einspareffekt ergibt sich aus der Reduzierung der Wasserkosten, da das Wasser aus den Grundwasserbrunnen auch zur Bewässerung der Rasenflächen verwendet werden kann. Der Einsatz der umweltfreundlichen Technologie erhöht die Investitionskosten um etwa eine halbe Million Euro. Die Refinanzierung erfolgt über eigenständige Contractingverträge - eine Art Leasing - zwischen dem FC Augsburg und LEW einerseits und dem FCA und den Stadtwerken andererseits.

Cineplexx in Memmingen: Reduzierung der CO2-Emission um fast 70 %

Das Memminger Kino Cineplexx wurde mit zwei Kältemaschinen mit Wärmepumpenfunktion ausgestattet, deren eingesetzte elektrische Energie zeitgleich sowohl Nutzwärme als auch Nutzkälte erzeugt, was zu einer optimalen Energieeffizienz führt. Durch die unterschiedlichen Belegungszeiten der Kinosäle kann mit der Abwärme eines Saals ein noch nicht belegter Saal erwärmt werden. Energiespeicher sowohl auf der Wärme- als auch auf der Kälteseite der Kältemaschinen gleichen kurzfristige Schwankungen in Nutzenergieerzeugung und -verbrauch aus. Die Betriebskosten lassen sich dadurch über den Abschreibungszeitraum um fast 60 % reduzieren. Die Energieverbrauchskosten lagen 2007 bei einem Jahresenergiebedarf von 439 MWh/a bei ca. 14.320 .

LEW nachhaltig und langfristig orientiert

Waning hat vor 30 Jahren als Ingenieur bei RWE angefangen und während der vergangenen Jahrzehnte einige technische Umbrüche erfahren. Er ist überzeugt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt sei, im Sinne der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes zu handeln. „Die Ressourcen zur Energieversorgung sind für den Versorger ebenso endlich wie für den Bürger. Wollen wir unser Geschäft nachhaltig und langfristig betreiben, so ist mir als Anwendungsingenieur wohler, wenn wir die Energie in die richtige Technik stecken. Dann akzeptiert der Kunde auch seine Stromrechnung, weil er den Nutzen für Betrieb oder Haus erkennt - und zufriedene Kunden sind ein Wert an sich.“ **dsp**

RWE Companius:

Menschen machen’s möglich

Freiwilliges Engagement von LEW-Mitarbeitern unterstützt Kommunen und die Region

Unter dem Motto „Menschen machen’s möglich“ unterstützen die Lechwerke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem ehrenamtlichen Engagement in Bayerisch-Schwaben. Im Rahmen von RWE Companius werden Projekte aus den Bereichen Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Sport, Soziales, Umwelt und Naturschutz sowie Energie gefördert.

RWE Companius ist die Dachorganisation für alle gesellschaftlich engagierten Mitarbeiter des RWE-Konzerns. Sie bündelt viele regionale Aktivitäten. Geboren wurde die Idee aus dem Kreise der RWE Mitarbeiter. Die Companius-Projekte wirken positiv auf das soziale Gefüge der Region und sind Beispiele von „gelebter Gemeinschaft“ in Kommunen.

Die Kinder des Kindergartens St. Paul freuen sich über ihren neugestalteten Schlafsaal. Die Renovierung wurde durch Companius-Mittel finanziert. ❐

„Das Ganze ist nicht nur fürs Image gedacht, sondern passt auch gut ins Sozialgefüge und soll ein Anreiz für andere sein. Man soll den Leuten auch ein Stück Eigenverantwortung lassen“, so LEW-Vorstand Paul Waning. Seit dem Start von RWE Companius bei LEW im September 2007 wurden in der Region Bayerisch-Schwaben 25 Projekte mit insgesamt 31.900 Euro gefördert.

Der LEW-Vorstand hebt zwei Projekte ganz besonders hervor: Mit einer Fördersumme von 5.500 Euro wurde der Kindergarten St. Paul in Augsburg bedacht. Gemeinsam mit den Elternbeiratsmitgliedern des Kindergartens renovierte ein LEW-Mitarbeiter den Schlafsaal. Aus einem kahlen Turnsaal mit Pritschenbetten wurde ein kinderfreundlicher Schlafraum mit bequemen Betten.

Unter dem Motto „Boden raus! Für mehr Wärme und weniger CO2“ sorgte ein LEW-Mitarbeiter mit der gleichen Fördersumme beim Musikverein Asbach Bäumenheim für einen neuen, gedämmten Boden. So können Heizkosten und Energie gespart werden und die Kinder haben es warm bei der musikalischen Früherziehung.

Ein LEW-Mitarbeiter, der sich um Unterstützung bewerben möchte, der sollte folgende Fragen mit „Ja“ beantworten: Handelt es sich um ehrenamtliches Engagement für einen gesellschaftlich relevanten Zweck? Bringe ich mich in diesem zeitlich begrenzten Projekt tatkräftig ein? Alternativ: Bin ich kontinuierlich und persönlich für diese gute Sache aktiv? Lässt sich dieser Einsatz in einem Ergebnis nachvollziehen und dokumentieren? Entspricht meine Tätigkeit geltenden Gesetzen? „Projekt“ ist in diesem Zusammenhang ganz weit zu verstehen. Jeder entscheidet dabei persönlich, ob er sich vielleicht nur an einem Tag an der Verschönerung einer gemeinschaftlich genutzten Grünanlage beteiligt, ob er kontinuierlich eine Jugendmannschaft im Sport trainiert, oder ob er etwa ein Nachbarschaftszentrum mit aufbaut. Die Fördersumme für ein Projekt beträgt in der Regel 500 bis 2.000 Euro. Bei Sonderaktionen kann die Fördersumme bis zu 5.000 Euro betragen. **dsp**

Zwei bayerische Leuchtturmprojekte gestartet:

Energie und Rohstoffe aus Klärschlamm

Umweltgerechte, dezentrale und wirtschaftliche Verwertung

Von Helmuth Ziegler

In deutschen Kläranlagen fallen laut Bundesumweltministerium jährlich rund 2,3 Millionen Tonnen Klärschlamm (Trockenmasse) an. Der Einsatz dieser teilweise Schadstoff belasteten Reststoffe als Dünger in der Landwirtschaft wird seit Jahren zunehmend kritisch gesehen. Das komplette Verbot der Ausbringung von Klärschlamm liegt nahe.

In Bayern werden aktuell rund 44 Prozent der Klärschlämme in Müllheizkraftwerken, Kohlekraftwerken oder der Zementindustrie thermisch verwertet. „Vor dem Hintergrund der damit verbundenen hohen Entsorgungskosten und der langfristigen vertraglichen Bindung sind viele Kläranlagenbetreiber an einer wirtschaftlichen, dezentralen Verwertungsalternative interessiert“, weiß Dr. Manuela Wimmer, Geschäftsführerin des Umweltclusters Bayern. Der von der Bayerischen Staatregierung kofinanzierte Umweltcluster mit Hauptsitz in Augsburg bündelt das Potenzial der über 2.000 bayerischen Unternehmen im Bereich Umwelttechnologie und unterstützt die Firmen bei der Entwicklung und Vermarktung ihrer Produkte und Verfahren.

Für die dezentrale Klärschlammverwertung wurden in den letzten Jahren mehrere Konzepte entwickelt. Zwei dieser Projekte werden aktuell im Rahmen des Life Programms der Europäischen Union gefördert und umgesetzt. Diese beiden bayerischen Projekte wurden durch das Umweltcluster als Leuchtturmprojekt ausgezeichnet und sollen nachfolgend näher dargestellt werden.

Lotecotec in Mintraching

„Speziell für mittlere Kläranlagengrößen mit 100.000 bis 250.000 Einwohnerwerten fehlten bislang finanzierbare Lösungen. Seit April 2008 arbeitet jedoch in Mintraching bei Regensburg eine Demonstrationsanlage, die einen neuen Weg bei der Klärschlammfrage aufzeigt“, freut sich Wimmer. Das Projekt „Low temperature conversion technique“, abgekürzt „Lotecotec“, erhält sein Aufgabematerial von elf Kläranlagen aus 16 Gemeinden des südöstlichen Landkreises Regenburg. Anlagenbetreiber ist die Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung (VBA) im Pfattertal.

Niedertemperaturkonvertierung erzeugt Öl, Gas und Kohle

Der angelieferte, entwässerte Klärschlamm wird zunächst von einem Bandtrockner auf einen Trockensubstanzgehalt von 90 % getrocknet. Anschließend geht es in die von der Firma ZWT Wasser- und Abwassertechnik, Bayreuth, gebaute Niedertemperaturkonvertierungsanlage (NTK-Anlage). In einem Konverter setzt eine chemisch-physikalische Umwandlung den Klärschlamm bei 400 °C unter Ausschluss von Sauerstoff zu Öl, Gas und Kohle um. Die Trennung des Gemisches findet im folgenden Kondenser statt. Das Gas und Anteile des Öls werden zur Beheizung der NTK sofort in der Brennkammer verbrannt. Das Überschussöl fließt in Lagertanks und wird in einem separaten Heizkessel für die Erzeugung von Trocknungswärme genutzt.

Viele Verwertungsideen für NTK-Kohle

Abnehmer der NTK-Kohle ist das Tonwerk Venus in Schwarzach, das sie als Zuschlagsstoff unter die Lehme und Tone mischt. Beim Brand der später hoch Wärme dämmenden Ziegel verbrennt die Kohle rückstandslos und sorgt dabei für die Bildung feiner Poren. „Parallel zu den bestehenden Verwertungswegen suchen wir weitere Einsatzmöglichkeiten der NTK-Produkte“, erläutert Dr. Stefan Skrypski-Mäntele, der bei ZWT für die Entwicklung des Lotecotec-Verfahrens verantwortlicher ist. So untersucht zum Beispiel die Fachhochschule Gießen-Friedberg als wissenschaftlicher Projektpartner, ob aus der NTK-Kohle auch Phosphor zurück gewonnen werden kann. Der Rohstoff ist wegen seiner weltweit schwindenden, natürlichen Vorkommen in den vergangenen Jahren verstärkt in die Aufmerksamkeit der Kreislaufwirtschaft gerückt. Daneben prüfen die Wissenschaftler, ob sich die Kohle auch zur Rauchgasreinigung oder zur Filtration von pharmazeutischen Rückständen aus Abwässern einsetzen lässt.

„Im Moment geben wir die NTK-Kohle kostenlos an das Tonwerk Venus ab und sind dennoch mit Lotecotec unter dem Strich preiswerter als eine thermische Verwertung des Klärschlamms in einer zentralen Müllverbrennungsanlage“, bilanziert Skrypski-Mäntele. „Jeder neue Verwertungsweg, der uns zusätzliche Erlöse bringt, erhöht die Wirtschaftlichkeit unseres Verfahrens nur noch.“

Fossile Energieträger und tausende Transportkilometer eingespart

Aus den jährlich anvisierten, in Mintraching zu verarbeitenden 5.000 Tonnen Klärschlamm können rund drei Millionen Kilowattstunden an Wärme gewonnen werden. Dies entspricht ziemlich genau der für die Trocknung und die Niedertemperaturkonvertierung erforderlichen Energiemenge. Die dezentrale Verwertung spart überdies

(Fortsetzung auf Seite 10)

Biogas im Erdgasnetz

Landratsamt erteilt Baugenehmigung für Bioerdgas-Pilotprojekt

Das Landratsamt Neustadt an der Aisch hat die Baugenehmigung für die geplante Bioerdgaseinspeiseanlage in Gollhofen erteilt. Dadurch ist eine wesentliche Vorraussetzung geschaffen, damit die Projektpartner N-ERGIE Aktiengesellschaft und Schmack Biogas AG gemeinsam mit den Landwirten der Region ihr Pilotprojekt zur Einspeisung von Biogas in das Erdgasnetz verwirklichen können.

Damit mit dem Bau begonnen werden kann, sind noch weitere Verträge zur Rohstoffversorgung der Anlage mit den Landwirten zu schließen. Für eine möglichst zeitnahe Realisierung, wurde nach erneuten Verhandlungen mit der Liefergemeinschaft Gollhofen (LIGG) die Mindestvergütung pro Tonne Silomais angehoben.

Erhöhung der Mindestvergütung

Die Erhöhung der Mindestvergütung ist nur für eine begrenzte Menge wirksam. Die Regelung greift so lange, bis 50 Prozent der benötigten Stoffe für die Biogasanlage vertraglich gesichert sind, und gilt für eine Vertragslaufzeit von fünf Jahren. Die Lieferanten, die zeitnah einen Liefervertrag abschließen, erhalten eine Anhebung des Mindestauszahlungspreises von bisher 19 Euro auf 21 Euro pro Tonne Mais zuzüglich Umsatzsteuer. Für weitere Verträge, die erst nach Erreichen der 50 Prozent Quote abgeschlossen werden, gilt die bisher im Vertrag definierte Regelung. An den sonstigen Rahmenbedingungen ändert sich nichts.

Alle Lieferanten die das Vertragsangebot der N-ERGIE und der Schmack Biogas AG bereits angenommen haben, profitieren ebenfalls in vollem Maße von der Erhöhung. Durch das noch attraktivere Angebot hoffen die N-ERGIE und Schmack Biogas, in Kürze ausreichend Lieferanten gewonnen zu haben, um einen höheren Versorgungsgrad der Anlage zu garantieren. Hierzu ist der Außendienst der Vertragspartner derzeit im Gebiet der geplanten Anlage aktiv, um umfangreiche Einzelgespräche mit den Landwirten zu führen, die die Anlage mit Rohstoffen beliefern wollen.

Überblick über das Vertragsmodell

Das Vertragsangebot zur Lieferung von Biomasse für die ersten fünf Jahre des Betriebs der Anlage besteht aus Einzelverträgen mit den Landwirten sowie einem Rahmenvertrag, der mit der Liefergemeinschaft abgeschlossen wird.

Die Landwirte erhalten eine marktgerechte Vergütung für ihre Liefermengen. Die jährlichen Auszahlungspreise verändern sich dabei in Abhängigkeit von Weizen- und Heizölpreisen. Das Vertragspaket beinhaltet außerdem die Rücknahme des Gärrests ab Anlage durch den Lieferanten. Der Landwirt kann diesen als wertvollen Dünger in einem ökologischen Kreislauf einsetzen und so weitgehend auf den Zukauf von in jüngster Zeit stark verteuertem Düngemittel verzichten.

Die Landwirte haben innerhalb des Rahmenvertrages die Möglichkeit, aus zwei verschiedenen fünfjährigen Einzellieferverträgen zu wählen, die durch Juristen des Bayerischen Bauernverbandes geprüft und freigegeben wurden.

Beratung durch Experten

Die erste Variante beinhaltet eine stärkere Orientierung ihrer Vergütung an der Preisentwicklung des Energiemarktes. Die zweite Variante orientiert sich stärker am Getreidepreis.

Die Landwirte werden von den Rohstoffexperten der Schmack Biogas bezüglich des Anbaukonzeptes und der Erntelogistik beraten. So werden sowohl eine nachhaltige Landwirtschaft in der Region als auch die Erträge der Landwirte langfristig gesichert.

Partner der Landwirte

Die N-ERGIE und Schmack Biogas sehen in Bioerdgas einen wichtigen Baustein für den Energiemix der Zukunft. Diese Chance möchten die Projektpartner gemeinsam mit den Landwirten nutzen. Die N-ERGIE strebt eine langfristige und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft an, und sieht in dem nochmals verbesserten Modell ein faires Angebot für den Landwirt, das es ihm ermöglicht, die Chancen der Bioerdgasproduktion auch ohne eigenes Investitionsrisiko zu nutzen. ❐

Gemeindetag fordert vom Bund:

Kommunales Investitionsprogramm

Brandl: Kälterekorde rufen nach energetischer Sanierung öffentlicher Gebäude

Die aktuellen Kälterekorde nahm Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum Anlass, ein kommunales Investitionsprogramm vom Bund zu fordern. Damit könnten die bayerischen Gemeinden einen wichtigen Beitrag leisten, um Deutschland aus seiner energiepolitischen Abhängigkeit vom Ausland, insbesondere von Russland, zu befreien.

„Wenn der Bund endlich Geld für ein kommunales Investitionsprogramm locker machen würde, könnten Schulen, Kindergärten, Büchereien, Rathäuser und andere kommunale Einrichtungen durch entsprechende Energieeinsparmaßnahmen saniert und der Gasverbrauch drastisch reduziert werden“ sagte Brandl in München. „Gleichzeitig würde ein wichtiger Beitrag zum Thema Klimaschutz geleistet.“ Der Präsident forderte die Bundesregierung auf, nicht mehr länger mit dem Erlass eines kommunalen Investitionsprogramms zu warten. Insbesondere finanzschwache Gemeinden sollten in die Lage versetzt werden, entsprechende Investitionen zu tätigen. Dabei sollten Bund und Freistaat den Eigenanteil für diese Gemeinden übernehmen. Damit das Programm zügig umgesetzt werden kann, sollte ergänzend dazu das Vergaberecht gelockert werden.

Höherer Energieverbrauch

Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte müssen viel Geld aufwenden, um ihre öffentlichen Einrichtungen zu heizen. Geschätzte 260 Millionen Euro belasten jährlich die kommunalen Haushalte im Freistaat. Das Förderprogramm des Bundes aus dem Vorjahr war in Bayern nur ein Tropfen auf den heißen Stein und sofort vollständig abgerufen. In Bayern war die Antragszahl auf Förderung 7 bis 10 Mal höher als die vorhandenen Mittel.

Die derzeitigen arktischen Temperaturen sorgen zudem für einen erhöhten Energieverbrauch. Eine energetische Sanierung insbesondere älterer Bausubstanz könnte spürbar dazu beitragen, die Kosten zu reduzieren. ❐

Erfolgsstory ...

(Fortsetzung von Seite 7)

in Abteufungen ab 400 m. Hierbei kann es sich um die Sekundärnutzung von vorhandenen Bergbauanlagen und Tunnelsystemen sowie um Tiefensondagen handeln. Die hydro- oder petrothermal gewonnene Energie kann für Heizzwecke oder für Stromerzeugung genutzt werden.

Die Erwartungen in die Tiefengeothermie dürften nicht zu hoch gesteckt werden. Waning macht dazu eine Rechnung auf: angenommen in Bayern gibt es 100 Aufsuchungsfelder für die geothermische Stromversorgung. Wenn nur 20 % davon erfolgreich wären, dann könnte bei fünf Megawatt pro Loch eine Jahresleistung von 100 Megawatt generiert werden. Demgegenüber erzeugt aber allein schon ein Kohlekraftwerk bis zu 700 Megawatt Strom.

„Ran an den Altbestand“

Bei aktuell nur noch 100.000 Neubauten im Jahr, aber insgesamt 37 Mio. Wohneinheiten in Deutschland sind alle Neubau-Maßnahmen nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Letztendlich entscheidend wird aber sein, welche energetischen Einsparungen im Sanierungsmarkt eingeleitet werden. Waning fordert deshalb: „Ran an den Altbestand“. ❐

Nominierung für den Deutschen Zukunftspreis:

Die Sonnenfänger aus der Oberpfalz

Weltweit erlebt die Solarenergie einen massiven Aufschwung. Wenn in naher Zukunft ganze Städte zu wirtschaftlichen Kosten mit Strom aus der unerschöpflichen Kraft der Sonne versorgt werden können, haben zwei Solarexperten aus dem ostbayerischen Mitterteich daran einen entscheidenden Anteil.

Für ihre Entwicklung von hochleistungsfähigen Solarreceivern sind die Physiker Dr. Nikolaus Benz, 48, und Dr. Thomas Kuckelkorn, 41, für den von Bundespräsident Horst Köhler ausgeschriebenen Deutschen Zukunftspreis nominiert. Die beiden Experten des Schott-Konzerns hoffen darauf, die Konkurrenz um den mit 250 000 Euro dotierten, wohl bedeutendsten deutschen Innovationspreis zu übertrumpfen: Ebenfalls nominiert wurden drei weitere Entwickler- und Forscherteams für eine mitwachsende Herzklappe, neuartige Minisensoren und ein professionelles digitales Drahtlos-Mikrofonsystem.

Zwei Forschern ist es im ostbayerischen Mitterteich gelungen, die Hitze der Sonne so effektiv wie noch nie einzufangen. Dafür sind sie nun für den Deutschen Zukunftspreis des Bundespräsidenten nominiert.

Die Glasproduktion hat eine lange Tradition in der nördlichen Oberpfalz, insbesondere in Mitterteich. Dort unterhält der auf Solaranlagen spezialisierte Schott-Konzern inzwischen seinen Schwerpunkt für Forschung, Entwicklung und Produktion der „Concentrated Solar Power Technologie“ (CSP).

Vorgehensweise

Die Bezeichnung verrät bereits, worum es den Solarexperten geht: Riesige Parabolspiegel fangen Sonnenstrahlung ein und reflektieren sie gebündelt auf Rohre, in denen zirkulierendes Thermoöl auf bis zu 400 Grad erhitzt wird. In einem zentralen Kraftwerksblock wird mit dem hoch erhitzten Öl Dampf erzeugt, der wiederum – wie in konventionellen Kraftwerken auch – Turbinen zur Stromerzeugung antreibt.

Etliche dieser Hochtemperatur-Solaranlagen sind in besonders sonnenreichen Ländern schon seit langem erfolgreich im Einsatz – nur hat sich dabei gezeigt, dass die bisherigen mit Öl gefüllten Absorberrohre – die sogenannten Receiver – aufgrund ihrer Konstruktion und ihrer Materialien nicht haltbar genug waren und auch nicht mit der gewünschten Effizienz funktionierten. Schließlich müssen diese Rohre nicht nur möglichst viel Sonnenhitze einfangen und festhalten, sondern möglichst etwa 20 Jahre lang unbeschadet extremen Temperaturunterschieden trotzen.

Dass alles Gute noch besser gemacht werden kann, haben nun die beiden Solarforscher im Mitterteicher Schott-Werk erfolgreich bewiesen: Nikolaus Benz und sein Kollege Thomas Kuckelkorn fanden neue Wege in der Konstruktion und der Werkstofftechnik. Heraus kamen dabei neuartige Receiver - aus Glas und Metall bestehende Röhren, die so konzipiert sind, dass die bisherigen Probleme bei der unterschiedlichen Wärmeausdehnung der Materialien nicht mehr auftreten.

Patentiertes Verfahren

Das Unternehmen Schott entwickelte einen neuen Glastyp, der die gleichen Ausdehnungseigenschaften wie Metall aufweist. Dieses Verfahren, das die Receiver dauerhaft belastbar macht, hat sich die Firma patentieren lassen. Mit der Neukonstruktion weiterer Bauteile und Beschichtungen erreichten Benz und Kuckelkorn gemeinsam mit der Technischen Universität Clausthal-Zellerfeld und dem Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme eine deutliche Steigerung des Wirkungsgrads. Dies bedeutet, dass die neuen Solarreceiver nun noch mehr Hitze aufnehmen und nahezu ohne Wärmeverlust zur Dampfturbine transportieren können. Zudem sind sie langlebiger als die bisherigen Röhren. Zu kaufen gibt es sie auch schon: Die Produktion der nun für den Deutschen Zukunftspreis nominierten Innovation hat der Schott-Konzern im oberpfälzischen Mitterteich und in der südspanischen Stadt Sevilla bereits aufgenommen, 2009 wird ein weiterer Produktionsstandort in Albuquerque im US-Bundesstaat New Mexico folgen.

Sauberer Strom

Nikolaus Benz, der die Geschäfte der Schott Solar CSP in Mitterteich leitet, attestiert der Erfindung beste Marktchancen: Die von ihm mitentwickelten neuen Röhren für thermische Solarkraftwerke bringen seiner Ansicht nach diese Technologie „einen großen Schritt voran, so dass die Menschheit künftig einen größeren Teil ihres Energiebedarfs mit sauberem Strom decken könnte“. ❒

Landrat Matthias Dießl (rechts) mit Sunline-Projektingenieur Markolf Schramm. Foto: Sunline AG/Wraneschitz

Sonnenenergie im Landkreis Fürth:

Solarstrom von der Dillenbergschule

Fürths Landrat Matthias Dießl war sichtlich begeistert, als er gemeinsam mit Sunline-Projektingenieur Markolf Schramm aufs Dach der landkreiseigenen Dillenbergschule in Cadolzburg kletterte. Knapp 300 Quadratmeter Solarmodule stehen seit Kurzem auf der Bildungseinrichtung: Eine Photovoltaik-Anlage, die bei voller Sonne 30 Kilowatt Ökostrom produziert.

„Der Landkreis Fürth geht damit wieder mit gutem Beispiel voran und nutzt konsequent alternative Energiequellen“, erläuterte Landrat Matthias Dießl. Denn auch auf einer anderen Schule im Kreis – und nicht zu vergessen auf dem Landratsamt Zirndorf – wird Sonnenstrom produziert.

Einspeisevergütung

„Die PV-Anlage hier in Cadolzburg sollte in normalen Jahren etwa 28.000 Kilowattstunden Strom pro Jahr liefern. Der Besitzer der Schule, also der Kreis, bekommt über 20 Jahre lang Pacht, denn so lange erhält der Investor eine durch das Bundesgesetz EEG garantierte, erhöhte Einspeisevergütung“: So erklärte Markolf Schramm, wie die Zusammenarbeit zwischen Kreis und Solarstromproduzent funktioniert.

Die Sunline AG ist als Fachgroßhändler und Systemanbieter im „Fall Cadolzburg“ nur Mittler zwischen dem Landkreis und dem Investor für die Pachtzahlungen. Die PV-Anlage selbst wird von Sunline im Auftrag des Investors errichtet, in Betrieb genommen und gewartet.

Laut Sunline-Mann Schramm bietet es sich für Besitzer von Gebäuden geradezu an, mit Solarfirmen zusammen zu arbeiten und ihre flachen oder schrägen Dächer für PV-Anlagen zur Verfügung zu stellen: „Ihnen entstehen keine Kosten – und die Sonne garantiert langfristige Einnahmen sowie ein zukunftsgerichtetes Image“ – denn mit Solarstrom vom Dach lasse sich auch trefflich werben.

Wahrer Vorreiter

„Wir wollen noch mehr Strom aus Sonnenenergie in das Stromnetz einspeisen“, kündigte der Landrat an und erwähnte, dass zurzeit geprüft werde, welche weiteren kreiseigenen Dächer für Photovoltaikanlagen geeignet sind. „Damit ist der Landkreis Fürth ein wirklicher Vorreiter“, ist aus der Sunline-Chefetage zu hören.

Beim Fürther Solarunternehmen mit über 22-jähriger Erfahrung hofft man, dass der Weitblick des Fürther Landratsamts im wahrsten Sinne „breitere Kreise“ zieht. „Aber auch Kommunen oder Unternehmen können ihre Einnahmen ohne Eigenmittel verbessern“, erwähnt Markolf Schramm: Interessierte könnten jederzeit bei der Sunline in Fürth unter 0911-8009295-41 anrufen und sich beraten lassen. ❒

BayWa-Mineralöle:

Vorreiter in Bayern mit Bio-Heizöl

Die Sparte Mineralöle der BayWa AG bringt ein neues Bio-Heizöl auf den Markt. BayWa „eco5“, so der Name des Produkts, kommt zunächst im Raum Ostbayern auf den Markt. Bei dem Brennstoff handelt es sich um schwefelarmes Heizöl, dem fünf Prozent Rapsmethylester, landläufig als Biodiesel bekannt, beigemischt sind. In Bayern hat die BayWa als erster Händler diese Heizöl-Variante im Programm, in Baden-Württemberg und Norddeutschland ist sie bereits auf dem Markt.

Am BayWa-Donautanklager Deggendorf (DTL), wo eco5 gemischt und ausgeliefert wird, gaben Alfred Schmidts, BayWa-Geschäftsführer Mineralöle für Ostbayern, Hans-Peter Ellsperger, DTL-Geschäftsführer, und Stefan Schmidt vom Projektpartner ERC GmbH gemeinsam den Startschuss für die Einführung.

Erfolgreiche Tests

„Der Gesetzgeber plant für die Zukunft, dass ein Teil der Wärmeenergie aus regenerativen Energien kommen soll – siehe Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz. Wir wollen dafür frühzeitig gewappnet sein und unseren Kunden schon jetzt eine Alternative zum bisherigen Heizölangebot geben“, so Alfred Schmidts in Deggendorf. Interessant sei eco5 für Besitzer von Ölheizungen, die einen Beitrag zum Umweltschutz leisten wollen. Heizungsbauer und Kesselhersteller haben mit entsprechenden Gemischen bereits erfolgreich umfangreiche Tests durchgeführt, so dass von technischer Seite keine Einschränkungen zu erwarten seien, so Schmidts.

Das neue BayWa Bioheizöl eco5 enthält neben schwefelarmem Heizöl fünf Prozent Rapsmethylesther (RME). Zudem wird ein Additiv (Zusatz) beigemischt, das bestimmte RME-Eigenschaften ausgleicht und so für Lagerstabilität und optimale Verbrennungseigenschaften sorgt. Gemischt – im Fachjargon verblendet – wird eco5 im Donautanklager in Deggendorf. Heizungsbauer und Kesselhersteller haben mit entsprechenden Gemischen bereits erfolgreich umfangreiche Tests durchgeführt. Das Additiv ist zertifiziert und von TÜV Nord geprüft. ❒

Kommunaler Klimaschutz im Landkreis München:

TUM-Forscher leisten Hilfestellung

Gemeinsam mit den Gemeinden Neubiberg, Ottobrunn, Putzbrunn, Hohenbrunn, Höhenkirchen-Siegertsbrunn und Aying entwickelt der Lehrstuhl für Bauklimatik und Haustechnik der Technischen Universität München derzeit zukunftsweisende Konzepte zur kommunalen Energieeinsparung und –versorgung. Das Projekt „Kommunaler Klimaschutz - zukunftsfähige Energiekonzepte am Beispiel des Landkreises München“ wird von Professor Gerhard Hausladen, Ordinarius für Bauklimatik und Haustechnik geleitet und in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik, Ordinarius Professor Ulrich Wagner, durchgeführt.

Gefördert wird die Forschungsarbeit von den Bayerischen Staatsministerien für Umwelt und Gesundheit, für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Inneren/Obersten Baubehörde, dem Landkreis München sowie dem Energieversorger E.ON Bayern AG.

Insgesamt hatten sich 16 Kommunen aus dem Landkreis München für die Teilnahme an dem Forschungsprojekt beworben. Die sechs Gemeinden im Südosten von München wurden ausgewählt, weil sie mit ihrem Spektrum von städtischen bis ländlichen Strukturen einen für ganz Bayern repräsentativen Untersuchungsraum bilden und ihre räumliche Nähe zueinander auch die Betrachtung gemeindeübergreifender Synergieeffekte zulässt. Die Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt werden anderen Regionen in Bayern als Best-Practice-Beispiele dienen.

Ziel des Projekts ist es, energetische Maßnahmen im regionalen Gesamtkontext darstellen und bewerten zu können. Damit liefert das Projekt einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energievision des Landkreises München. Diese sieht vor, den Energieverbrauch im Landkreis bis 2050 um 60 % gegenüber dem heutigen Stand zu senken und die noch verbleibenden 40 % vollständig durch regenerative Energien bereitzustellen.

Im Mittelpunkt der laufenden ersten Projektphase steht die Erfassung des Energieverbrauchs kommunaler und privater Einrichtungen, der vorhandenen Infrastrukturen zur Energieversorgung sowie der noch ungenutzten energetischen Potenziale. Eine besondere Herausforderung innerhalb der Bestandsaufnahme bildet die Erfassung der Gebäude im privaten Bereich. Hierbei setzt das Forschungsteam auf eine aktive Einbindung der Bürger, insbesondere weil letztlich jeder Einzelne von den Ergebnissen des Projekts profitieren wird. Umfragen zu bestehenden Heizsystemen, aktuellen Verbrauchsdaten sowie Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden sollen dazu beitragen, den Ist-Zustand möglichst exakt abzubilden. Einen wichtigen Beitrag hierzu liefern auch Begehungen direkt vor Ort und die Zusammenarbeit mit den Bürgern. Die erhobenen Daten werden dabei ausschließlich anonymisiert weiterverarbeitet, Rückschlüsse auf einzelne Anwohner sind nicht möglich. **DK**

LEW
Lechwerke

NATÜRLICH: WÄRMEPUMPE

Die Umwelt-Heizung, die Kosten einspart! Eine Wärmepumpe beheizt Ihr Haus und erwärmt das Brauchwasser über Jahrzehnte. Dabei reduziert sie die jährlichen Kosten erheblich und schont auch noch die Umwelt. Sie ist eine Investition, die sich in jeder Hinsicht lohnt. Wir beraten Sie gerne.

Weitere Infos erhalten Sie unter **www.lew.de** oder unter der **kostenfreien Telefonnummer 0800 539 539 1**.

VORWEG GEHEN

Öffentlichen Wind für den Wind machen

Erster bayerischer Windbranchentag fordert zügigen Ausbau der Windkraft

Regensburg. (osr) „Wir wollen Wind säen und Strom ernten. Auch in Bayern!“ Diese Forderung prangte in großen Lettern über dem Podium beim ersten bayerischen Windbranchentag in Regensburg. Der bayerische Landesvorsitzende des Bundesverbands Windenergie (BWE), Günter Beermann, sprach die neue Staatsregierung direkt an: „Ausbau der Windkraft verstärken und administrative Hemmnisse abbauen!“

Um in der Branche selbst, in der Politik und in der Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Windenergie auch im Süden Deutschlands zu Hause ist, organisierte der BWE diese Veranstaltung. Denn obwohl Bayern in Deutschland Schlusslicht bei der Nutzung der klimafreundlichen Windenergie

Auf unserem Bild (v.l.): BEW-Präsident Hermann Albers, Pressesprecher Christoph Markl-Meider und Landesvorsitzender Günter Beermann. Bild: osr

ist, kann das Land mit einer starken Zulieferindustrie für die Herstellung von Windkraftanlagen aufwarten: hochwertige Getriebe, Lager, Rotornaben und Rotorblätter, Schaltanlagen, Steuerungstechnik, Hydraulik und Kabeltechnik bis hin zu speziellen Blitzschutzsystemen kommen von namhaften Firmen mit Sitz in Bayern.

Weiterentwickelte Technik

BEW-Präsident Hermann Albers unterstützte den bayerischen Landesverband ausdrücklich. Wenn ein Prozent der Landesfläche für die Windenergienutzung zur Verfügung stünden, könnten technisch 17.000 Megawattstunden erzeugt werden. Denn: Die weiterentwickelte Technik garantiere heute in Bayern mehr Betriebsstunden als vor zehn Jahren an den Nordsee. Für Bayern bedeutete dies ein Investitionsprogramm von 20 Milliarden Euro.

Wirtschaftskraft aus Windkraft

Auch wenn das Wort „Wind“ im Koalitionsvertrag nicht vorkomme, könne der Freistaat mit einer starken Zulieferindustrie für die Herstellung von Windkraftanlagen aufwarten, sagte Beermann, „und zwar in allen Regionen und mit bedeutenden nationalen und internationalen Marktteilnehmern, mit tausenden von Arbeitplätzen, innovativen Technologien und erheblichen Investitionen“. Wenn diese „Wirtschaftskraft aus Windkraft“ auf dem Heimatmarkt aber überhaupt nicht zu Geltung komme, würden die Unternehmen irgendwann in jene Länder ziehen, wo ihr Produkte wirklich zum Einsatz kommen, warnte der Landesvorsitzende.

Spitzentechnologie

Die Spitzentechnologie Windkraft ist nach Ansicht des BWE mehr als nur eine erneuerbare Energie, „sie ist - auch und gerade in der jetzigen Krisenzeit - ein nicht zu unterschätzender Wirtschafts- und Wachstumsfaktor“. Und Beermann wurde noch deutlicher: „Ohne die Windenergie bleiben Bayerns Energie- und Klimaziele unerfüllbar.“ Guter Wind wehe auch in Bayern an vielen Standorten. Statt also die Nutzung der Windkraft dem Norden und die Kosten dem Süden zu überlassen, sollten die südlichen Bundesländer mehr Windkraft im eigenen Land ermöglichen - aus regionalwirtschaftlichem Eigeninteresse und aus Gründen der kommunalen Versorgungssicherheit.

Der BWE-Bayern hält in Übereinstimmung mit dem Bund Naturschutz die Windkraftnutzung an rund 1.000 Standorten für möglich. Aufgrund des großen Leistungspotenzials moderner Anlagen könnte an diesen Standorten kurzfristig ein Potenzial von fünf Milliarden Kilowattstunden realisiert werden. Dies entspricht einem Anteil von etwa sechs Prozent des derzeitigen Stromverbrauchs in Bayern. Eine Verzehnfachung, denn momentan tragen 347 Windkraftanlagen 0,6 Prozent zum bayerischen Strom bei.

Heimische Ressource

Ein stärkerer Ausbau wie in anderen deutschen Binnenländern hätte über den Gewinn an mehr klima-freundlicher Energie hinaus zusätzliche Vorteile: „Windenergie ist eine heimische Ressource und sorgt für regionale Wertschöpfung.“ Wenn der Ausbau der Windenergie in Süddeutschland aber nicht stattfinde, würden die Verbraucher für Stromimporte jedes Jahr mehr Geld in den Norden überweisen. Die für den Ausbau notwendigen Investitionen, Arbeitsplätze, Gewerbesteuern und Pachten würden dann anstatt in den Süden vor allem in den Norden abfließen.

Jörg Mayer von der Agentur für Erneuerbare Energien stellte Ergebnisse einer November-Umfrage vor, nach der sich 70 Prozent der Bevölkerung in Bayern wegen des Klimaschutzes explizit für Windkraftanlagen auch in ihrer Nachbarschaft aussprechen. Und der Mittelstand knüpft seine Zukunftserwartungen an erneuerbare Energien zu über 90 Prozent an Beschäftigungseffekte und Technologieführerschaft. Das machte den BWE-Landesvorsitzenden dann doch sehr zuversichtlich für die Zukunft, wie auch die heftige Nachfrage von Bürgern und das steigende Interesse von vielen Stadtwerken an Windkraftanlagen. ❐

Vilsbiburg plant Windrad-Rekord

Die Aufbruchstimmung der Windenergiebranche möchte man in Vilsbiburg nutzen und gleichzeitig einen Rekord aufstellen: Auf einem 2,2 Hektar großen Areal der niederbayerischen Stadt soll schon bald das höchste Windrad Deutschlands umweltfreundlich Strom erzeugen. 179 Meter soll der Koloß messen vom Fundament bis zur Rotorspitze. Jedes Rotorblatt wird 41 Meter lang sein.

„Mindestens 1.100 Tonnen CO2 -Ausstoß könnten wir durch den Betrieb dieses Windrades im Jahr einsparen“, rechnete Bürgermeister Helmut Haider vor. Zehn Prozent des eigenen Energiebedarfs soll das Windrad decken, der insgesamt bei 53 Millionen Kilowattstunden im Jahr liegt.

Man rechnet mit voraussichtlichen Baukosten in Höhe von rund 3,7 Millionen Euro. Aber dies soll laut Haider noch lange nicht das Ende bedeuten: „Der Betrieb eines Windrades ist in Vilsbiburg eventuell sogar an vier verschiedenen Standorten möglich. Damit könnten wir einen ganz wesentlichen Beitrag zum Schutz der Umwelt leisten“, so der Bürgermeister. ❐

Energie und Rohstoffe ...

(Fortsetzung von Seite 8)

alljährlich mindestens 45.000 Lkw-Kilometer für Klärschlammtransporte zu den zentralen Verbrennungsanlagen sowie zusätzlich 1.000 Tonnen CO2-Ausstoß durch den Ersatz fossiler Brennstoffe ein.

Sludge2energy in Straubing

Als die Anlage in Mintraching im April 2008 in Betrieb ging, fand fast zeitgleich auf dem Klärwerk der Stadt Straubing der Spatenstich des Projekts Sludge2energy statt. Die hier geplante dezentrale, thermische Klärschlammverwertung geht einen anderen Weg als das zuvor vorgestellte Projekt der Lotecotec. In diesem Projekt soll neben Wärme auch Strom gewonnen werden. Entwickelt hat das Verfahren der auf die Behandlung von Trinkwasser, Abwasser und Prozesswasser spezialisierte Maschinen- und Anlagenbauer Hans Huber AG, Berching, zusammen mit dem ATZ Entwicklungszentrum aus Sulzbach-Rosenberg. Der Prozess kombiniert die Pebble-Heater-Technologie mit einer Mikrogasturbine.

Die geplante jährliche Behandlungskapazität von 3.000 Tonnen Trockensubstanz wird hauptsächlich gedeckt aus dem Klärschlammanfall der Straubinger Kläranlage. Hinzukommen können darüber hinaus stückige kommunale Bioabfälle, wie zum Beispiel Strauchschnitt, Rechengut oder Kompostierreste.

Schüttschicht als Wärmetauscher

Auch hier beginnt das Verfahren mit der Trocknung des Klärschlamms über einen Bandtrockner. Das teilgetrocknete Material wird anschließend in einer Rostfeuerung verbrannt. Das dabei entstehende, heiße Rauchgas strömt abwechselnd in einen von drei Pebble-Heatern. In den zylindrischen Wärmetauschern befindet sich zwischen zwei Rosten eine Schüttschicht aus Aluminiumoxidkugeln.

Das Rauchgas gibt seine Wärme an dieses Material ab, wird dabei bereits teilweise entstaubt und verlässt nach einer weiteren Reinigungsstufe die Anlage über den Kamin. Ist der Pebble-Heater aufgeheizt, wird er mit auf etwa 4 bar verdichteter Luft beaufschlagt – ein Vorgang, der mit „Kaltblasen“ bezeichnet wird. Beim Durchgang durch die Schüttschicht erhitzt sich die verdichtete Luft auf über 900 °C.

Mikrogasturbine erzeugt Strom und Prozesswärme

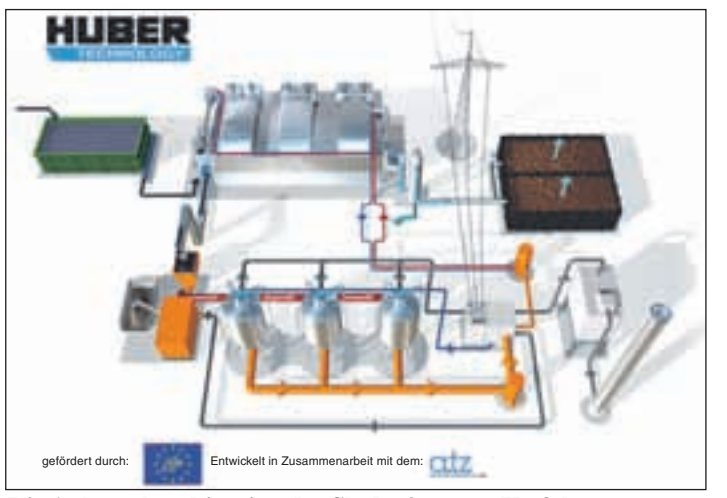
Dieses Heißgas wird zu einer Mikrogasturbine geleitet. Ohne weitere Brennstoffzugabe entspannt sich die Luft in der Turbine und kühlt dabei auf etwa 600 °C ab. Da die Aufheiz- und Kaltblasphasen, sowie die Reinigung nur nacheinander durchzuführen sind, sind für eine kontinuierliche Arbeitsweise mindestens drei Pebble-Heater erforderlich, die gegengleich betrieben werden.

Die Turbine treibt sowohl den Verdichter als auch einen Generator zur Stromerzeugung an. Die dabei entstehende Abwärme wird über Wärmetauscher zum Trocknen des Klärschlammes genutzt. Der so erzeugte Strom wird ins öffentliche Netz eingespeist und vom zuständigen Energieversorgungsunternehmen vergütet. Alles in allem soll der gesamte Prozess der Klärschlammverwertung nahezu energieautark ablaufen und die zu entsorgende Abfallmenge auf etwa ein Achtel des ursprünglichen, entwässerten Klärschlamms reduzieren. Auch in Straubing hofft man, aus der anfallenden Asche in Zukunft noch Phosphor zurückgewinnen zu können.

Beide Verfahren als Leuchttürme in Bayern

Derzeit sind die für das Projekt erforderlichen Hallen und Infrastruktureinrichtungen im Bau. Der weitere Zeitplan sieht vor, dass im Frühsommer 2009 die ersten Anlagenteile eingebaut werden können, bevor die Anlage dann im Herbst in Betrieb gehen kann.

„Wir stufen sowohl das Sludge2energy-, als auch das Lotecotec-Verfahren als visionär ein“, sagt Dr. Manuela Wimmer vom Umweltcluster Bayern. Um den nationalen und internationalen Vorbildcharakter beider Technologien zu unterstreichen, hat sie das Wirtschafts- und Wissenschaftsnetzwerk mit dem Prädikat „Leuchtturmprojekt“ ausgezeichnet. ❐



Die Anlagenkombination des Sludge2energy-Verfahrens. Bild: Hans Huber AG

Stromverbrauch im Bereitschaftsmodus

Die Europäische Kommission hat eine Ökodesign-Verordnung verabschiedet, durch die der Energieverbrauch sämtlicher Haushalts- und Bürogeräte im Bereitschaftsmodus („Standby“) deutlich verringert werden soll. In der Verordnung werden Energieeffizienz-Anforderungen festgelegt, die bis 2020 zu einer Reduzierung des Stromverbrauchs im Standby-Betrieb um nahezu 75 % führen werden.

„Die Annahme dieser ersten Maßnahme im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie beschloss das Jahr der Energieeffizienz für die Kommission in der bestmöglichen Weise und ist ein Beleg unseres Engagements für Energieeffizienzziele“, sagte EU-Energiekommissar Piebalgs.

Am 7. Juli 2008 hatten die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, die den Ökodesign-Regelungsausschuss bilden, den Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Senkung des Energieverbrauchs von Haushalts- und Bürogeräten im Standby-Betrieb gebilligt. Der Vorschlag wurde daraufhin dem Europäischen Parlament zur Stellungnahme übermittelt. Nunmehr hat die EU-Kommission mit der offiziellen Verabschiedung den letzten Schritt des so genannten Ausschussverfahrens vollzogen.

Glühbirnen ade

Die EU-Kommission plant die baldige Annahme von vier weiteren Ökodesign-Verordnungen, die vor Kurzem von den Mitgliedstaaten genehmigt wurden und nun dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Prüfung vorliegen. Dazu zählt auch die Verordnung zur schrittweisen Abschaffung von Glühbirnen. Diese erste Reihe von Ökodesign-Maßnahmen wird bis 2020 zu Stromeinsparungen von ca. 125 TWh führen, was ungefähr dem jährlichen Stromverbrauch Schwedens entspricht. ❐

Bayerns neue Energien

OSTWIND aus Regensburg realisiert seit 15 Jahren Windparks.
An vielen Standorten Europas konnte das Familienunternehmen die Überzeugung verwirklichen, dass sich aus Windkraft nicht nur elektrische Energie, sondern auch Lebensenergie gewinnen lässt.

Und zwar aus der Region und für die Region.

Mit den regenerativen Ressourcen rückt die Region ins Zentrum einer neuen Energiepolitik.

OSTWIND

OSTWIND-Gruppe
93047 Regensburg · Gesandtenstr. 3
Tel. 0941 55516 · Fax 0941 55526
info@ostwind.de · www.ostwind.de

IHK-Fachveranstaltung zum Regionalen Ressourcen-Management:

Kommunen in der Verantwortung

„Regionales Ressourcen-Management: Energie, Entsorgung, Wasser und Abwasser“ lautete das Motto einer Fachtagung “ des IHK-Gremiums Erding-Freising im Pressezentrum des Flughafens München II. Experten regionaler Firmen stellten dabei vor zahlreichen Gästen aus Politik und Wirtschaft die Erfolge ihrer Betriebe beim grünen Wirtschaften vor. Immer häufiger ist Umweltschutz damit nicht Selbstzweck, sondern schlägt sich auch in sinkenden Betriebskosten für Energie oder Müllentsorgung nieder.

Nach einer kurzen Einführung des Vorsitzenden des IHK-Gremiums Rainer Beeck, der darauf verwies, dass es sich die Gesellschaft nicht leisten kann, Müll als wertlos zu betrachten, erläuterte Michael Richter vom Bayerischen Umweltministerium detailliert das Klimaschutzprogramm Bayern 2020 der Staatsregierung sowie die Integrierte Produktpolitik (IPP). Energie, so Richter, müsse bezahlbar bleiben und die Unabhängigkeit von Energieimporten spiele eine nicht unerhebliche Rolle.

Beitrag zum Klimaschutz

Die Abfallwirtschaft im Freistaat leistet Richter zufolge einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz, immerhin habe man 9,6 Mio. Tonnen CO2 eingespart. Richter sprach sich aus diesem Grund für die Beibehaltung des Status Quo bei der Entsorgung durch die Öffentlichkeit und private Anbieter aus.

Christian Nagel, Mitglied der Geschäftsführung der E.ON Bayern AG, gab einen Ausblick auf die Unternehmenspolitik des Energieversorgers. Bayern werde mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, die momentan 60 Prozent des Energiebedarfs des Freistaats decke, langfristig zum Energieimporteur. E.ON setze stark auf regenerative Energien, deren Output sich bis 2030 in Deutschland mehr als verdoppeln soll. Viel Potenzial gebe es vor allem noch bei Windkraft und im Bereich Biomasse. Auch wenn das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eine „absolute Erfolgsgeschichte“ sei, würden Kohle- und Gaskraftwerke auch 2030 noch mehr als zwei Drittel des Stroms in Deutschland liefern, sagte Nagel.

Für Bayern hätten vor allem kleinere dezentrale Versorgungsanlagen zur Nutzung von Biomasse, Biogas und Geothermie eine Zukunft. Insgesamt investiere der Konzern in den nächsten Jahren europaweit 6 Milliarden Euro in regenerative Energien, bei einem Gesamtinvestitionsbudget für Anlagen und Netze von etwa 30 Milliarden Euro. Die Kommunalvertreter wies Nagel auf noch ungehobene Potenziale zum Energiesparen hin. So sei die Umrüstung von Weißauf Gelblicht bei der Straßenbeleuchtung eine Maßnahme, die sich betriebswirtschaftlich über 10 bis 15 Jahre rechne.

Über alternative Energiesysteme am Flughafen München informierte Rainer Hörl, Leiter Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft der Flughafen München GmbH. Größter Erfolg des Unternehmens sei die Nutzung eigener Erdgas-/Öl-Blockheizkraftwerke mit Kraftwärmekopplung. Diese reduzierten den notwendigen Energieverbrauch um 25 Prozent, da die Abwärme aus der Stromerzeugung zum Heizen und auch Kühlen verwendet wird. Mit 3600 Quadratmeter Solarzellen produziert der Flughafen 0,2 Prozent seines Stromverbrauchs selbst.

Umwelttechnologie

Aufgrund der Kosten aber ist Fotovoltaik für Hörl keine wirkungsvolle Technologie, um nennenswert zum Klimaschutz beizutragen. Während die Kraft-Wärme-Kopplung 31.000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr vermeidet, kommt die Solaranlage nur auf 400 Tonnen, trotz Investitionen von fast drei Millionen Euro.

Als Vorreiter in Sachen Umwelttechnologie präsentierte Betriebsleiter Roland Littmann die Kläranlage Moosburg. Dort wird eine hochmoderne Brennstoffzelle genutzt, um aus dem Klimakiller Methangas, das bei der Klärschlammvergärung entsteht, direkt elektrischen Strom mit vergleichsweise wenig Energieverlusten zu erzeugen.

Die Brennstoffzelle sei ein absolutes High-Tech-Produkt und eine von bundesweit erst drei Stück im Einsatz. Warme Abluft wird zur Trocknung des Klärschlamms verwendet, was wiederum günstigere Möglichkeiten zur Entsorgung eröffnet. Als Potenzial sieht Littmann eine Stromproduktion von drei Gigawattstunden im Jahr. Dies würde etwa dem Jahresverbrauch von 1500 Haushalten entsprechen. Zusätzlich könnte die Kläranlage vier Gigawattstunden Nutzwärme liefern.

Über bessere Müllverwertung sprach Georg Maier, Umweltmanager bei der EDEKA Handelsgesellschaft Südbayern. Das Unternehmen habe am Standort Ingolstadt durch wenige Maßnahmen, wie die Aufstellung einer Abfallbilanz und Gespräche mit den Entsorgern, die Restmüllmenge um 92 Prozent gesenkt. Aussortierte Wertstoffe wie leicht verschmutzte Lebensmittelverpackungen würden nun in Eigenregie in Ballen gepresst und für knapp 10.000 Euro im Jahr an den Entsorger verkauft.

Rohstoffverwertung

Ähnliche Anregungen lieferte Otto Heinz, Präsident des Verbands der Bayerischen Entsorgungswirtschaft und Geschäftsführer von Heinz Entsorgung aus Moosburg. „Waren es früher die Mengen, so spielt heute immer mehr die Zusammensetzung des Mülls eine große Rolle“, betonte Heinz. Dabei seien in der Vergangenheit die Kosten mit der Anforderung an die Entsorgung gestiegen. Die Zukunft der Branche sei die zunehmende Rohstoffverwertung.

Heinz: „Das Image der Abfallwirtschaft ist nicht das der Müllmafia in Neapel, auch wenn es bei uns einen Verdrängungswettbewerb gibt.“ Tatsache sei, dass der Abfall weniger werde, die Zahl der Entsorger aber gleich bleibe. In Bayern allerdings sei die Müllverbrennung Garant für neutrale und faire Behandlung aller. Zwischenzeitlich würden hierzulande 71 Prozent des gesamten Abfallaufkommens verwertet, langfristig trage für die Entsorger weniger, aber hochwertiger Abfall zum Unternehmenserfolg bei.

Attraktives Recycling

Heinz zufolge ist die frühere Deponierung die schlechteste Möglichkeit der Müllverwertung. Bessere Alternativen stellten die Kompostierung bzw. Vergärung dar, wenngleich auch diese Verfahren nicht an die energetische Verwertung und das Recycling heran reichten. Dabei trage das Verwertungsverfahren dazu bei, Ressourcen zu schonen - 9,6 Millionen Tonnen vermiedene CO2-Emission spreche beim Klimaschutz eine deutliche Sprache.

Da auch die Rohstoffe immer teurer würden, werde Recycling zunehmend attraktiv „und damit rechnet sich Umweltschutz sogar betriebswirtschaftlich“, fuhr Heinz fort. Wichtig sei ein hoher Grad an Sortenreinheit. Städte seien sozusagen „die Bergwerke der Zukunft“, meinte der Referent in Bezug auf den Müll und die darin enthaltenen Ressourcen.

Wichtige Logistik

Bei der Müllverwertung spiele die Logistik eine große Rolle, so der Geschäftsführer. Hier heiße es den Stand der Technik zu nutzen, kurze Wege zu planen und alternative Kraftstoffe einzusetzen. Heinz riet den Unternehmen, in ihren Betrieben auf die Abfallwirtschaft einzuwirken. Es sei ratsam, sich hier die Produktionsprozesse zu betrachten, eine interne Entsorgungslogistik zu betreiben, Verwertungswege zu verfolgen und auf die Abfalltrennung zu achten. Der Erfolg werde sich einstellen, denn ökologisches und ökonomisches Handeln seien durchaus vereinbar.

Papiertonne

Mit Blick auf die Papiertonne erklärte Heinz, jeder Bürger solle selbst entscheiden, ob er sich einer haustechnischen Sammlung anschließt oder er sein Papier lieber einer mildtätigen Sammelaktion gibt. An die Kommunen appellierte Heinz, vor dem Hintergrund europaweiter Ausschreibung ökologische und sozial hochwertige Qualität zu definieren, denn Innovation gehe über den Wettbewerb. Hier stünden die Kommunen in der Verantwortung, etwa die Sammeltechnik, die Personalqualität und das Verwertungsverfahren vorzugeben. Der Trend der Rekommunalisierung sollte gestoppt werden. **DK**

EUROFORUM-Jahrestagung zur Abfallverwertung:

Rohstoffquelle und Klimaschützer

Auf der 15. EUROFORUM-Jahrestagung „Abfallwirtschaft 2008“ in Köln diskutierten die Entscheider der deutschen Abfall- und Recycling-Industrie über die deutsche Vorreiterrolle bei der Umgestaltung der Abfallpolitik zu einer Rohstoff- und Klimapolitik. Von der im Sommer 2008 verabschiedeten Novelle der europäischen Abfallrahmenrichtlinie gehen weitere Impulse für die Abfallvermeidung und Abfallverwertung als Rohstoff- und Brennstoffquelle aus.

Seit 2002 nimmt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Wiederverwertung von Siedlungsabfällen und Abfällen aus Produktion und Gewerbe immer weiter zu und hat bis 2005 eine Verwertungsquote von 66 Prozent erreicht. Damit fließen bereits zwei Drittel jeder angelieferten Tonne Hausmüll in einen Stoffkreislauf zurück.

Deponie: von der Müll- zur Kreislaufwirtschaft.

Durch die seit Juni 2005 geltende Abfallablagerungsverordnung und das 1996 in Kraft getretene Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurde nicht nur die Verwertungsquote erhöht, sondern auch weniger Abfall deponiert und die Mitverbrennung in Feuerungsanlagen um 17 Prozent erhöht.

Novellierung

In Deutschland wird die oben erwähnte Abfallrahmenrichtlinie durch eine Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes umgesetzt, die dann in das Umweltgesetzbuch überführt werden soll. Als Vertreter des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ging Dr. Andreas Jaron auf die Ziele der europäischen Abfallpolitik im Kontext des Klimaschutzpakets ein und erläuterte die Schwerpunkte der Novellierung.

Angesichts erheblich gestiegener Rohstoff- und Energiekosten nimmt die Bedeutung von Abfall als Sekundärrohstoff immer stärker zu. Eine ökonomische und ökologische Bilanz des Recyclings zog Herwart Wilms (Remondis Assets & Services GmbH & Co. KG). Die Wiederentdeckung der Kreislaufwirtschaft vieler Kommunen war das Thema von Ludgera Decking (Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH). Am Beispiel des Rhein-Sieg-Kreises berichtete sie über die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit privaten Entsorgungsunternehmen und der weiterhin selbst betriebenen Abfallwirtschaft.

Mit einer Verbrennungsleistung von etwa 3,5 Millionen Tonnen Abfall pro Jahr und erzeugten 1.600 Gigawattstunden Fernwärme und 1.200 Gigawattstunden Strom ist E.ON Energy from Waste der deutsche Marktführer bei Verbrennungsanlagen. Vorstand Dr. Jörg Zunft erläuterte die Wachstumsstrategie seines Unternehmens.

E.ON Energy from Waste

Durch den Bau von Anlagen in den Niederlanden, Luxemburg, Großbritannien und Polen will das Unternehmen laut Zunft besonders auf dem europäischen Markt wachsen. Die Größe seines Anlagenverbundes und die Vielzahl der unterschiedlichen Anlagensysteme ermöglichten es, durch optimierendes Stoffstrommanagement eine hohe Leistungsfähigkeit und Flexibilität zu schaffen. Den Kunden werde hierdurch eine umfassende Entsorgungssicherheit garantiert. E.ON Energy from Waste verfüge über eine weitblickende und gleichzeitig hoch flexible Vertriebsplanung, die sämtliche Anlagen der Unternehmensgruppe optimal bedient. Sie beinhalte sowohl Abfallakquisition als auch exakte, vorausschauende Mengenplanung und intelligentes Dirigieren der variablen Stoffströme. Für die langjährigen Partnerschaften des Unternehmens bedeute dies höchste Zuverlässigkeit.

Wie besonders Industriekunden Ersatzbrennstoffe für sich nutzen können, stellte schließlich Dr. Roland Mohr (Infraserv GmbH & Co. Höchst AG) vor. **DK**

Seine Größe: Kleine Gassen.

Der neue Mercedes-Benz Unimog U 20.

Kompakt, wendig und günstig in Anschaffung und Unterhalt: Gerade, wenn's eng wird, zeigt er seine wahre Größe. Mit bis zu 9,3 t zulässiges Gesamtgewicht, einem Radstand von nur 2,70 m und einem Wendekreis von nur 12,60 m macht der Unimog U 20 jeden Weg frei. Eine Räumbreite von 2,50 m und Feuchtsalztechnik mit 1,4 m³ Streuervolumen ermöglichen große Räumschleifen. Jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: **www.mercedes-benz.com/neuer-U20**

Mercedes-Benz

Beutlhauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Carl Beutlhauser GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beutlhauser.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29 – 33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Kommunaler Nationalparkausschuss:

Gemeindliche Angebote optimieren

In seiner jüngsten Sitzung befasste sich der Kommunale Nationalparkausschuss in Grafenau unter Vorsitz von Landrat Heinz Wölfl unter anderem mit den Themen Nationalparkplan, kostenlose Nutzung des ÖPNV mittels Kurkarte sowie Grenzübergänge. Außerdem wurde das grenzüberschreitende touristische Projekt „Tierisch wild" vorgestellt.

Der Nationalparkplan, der die örtlichen Ziele und Maßnahmen für die Entwicklung des Nationalparks darstellt, wurde, obwohl in der Nationalparkverordnung vorgeschrieben, bislang nicht in Kraft gesetzt. Hierzu ist eine Genehmigung durch das Umweltministerium erforderlich. Da der ausgearbeitete und mit dem Kommunalen Nationalparkausschuss abgestimmte Entwurf in Teilbereichen aber inzwischen überholt ist - beispielsweise durch die Änderung der Nationalparkverordnung im Jahr 2007 - muss er überarbeitet werden. Dies will die Nationalparkverwaltung in den nächsten Monaten erledigen und den überarbeiteten Nationalparkplan dann dem Kommunalen Ausschuss und auf Wunsch auch in den Kommunen vorstellen.

Kernthemen

Der Vorsitzende des Kommunalen Nationalparkausschusses, Freyung-Grafenaus Landrat Heinz Wölfl, zeigte sich mit dieser Vorgehensweise grundsätzlich einverstanden, betonte aber, dass man bei bestimmten Kernthemen wie Wegenetz, Grenzübergänge, Triftanlagen oder Walderhaltungsmaßnahmen der Diskussion nicht ausweichen dürfe. Ob der straffe Zeitplan der Nationalparkverwaltung zu halten ist, müsse sich zeigen.

Das mit EU-Mitteln geförderte Projekt „Tierisch wild" stellten anschließend Eva Rossberger vom Zweckverband Zwieseler Winkel und Rainer Bomeisl vom Zweckverband Nationalparkgemeinden vor. „Tierisch wild" ist ein Gemeinschaftsprojekt der Gemeinden des Zweckverbands Zwieseler Winkel (Bayerisch Eisenstein, Lindberg, Zwiesel, Frauenau, Rinchnach und Langdorf), der Gemeinden des Zweckverbandes Nationalparkgemeinden (Spiegelau, St. Oswald-Riedlhütte, Neuschönau, Grafenau, Mauth, Hohenau und Freyung), des Nationalparks Bayerischer Wald, des Nationalparks Sumava und neun Gemeinden der Mikroregion Sumava. Ziel ist es, einerseits für die Nationalparkregion grenzüberschreitend touristisch zu werben und andererseits Akzeptanz und Unterstützung für den Artenschutz zu erreichen.

„Tierisch wild"

Dabei übernehmen die Gemeinden in Bayern und Tschechien Tierpatenschaften (z. B. Rothirsch in St.Oswald-Riedlhütte, Fischotter in Mauth und Luchs in Zelezna Ruda). Diese Tierpatenschaften schlagen sich dabei auch auf die touristische Vermarktung der jeweiligen Gemeinden, vor allem bei den Ortsprojekten, nieder. Start des Programms war am 1. Januar 2009, die Laufzeit beträgt drei Jahre und das Finanzvolumen rund 1,7 Mio. Euro. Die Mitglieder des Kommunalen Nationalparkausschusses begrüßten das Projekt und hoben die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Tourismusregion heraus.

ÖPNV-Angebot

Über ein mögliches Projekt, öffentliche Verkehrsmittel kostenlos mit der Kurkarte benutzen zu können, berichtete Christina Wibmer vom Nationalpark-Verkehrskonzept am Landratsamt Regen. Das derzeitige ÖPNV-Angebot in den Nationalparkgemeinden sei zwar gut, könnte aber noch optimiert werden, so Wibmer. Gestiegene touristische Qualitätsansprüche, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (ÖPNV als Alternative zum Zweitauto) und der demografische Wandel erforderten Handlungsbedarf zur Bestandserhaltung und die Verbesserung eines funktionierenden ÖPNV. Dies sei aber – gerade in Zeiten sinkender Fördermittel – äußerst schwierig zu finanzieren. Das „Kurkartenmodell" könnte hier einen Lösungsansatz bieten.

Bedürfnisse bündeln

Die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist in vielen Tourismusdestinationen bereits Standard und trägt wesentlich zur Imageverbesserung der Region bei. Wibmer warb für eine enge Abstimmung eines gemeinsamen Verkehrsmodells für alle Nationalparkgemeinden in beiden Landkreisen. Ziel müsse es sein, die Verkehrsbedürfnisse und Anforderungen an eine Gästekarte der einzelnen Gemeinden zu bündeln, um dann in die umfangreiche Projektphase starten zu können. Die Gemeinden wollen dies in ihren Gremien klären und sich anschließend zur Projektbeteiligung äußern.

Grenzübergänge

Einen kurzen Sachstandsbericht zum Thema Grenzübergänge gab Nationalparkleiter Sinner: Maßgeblich sei die Ministervereinbarung vom September 2008. Nachdem die Vorarbeiten erledigt sind, könne auf bayerischer Seite nun die Änderung der Betretungsverordnung beantragt werden. Genehmigungsbehörde ist die Regierung von Niederbayern. Die Kommunen, Fachstellen und Verbände erhielten Gelegenheit zur Stellungnahme.

Bereits ab Mitte Juli könnten Wanderer dann voraussichtlich die vier vorgesehenen Grenzübergänge Lackaberg, Mittagsberg, Blaue Säulen und Siebensteinkopf nutzen. Der Kommunale Ausschuss hielt fest, mit der Auflassung des Grenzsteiges nicht einverstanden zu sein. Man sieht zu diesem Thema weiteren Gesprächsbedarf, weswegen hierzu bereits ein Termin mit Umweltminister Söder vereinbart ist. **DK**

Renaissance der Straßenbahn

Hochkarätiges Fachsymposium beschäftigte sich mit Zukunftsperspektiven und neuen Technologien

Die Straßenbahn erlebt seit einigen Jahren weltweit eine Renaissance. Gleichzeitig steht sie in einem immer härter werdenden Wettbewerb zu modernen und leistungsfähigen Bussystemen. Mit welchen Innovationen Hersteller und Betreiber von Straßenbahnen dieser Herausforderung begegnen war Thema des Straßenbahnsymposiums 2008 in Nürnberg. Mehr als 130 Experten aus Deutschland und Österreich trafen sich auf Einladung des Clusters Bahntechnik und der VAG-Tochter ÖPNV-Akademie zum fachlichen Austausch.

In vier Blöcke gegliedert, gab jeweils ein hochkarätiges Impulsreferat den thematischen Anstoß zu einer vertiefenden Podiumsdiskussion. Einer Grundsatzdiskussion zur Systemfrage folgten drei themenspezifische Referate über neue Ansätze zur Stromversorgung, beim Lärmschutz und zu neuen Antriebstechnologien. Die Experten waren sich einig darin, dass trotz bahnbrechender Entwicklungen wie der Niederflurtechnik noch immer erheblicher Entwicklungsbedarf für die Straßenbahn bestehe.

Gute Argumente

Dem eindeutigen Kostenvorteil eines Busbetriebes im Vergleich mit einem Straßenbahnbetrieb steht eine Reihe guter Argumente gegenüber, die für die „Tram" sprechen. So ist die Straßenbahn nicht nur in der Lage, mehr Menschen in kürzerer Zeit zu transportieren, sondern bietet auch einen größeren Komfort und interessante städteplanerische Gestaltungselemente wie z. B. Rasengleise.

Dennoch wurde deutlich: „Die Straßenbahn muss sparsamer mit der Energie umgehen, noch leiser werden, weniger Kosten verursachen und den Aufwand reduzieren", wie der langjährige ehemalige Vorsitzende des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Prof. Dr. Adolf Müller-Hellmann, in seinem Impulsreferat zusammenfasste.

„Wir brauchen intelligente Mobilität", forderte Nürnbergs Bürgermeister Horst Förther in seinem Grußwort. Damit sei ein bedarfsgerechtes Angebot gemeint, das aber für die Aufgabenträger und Kunden bezahlbar sein müsse, führte er weiter aus. „Der ÖPNV steht in naher Zukunft in Konkurrenz zu Elektroautos", erklärte VAG-Vorstand Dr. Rainer Müller und stützte damit die Szenarien, die Müller-Hellmann aufgezeigt hatte. Auf diese Herausforderung müsse man sich vorbereiten, so beide unisono. Sie problematisierten insbesondere den Aspekt, dass die Umweltvorteile des ÖPNV gegenüber Elektroautos geringer würden.

Dass neue Entwicklungen nicht nur Vorteile, sondern auch Nachteile mit sich bringen, wurde bei der Diskussion über neue Antriebstechnologien deutlich. So habe sich die Niederflurtechnik als Kostentreiber für die Verkehrsunternehmen erwiesen, berichtete Paul Lehmann, Betriebs- und Bereichsleiter der Würzburger Verkehrsbetriebe. Auch der hohe Energiebedarf der Fahrzeughilfsbetriebe bereitete ihm Sorgen, vor allem Klimaanlagen seien Energiefresser. „Die moderne Antriebstechnologie der Straßenbahn muss in der Beschaffung, im Betrieb und in der Instandhaltung bezahlbar sein und bleiben", lautete seine Forderung.

Wirtschaftliche Grenzen

Im Fokus des Interesses standen weiterhin Stromversorgungssysteme, die zumindest abschnittsweise ohne Oberleitung auskommen. Auch bei diesem Thema wurde deutlich, dass technisch machbare Lösungen oftmals an wirtschaftliche Grenzen stoßen. So seien Batteriesysteme zur Speicherung von Antriebsenergie noch zu teuer. Dr. Peter Raue von der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH stellte jedoch klar: „Neue Technologien setzt man nicht immer deshalb ein, weil sie wirtschaftlich sind, sondern weil sie einen anderen Nutzen bringen und deshalb gewollt sind." Dies sei beispielsweise in Altstadtbereichen mit wertvoller Bausubstanz der Fall, wo mit Blick auf ästhetische Gesichtspunkte höhere Investitionskosten in Fahrzeuge mit Speichersystemen in Kauf genommen würden, so ein wiederholt angeführtes Argument. ❐

Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg:

Einmalige Zertifizierung

Der Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb Nürnberg ist nunmehr der erste kommunale Abfallwirtschaftsbetrieb in Bayern, der nach OHRIS zertifiziert wurde. Der Betrieb gehört in Mittelfranken zu einem Kreis von 39 Unternehmen, die mit dem Arbeitsschutzmanagementsystem OHRIS (Occupational Health- and Risk-Managementsystem) ein wirkungsvolles und innovatives Instrument zur Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Anlagensicherheit am Arbeitsplatz besitzen.

In Deutschland hat der Arbeitsschutz ein anerkannt hohes Niveau erreicht. Dennoch ereignet sich alle 25 Sekunden ein Arbeitsunfall, der mehr als drei Tage Arbeitsunfähigkeit nach sich zieht. Dabei haben Unfälle und arbeitsbedingte Erkrankungen heute häufig keine technischen Ursachen mehr, zunehmend ist „menschliches Versagen" die Unfallursache. In der gewerblichen Wirtschaft werden jährlich rund eine Million Arbeits- und Wegeunfälle registriert, davon allein 578 Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang im Jahr 2007.

Paradigmenwechsel

OHRIS ist das von der bayerischen Gewerbeaufsicht zusammen mit der Industrie entwickelte Managementsystem für Arbeitsschutz und Anlagensicherheit. Damit können Unternehmen systematisch mögliche Ursachen für Störungen in der Produktion sowie Mängel in der Ablauforganisation und in Verfahrensanleitungen entdecken und abstellen. Systemprüfung und Zertifikat sind kostenfrei. OHRIS erfüllt nationale und internationale Richtlinien für Führungssysteme im Arbeitsschutz. Mit OHRIS findet ein Paradigmenwechsel im Arbeitsschutz statt: Weg von der staatlichen Kontrolle, hin zu mehr Eigenverantwortung.

OHRIS senkt Kosten

Wie Regierungspräsident Dr. Thomas Bauer bei der Aushändigung des Zertifikats an den Umweltreferenten der Stadt Nürnberg und Ersten Werkleiter Dr. Peter Pluschke erläuterte, bedeuten mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz für die Unternehmen weniger Ausfallzeiten der Beschäftigten und dadurch weniger Stillstand der Maschinen und Anlagen. Durch OHRIS würden daher nicht nur der Arbeitsschutz und die Anlagensicherheit optimiert, sondern es könnten auch Kosten gesenkt werden. **DK**

Neuer Wertstoffhof für Bad Aibling

Deutlich mehr Platz als bisher finden die Bürger auf dem Gelände des neuen Wertstoffhofes in Bad Aibling vor. Landrat Josef Neiderhell und Bürgermeister Felix Schwaller nahmen die neue Einrichtung kurz vor Weihnachten offiziell in Betrieb.

Von einem – wenn auch verfrühten - Weihnachtsgeschenk für die Stadt sprach denn auch Bürgermeister Schwaller. Landrat Neiderhell verglich die zur Verfügung stehende Fläche mit einem etwas anders gestalteten Fußballfeld. Wie wichtig der Wertstoffhof ist, unterstrichen die beiden Politiker mit dem Hinweis, dass fast 70 Prozent des abgegebenen Abfalls wiederverwertet werde.

Fast 8000 Tonnen Abfall

„Bei 18.000 Einwohnern fallen fast 8000 Tonnen Abfall an", fügte der Bürgermeister hinzu, der zugleich dem Landkreis und allen, die den neuen Wertstoffhof ermöglichten, dankte.

Erfreulich aus Sicht der Nutzer der Wertstoffsammelstelle sind die rund 600 Quadratmeter Rangier- und Parkfläche. Abgegeben werden können alle Formen von Wertstoffen vom Sperrmüll über Eisenschrott, so genannte weiße Ware wie Waschmaschinen oder Kühlschränke, Reifen, Elektronikschrott bis hin zu Folien, Kunststoffe und Glas. Einzige Ausnahme ist Grüngut, das nach wie vor bei einer anderen Sammelstelle angenommen wird. Für Problemmüll steht ein eigener Raum zur Verfügung.

Aufgrund des schlechten Untergrunds und der aufwändigen Erschließung beliefen sich die Kosten für den neuen Bad Aiblinger Wertstoffhof auf rund 350.000 Euro. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz ist der Landkreis verpflichtet, die Gesamtkosten zu übernehmen. Die Stadt Bad Aibling beteiligte sich an den Aufwendungen für die Außenanlagen. **DK**

Paul Wolff:

Systeme für die Papiersammlung

... von ober- bis unterirdisch

Einsparungen bei den Kosten der Gesamtmüll-Entsorgung machen Altpapiersammlungen lukrativ. Dabei wird der Notwendigkeit eines Gesamtkonzepts für die Müllentsorgung oft nicht Rechnung getragen. Die Aufgabe für Verbraucher und Abfallbeseitiger gleichermaßen ist jedoch das Funktionieren eines Gesamt-Müllkonzepts in der Wohnungswirtschaft.

Deshalb gilt allgemein: In unmittelbarem Zusammenhang mit Papiersammlungen im Rahmen der kommunalen Gebührenstruktur muss auch das Konzept der Müllstandplätze überprüft werden. Genau hier zeigt sich die Stärke der nachhaltig gesicherten, fraktionssauberen Mülltrennung von Paul Wolff. Mit den unterschiedlichen Systemen zur Papierentsorgung oder -sammlung werden die Anforderungen an nutzerabhängige Müllplätze optimal erfüllt.

Optimale Auslastung

Für 1, 2 oder 3 Abfalltonnen bis 240 Liter sind unterschiedliche Müllschränke für kleinere Wohneinheiten im Angebot. Für größere Wohneinheiten gibt es Steinschränke für Papier-4-Rad-Behälter. Sie sind abschließbar und zwingen mit ihren relativ kleinen Einwurfschlitzen die Nutzer zu einer optimalen Auslastung des Container-Volumens.

Außerdem bietet das Unternehmen unterirdische Abfallsysteme an. Sichtbar sind hier nur die Einwurfschächte, was für die gestalterische Einordnung in das Wohnumfeld bestmögliche Voraussetzungen schafft. Durch die mit diesem Konzept verbundene Verbesserung der Sauberkeit der Gesamtanlage wird auch das Erscheinungsbild des gesamten Wohnumfelds positiv beeinflusst.

Auch zum Thema Müllkostengerechtigkeit leistet das Paul Wolff-Abfallkonzept Zukunftweisendes. Durch die elektronische Müllkostenverteilung wird der Müll bzw. die Wertstoffe für jede Partei anteilig erfasst und später abgerechnet. ❐

FSK und bvse vereinbaren Kooperation und Mitgliedschaft:

Verwertungsstrategie gemeinsam verfolgen

Frankfurt/Bonn. Bei Fragen rund um die Kunststoffverwertung werden zukünftig der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. und der Fachverband Schaumkunststoffe und Polyurethane FSK e.V. enger zusammenarbeiten. Dies haben beide Verbände beschlossen und dies durch die Mitgliedschaft des FSK im bvse unterstrichen.

„Bei der Kunststoffverwertung verbinden uns seit Jahren nicht nur die inhaltlichen Fragen, sondern auch zum Teil die handelnden Personen und Mitglieder", begründen Dr. Thomas Probst vom bvse und Dr. Hans-W. Schloz vom FSK diesen sinnvollen Schritt. So sind Mitglieder wie Dr. Jens Lühr und Hans Taubenberger in den Gremien des bvse und des FSK aktiv. Der FSK ist zudem Gesellschafter bei Tecpol und mit weiteren Kooperationen in der Abfallwirtschaft und im Recycling vernetzt.

Albrecht Manderscheid, Vorsitzender des FSK betonte den Schritt zur engen Zusammenarbeit: „Die Zeit ist überreif für enge Kooperationen von Verbänden, wenn dies Synergien schafft". Man werde gut und inhaltlich eng zusammenarbeiten, ist sich Manderscheid bei den Gremien „Kunststoff-Verwertung" beider Verbände und deren Fachleute sicher.

„So viel Kompetenz, wie dort dann gemeinsam am Tisch sitzt, kann uns nur weiterbringen" freut sich der FSK-Geschäftsführer Dr. H.-W. Schloz. Bereits im Februar wird es die erste gemeinsame Arbeitssitzung von bvse und FSK geben. ❐

„Zukunftswerkstatt Mobilität“:

Jugend-Szenarien zum ÖPNV

Diskussionsveranstaltung von VDV und Deutschem Verkehrsforum in Berlin

Vor Politikern und Vertretern der Wirtschaft präsentierten 30 Jugendliche aus ganz Deutschland in Berlin Ideen für Mobilität im Jahr 2030. Anlass war die Diskussionsveranstaltung „Zukunftswerkstatt Mobilität“, initiiert vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) und dem Deutschen Verkehrsforum. Insgesamt wurden dabei vier Szenarien zum ÖPNV der Zukunft vorgestellt, u. a. mit den Titeln „A3 – Anrufen, Abfahren, Ankommen“ und „Berlin 2030“.

Im Mai dieses Jahres trafen die Jugendlichen im Rahmen des Jugendsymposiums „Zukunft erfahren“ auf dem „Ideen-Park“ in Stuttgart erstmals aufeinander und erarbeiteten gemeinsam mit Verkehrsexperten des VDV Ideen, wie Mobilität in 20 Jahren aussehen könnte. So fordern sie zum Beispiel die verstärkte Benutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel, die die Natur schonen. Das Szenario im Jahr 2030: Fahrradwege wurden ausgebaut, niemand fährt kurze Strecken mit dem eigenen Auto. Allgemein hat das Auto seinen Stellenwert als Statussymbol verloren und die Menschen fahren - wenn überhaupt - kleine Autos, die weniger CO2 ausstoßen. Der Staat unterstützt diese Entwicklung durch eine CO2-Steuer. Zwischen den Ballungsräumen verkehren Transrapid-Autozüge, so dass man auch weitere Strecken ohne Auto zurücklegen kann, aber dennoch vor Ort sein Auto zur Verfügung hat.

Neue Technologien

Der Staat fördert das Erforschen neuer Technologien, um den Verkehr noch umweltschonender und effizienter zu gestalten. Bereits jetzt sind fast alle Fahrzeuge gas- oder hybridbetrieben. Um den ÖPNV noch attraktiver zu gestalten, wurde einerseits die Sicherheit der Fahrgäste durch mehr Personal verstärkt. Andererseits ist das Ticketsystem nutzerfreundlich, indem es für alle Verkehrsmittel vereinheitlicht wurde. Tickets können sowohl am Automaten als auch online gekauft werden.

Im ländlichen Raum ist der öffentliche Verkehr auf den individuellen Bedarf abgestimmt. Rufbusse, die nach Bedarf verkehren, sichern die Mobilität der Bevölkerung. Die Busse, die auf dem Land verkehren, sind kleiner. So gibt es weniger Leerfahrten, wodurch nicht nur die Umwelt geschont, sondern auch Kosten gespart werden. Diese Kostenersparnis wird insbesondere auf Schüler umgelegt, die bis zum Ende ihrer Ausbildung, ohne Altersgrenze, günstige Fahrkarten kaufen können.

Anreize des Staats

Der Staat spielt im Jahr 2030 eine wichtige Rolle. Er setzt Anreize für Wirtschaft und Konsumenten, das Klima zu schonen. So werden Anbieter und Betreiber von öffentlichen Verkehrssystemen geringer mit Steuern und anderen Abgaben belastet als Anbieter Klima schädigender Verkehrsmittel. Die Regelung der Steuern und Abgaben fördert gleichzeitig die Eigeninitiative von Verkehrsunternehmen, die Energieeffizienz und den Komfort ihre Fahrzeuge zu steigern.

Vernetzung

Die Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel und interaktive, mobile Navigationssysteme machen den öffentlichen Nahverkehr zukünftig bequemer und attraktiver für seine Nutzer. Merkmal der Gesellschaft im Jahr 2030 ist, dass der Großteil der Bevölkerung in der Nähe der großen Zentren wohnt. Für Strecken, die ohne Auto nicht zu bewältigen sind, sind Car-Sharing-Modelle sehr verbreitet. Sie entlasten den innerstädtischen Verkehr und schonen Umwelt und Klima.

Im Jahr 2030 soll die mobile Gesellschaft hohe Flexibilität und verkehrstechnische Erreichbarkeit gewährleisten. Autofahren soll unattraktiv werden. Stattdessen sollen die Menschen den ÖPNV nutzen. Der ÖPNV hat in den letzten Jahren zahlreiche Umgestaltungen erfahren. Stärkere Präsenz des Wachpersonals erhöht die Sicherheit der ÖPNV-Nutzer. Auch Service und Komfort wurden gesteigert. E-Ticketing, Anpassung des Angebots an Stoßzeiten sowie der Einsatz von modernsten Fahrzeugen machen den ÖPNV zum bequemen und beliebten Fortbewegungsmittel.

Hohe Ökosteuer

Eine Zentralisierung des ÖPNV-Systems gewährleistet eine gute Koordinierung. In der Stadt wird der Nahverkehr flexibel eingesetzt und ist auf die Bedürfnisse seiner Nutzer abgestimmt. Mit einer hohen Ökosteuer setzt der Staat Anreize, damit die Bürger vom Auto auf Busse und Bahnen umsteigen. Die Einnahmen aus der Ökosteuer fließen zum Teil in die Erforschung alternativer Ideen.

Das Fahrrad ist als Verkehrsmittel immer mehr in den Vordergrund gerückt. Im Stadtverkehr sind kostenlos zur Verfügung gestellte Fahrräder sehr beliebt. Sie werden durch Werbung für Fitnessstudios, Bio-Märkte etc. finanziert. Weil ihre Marketing-Strategie das Motto „Für Werte werben“ verfolgt, stehen alle Werbepartner für ein gesundes Leben. Auch in den Schulen werden die Themen Gesundheit und Bewegung in den Mittelpunkt gerückt.

Realistische Ideen

Die Teilnehmer der „Zukunftswerkstatt Mobilität“ nahmen die Ideen der Jugendlichen positiv auf und schätzten sie in vielen Aspekten als realistisch ein. Ihnen sollten die Zukunftsszenarien einen Denkanstoß geben. Bei ihrer Präsentation vor der Politik standen den Jugendlichen vier prominente Experten zur Seite: Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands; Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB und Mitglied des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Siegfried Stresing, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Familienverbandes e. V. und Prof. Dr. Andreas Knie, Mobilitätsforscher am Wissenschaftszentrum Berlin. Sie wurden von den Teilnehmern des Jugendsymposiums zum Abschluss der Veranstaltung offiziell zu „Botschaftern der Mobilität“ ernannt. **DK**

Hamburger Hochbahn:

Übernahme der Münchner Linienbusverkehre

Droht privaten Busunternehmen nun das Aus?

Die Hamburger Hochbahn hat das im Münchner Verkehrsverbund (MVV) tätige private Verkehrsunternehmen VBR mit Sitz in Oberschleißheim übernommen. Im Zuge seiner Expansionspolitik ist der kommunale Hamburger Verkehrsbetrieb damit auch am bayerischen Nahverkehrsmarkt angekommen.

Mit der Übernahme des aus Hessen stammenden Verkehrsbetriebs VBR betreibt die Hochbahn damit fast 20 Linienverkehre im Münchner Regionalbusverkehr. Der Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmern (LBO) befürchtet eine Monopolbildung durch kommunale Unternehmen im ÖPNV und sieht die Existenz privater Busunternehmen gefährdet.

Das Engagement der Hamburger Hochbahn außerhalb Hamburgs verlief in der Vergangenheit zudem nicht störungsfrei. Nach einer Pannenserie im Linienbusverkehr der hessischen Landeshauptstadt musste das hanseatische Nahverkehrsunternehmen nach weniger als drei Jahren das Feld in Wiesbaden räumen. Erhebliche Qualitätsprobleme bei Personal und Fahrzeugen zwangen die Hochbahn Ende 2007 ihre 49-prozentige Beteiligung an der WIBUS an die städtischen Verkehrsbetriebe Wiesbaden abzugeben. Ursprünglich wollten sich die Hanseaten bis 2019 am ÖPNV-Markt in Wiesbaden betätigen.

Die privaten bayerischen Linienbusunternehmen stehen dem Markteintritt der Hamburger Hochbahn in den Münchner Regionalbusverkehr skeptisch gegenüber. Sie befürchten einen ruinösen und unfairen Verdrängungswettbewerb durch kommunale Verkehrsunternehmen und fordern von der Politik auf Landes- und Bundesebene eindeutige politische Entscheidungen, die eine kommunale Monopolisierung des Nahverkehrs verhindern.

Da nach der aktuellen und künftigen Rechtslage die Verkehrsmärkte der kommunalen Betriebe in Deutschland vollständig vom Wettbewerb geschützt sind, kann die Hamburger Hochbahn in Bayern nur auf Kosten der privaten Verkehrsunternehmen weitere Marktanteile gewinnen, während sich die privaten Busunternehmen auf den kommunalen Nahverkehrsmärkten nicht betätigen können.

Die Expansionsstrategien einzelner kommunaler Unternehmen, die unter Einsatz von Steuermitteln erfolgen, und die Diskriminierung privater Linienbusunternehmen kann mittelfristig dazu führen, dass der Münchner und oberbayerische Nahverkehrsmarkt ausschließlich zwischen der Hamburger Hochbahn und der städtischen Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) aufgeteilt wird.

Fatale Folgen

„Die kleinen und mittelständischen Verkehrsbetriebe, die seit Jahrzehnten 60% des Linienbusverkehrs im Freistaat zuverlässig betreiben, dürfen nicht den Expansionsplänen kommunaler Nahverkehrsunternehmen oder großer ÖPNV-Konzerne geopfert werden“ mahnt LBO-Präsident Brodschelm. Die Folgen eines kommunalen Monopols im Nahverkehr wären sowohl für die Fahrgäste als auch für die Steuerzahler fatal, wie die Entwicklung der Energiepreise beweist. Neben der Schwächung der mittelständischen Wirtschaft würde eine deutliche Verteuerung und Verschlechterung des ÖPNV-Angebots drohen. ❐

Nahverkehr im Berchtesgadener Land:

Für leistungsfähige Schieneninfrastruktur

Bei der jüngsten Sitzung der Nahverkehrskommission des Landkreises Berchtesgadener Land in Bad Reichenhall lag der Themenschwerpunkt auf dem Schienenpersonennahverkehr. Obwohl hier nach allgemeiner Einschätzung insbesondere hinsichtlich neuer Haltestellen und der Langsamfahrstellen großer Handlungsbedarf besteht, war es nach Auskunft von Landrat Georg Grabner bisher trotz intensiver und vielfältiger Bemühungen nicht möglich, konkrete Zusagen von Seiten der Deutschen Bahn AG bzw. des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zu erhalten.

Nun wurde ein neues Schreiben an Staatsminister Martin Zeil übermittelt. Darin wird dieser aufgefordert, sich der Anliegen des Berchtesgadener Landes - Schieneninfrastruktur, neue Bahnhaltepunkte, Schienenfahrplan und Reaktivierung der Bahnstrecke bis Berchtesgaden Ost - anzunehmen. Grundsätzlich sei es erforderlich, sich für eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur in Bayern einzusetzen – insbesondere vor dem Hintergrund, dass Grabner zufolge das viel kleinere Land Österreich jährlich 1,7 Milliarden Euro in den Schienenverkehr investiert, die gesamte Bundesrepublik Deutschland hingegen nur 1,5 Milliarden Euro.

Woche der Mobilität

Verkehrsmanager Wick berichtete der Nahverkehrskommission über die landkreisweit mit Aktionen begleitete Europäische Woche der Mobilität. Direktor Mackinger von der Salzburger Lokalbahn informierte zudem über aktuelle Neuigkeiten zur Berchtesgadener Land-Bahn (BLB), die am 13. Dezember 2009 starten wird. Bei der BLB läuft derzeit die erste Bewerbungsphase für die Einstellung von 15 neuen Triebfahrzeugführern, im Frühjahr 2009 wird eine zweite Bewerbungsphase für die Einstellung von ca. 15 neuen Schaffnern gestartet.

„Kurkarte mobil“

Bürgermeister Stefan Kurz aus Schönau am Königssee stellte die am 1. Dezember 2008 gestartete Aktion „Kurkarte mobil“ vor, die nun eine Probezeit von einem Jahr hat. Innerhalb der Tourismusregion Berchtesgaden-Königssee (TRBK) ermöglicht die Kurkarte jetzt eine kostenfreie Nutzung aller RVO-Busse. Die TRBK hat sich dabei das Ziel gesetzt, dass die Bahn zum nächstmöglichen Zeitpunkt in die Aktion „Kurkarte mobil“ integriert werden soll.

„Gästekarte als Fahrkarte“

Zum Thema „Gästekarte als Fahrkarte“ verwies Wick auf das Vorbild Schwarzwaldregion. Dort können mit der Gästekarte in 111 beteiligten Gemeinden flächendeckend alle öffentlichen Verkehrsmittel der Schwarzwaldregion genutzt werden. Die Finanzierung dieses Angebotes erfolgt ausschließlich über den Solidarbeitrag von 31 Cent je meldepflichtiger Übernachtung.

Einheitstarif

Mit Blick auf die Einführung eines Einheitstarifes im Landkreis Berchtesgadener Land kündigte Verkehrsmanager Wick an, dass das Landratsamt mit allen im Landkreis am ÖPNV beteiligten Verkehrsunternehmen ein erstes Tarifabstimmungsgespräch im Januar führen wird. Aus der Nahverkehrskommission wurde an die Verkehrsunternehmen der Wunsch nach einer baldigen Einigung auf ein gemeinsames Tarifmodell herangetragen.

Landrat Grabner zufolge „kann der ÖPNV nur verbessert werden, wenn auch die Fahrgäste mehr werden, was wiederum eine Attraktivitätssteigerung beim ÖPNV erfordert“. Seine Prognose: „Je einfacher man der Bevölkerung die Benutzung des ÖPNV macht, desto eher werden neue Fahrgäste zusteigen.“ **DK**

Landkreis Fürstenfeldbruck:

Gutscheinheft für Stammgäste des Anrufsammeltaxis

Seit Mitte Dezember 2008 wird für Stammfahrgäste des Anrufsammeltaxis (A.S.T.) erstmals ein Gutscheinheft angeboten. In diesem Bonusheft sind in Form von selbstklebenden Marken 10 Fahrkarten für je eine Fahrt in Tarifzone 3 enthalten. Die Kosten für das komplette Heft betragen nur 40 , so dass die einzelne Fahrt gegenüber dem regulären Tarif von 4,50 um mehr als 10 Prozent ermäßigt ist.

Hintergrund des neuen Tarifangebots war ein Antrag der Kreistagsreferentin für Verkehr, ÖPNV, Straßen und Radwege, Frau Karina Werner auf Einführung von Mehrfahrtenkarten. Diese sollten für das Anrufsammeltaxi einen zusätzlichen Anreiz schaffen und gleichzeitig vor allem Vielfahrern, Fahrgästen auf langen Fahrtstrecken oder Jugendlichen mit kurzzeitigem, regelmäßigem Bedarf, wie er z.B. bei Praktikas entsteht, zu gute kommen.

Tarifgebiet

Das Gutscheinheft wurde darauf hin vom Landratsamt in Zusammenarbeit mit dem für das westliche Landkreisgebiet zuständigen A.S.T.-Unternehmen TAXIFUNK Genossenschaft Fürstenfeldbruck, der Verkehrsreferentin Karina Werner und dem Kreistagsreferenten für Strukturpolitik und ländlichen Raum Hubert Ficker erarbeitet und kommt in einer Art Modellversuch innerhalb der Tarifzone 3 des westlichen Landkreisgebiets zum Einsatz. Dieses Tarifgebiet beinhaltet neben den Gemeinden Althegnenberg, Egenhofen, Mittelstetten, Moorenweis und Türkenfeld auch die Gemeindeteile Kuchenried (Gemeinde Maisach) und Luttenwang (Gemeinde Adelshofen).

Angedachte Übertragung des Modells

Erhältlich sind die neuen Gutscheinhefte im Landratsamt Fürstenfeldbruck sowie in den Anrufsammeltaxis.Das Projekt wird vorerst über eine vollständige Fahrplanperiode bis zum Dezember 2009 durchgeführt. Bei positiver Resonanz ist eine Übertragung dieses Modells auf die Tarifzonen 1 und 2 bzw. auf die anderen A.S.T.-Verkehre (A.S.T.O. Olching und Anrufsammeltaxi für das östliche Landkreisgebiet) angedacht. ❐

Straßenbau in Oberfranken:

Meilensteine und frohe Botschaften

Überdurchschnittlich investiert haben Bund und Freistaat Bayern im vergangenen Jahr in den oberfränkischen Straßenbau. Für den Bau und die Unterhaltung der Bundesautobahnen und der Bundesstraßen standen rund 100 Mio. zur Verfügung. Im Bereich der Staatsstraßen hat der Bayerische Landtag den Rekordhaushalt von 37 Mio. bewilligt. Für die Förderung von kommunalen Straßenbauvorhaben waren Auszahlungen von 13,7 Mio. möglich.

„Damit konnten wichtige Maßnahmen für die Verbesserung und Erhaltung des Straßennetzes in Oberfranken durchgeführt werden“, freute sich Regierungspräsident Wilhelm Wenning.

Ein wichtiger Meilenstein ist die Fertigstellung des Autobahnnetzes in Oberfranken. Mit dem Bau des Abschnittes der A 73 zwischen Lichtenfels und Ebersdorf bei Coburg ist die Autobahn zwischen Bamberg und der Landesgrenze zu Thüringen seit September durchgehend befahrbar.

Schwerpunkte beim Bau der Bundesstraßen waren die Ortsumgehung der Stadt Rödental als Zubringer für die Autobahn A 73 mit Ausgaben von bislang 6 Mio. , die Verlegung der „B 289 neu“ zwischen Lichtenfels und Untersiemau sowie die Fortführung der B 303 zwischen Sonnefeld und Johannisthal mit dem Bau der 330 m langen Steinachtalbrücke bei Beikheim.

Als besonders erfreulich bezeichnete Wenning die Anstrengungen des Freistaats in den Ausbau und die Erhaltung des Staatsstraßennetzes. Mit dem „Investitionsprogramm Zukunft Bayern“ und dem „Programm Zukunft Bayern 2020“ konnten bedeutende Maßnahmen finanziert werden: der Ausbau der Staatsstraße 2183 nördlich Bindlach mit Beseitigung des Bahnüberganges, die Ortsumgehung von Memmelsdorf bei Bamberg im Zuge der Staatsstraße 2190 und der Ausbau der Staatsstraße 2209 bei Steinbach am Wald im Landkreis Kronach. Allein in Baumaßnahmen hat der Freistaat Bayern 22,5 Mio. investiert. Neben dem Neubau und Ausbau kamen diese auch der Erhaltung der Staatsstraßen und der Verbesserung der Verkehrssicherheit zu Gute.

Für Regierungspräsident Wenning wird die erfolgreiche Bilanz für 2008 durch eine lang ersehnte frohe Botschaft aus dem Bundesverkehrsministerium abgerundet: Im Zuge der Maßnahmen zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung wurde der erste Bauabschnitt für den Ausbau der B 173 südlich Kronach hinsichtlich der Finanzierung frei gegeben. Das Staatliche Bauamt Bamberg wurde beauftragt, alle weiteren Vorbereitungen für einen schnellst möglichen Baubeginn zu treffen. **DK**

Neujahrsempfang des Landkreises Miltenberg:

Für Vertrauen, Optimismus und Kreisbewusstsein

Rund 260 Gäste, die einen repräsentativen Querschnitt des Landkreises bilden, konnte Landrat Roland Schwing zum Neujahrsempfang des Landkreises Miltenberg begrüßen. Bereits zum 18. Mal wurde dieser Empfang veranstaltet. In seiner Neujahrsrede warb Landrat Schwing für Vertrauen, Optimismus und Kreisbewusstsein. Dies seien die entscheidenden Voraussetzungen für eine gute Zukunft des Landkreises Miltenberg. „Denn nur wer an die Zukunft glaube, glaube auch an die Gegenwart", zitierte er ein brasilianisches Sprichwort.

Neben vielen Herausforderungen sei das Jahr 2009 auch ein Wahljahr. Neben dem Bundespräsidenten im Mai werden das Europaparlament im Juni und der Bundestag im September neu gewählt. Mit großer Sorge beobachtet Schwing die sich immer weiter verringernde Wahlbeteiligung bei den zurückliegenden Wahlen. Leider sei in Deutschland keine Begeisterung mehr für die Demokratie zu spüren. Dies sei eine bedenkliche und gefährliche Entwicklung. Deshalb sei es notwendig, dass die Menschen wieder Vertrauen gewinnen. Die Politik sei aufgefordert, durch glaubwürdiges Handeln die Menschen zu überzeugen.

Optimismus sei auch wichtig für das neue Jahr, das von der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise geprägt werde. Hinzu komme, dass die Bürgerinnen und Bürger ständig durch neue Prognosen verunsichert würden. Er habe den Eindruck, dass es einen „Wettstreit um die schlechtesten Nachrichten" gebe. Weniger „Statistikgläubigkeit" sei wünschenswert. Viel wichtiger sei die alte Lebensweisheit, dass „in jeder Krise auch eine Chance" stecke. Er wünsche sich bei den Bürgerinnen und Bürgern viel Optimismus, damit das „Glas immer halb voll und nicht halb leer" sei.

„Lokale Kirchtürme"

Wieder gestärkt werden müsse das Kreisbewusstsein innerhalb der kommunalen Familie. Mit Sorge betrachte er die Entwicklung, dass die „längst abgebaut geglaubten lokalen Kirchtürme" langsam wieder zum Vorschein kämen. Der Landkreis könne nur so stark sein wie die Summe der 32 Städte, Märkte und Gemeinden. Das Ziel „gleichwertige Lebensbedingungen im Landkreis" bedeute nicht „ gleiche Lebensbedingungen in jeder Gemeinde". Dies sei nicht zu verwirklichen. Der Landkreis Miltenberg benötige sowohl die „Geschäftsmeile Maintal" als auch die „landschaftlich reizvollen sowie intakten Erholungs- und Rückzugsgebiete der Naturparke Spessart und Odenwald". Eine „Auflösung der kreisweiten Solidarität" würde zu einer Schwächung Miltenbergs im internationalen Wettbewerb führen.

Gastredner beim Neujahrsempfang war Pfarrer Dekan Franz Leipold aus Röllbach. Für die musikalische Umrahmung sorgte ein Querflötenquartett der Musikschule Erlenbach.

Ehrenpreis

Im Rahmen des Neujahrsempfanges des Landkreises Miltenberg wurden fünf verdiente Bürgerinnen und Bürger mit dem Ehrenpreis des Landkreises Miltenberg für herausragenden ehrenamtlichen Einsatz ausgezeichnet. Die Preisträger sind: Roselinde Aulbach, Leidersbach, Angelika Ebert, Obernburg, Erich Hein, Großwallstadt, Helga Neike, Miltenberg sowie Ludwig Scheurich, Neunkirchen.

1994 hat der Kreistag diese Auszeichnung als ehrende Anerkennung für langjährige hervorragende ehrenamtliche Tätigkeit gestiftet und inzwischen zum 15. Mal verliehen. Ausgezeichnet werden Bürgerinnen und Bürger, die sich über das normale Maß hinaus und über mindestens 25 Jahre in kirchlichen oder anderen gemeinnützigen Bereichen engagiert haben. Der Preis wird nur an fünf Personen pro Jahr verliehen. Die Geehrten haben sich besondere Verdienste erworben für ihre Arbeit in den Bereichen Kunst, Kirche, Sport, Bayerisches Rotes Kreuz und Dorferneuerung. ❐

Von links: Stv. Landrätin Claudia Kappes, Erich Hein, Angelika Ebert, Rosalinde Aulbach, Helga Neike, Ludwig Scheurich, Landrat Roland Schwing. ❐

Soziale Stadt Rosenheim/Netzwerk für Familien:

Lebendig und engmaschig

Zweiter Eltern-Kind-Tag informierte umfassend über Angebote für Generationen

Schon beim Auftakt „rappte" das Festzelt auf dem Lazise-Platz: Sio Steinberger vom Verein „Erde und Menschen" und die jungen Rapper Hussein und Öhmed aus der Jugendgruppe „Jump" motivierten die Gäste beim zweiten „Eltern-Kind-Tag" zum Mitsingen und Mitklatschen. Der Funke sprang dank dieses musikalischen Einsatzes sofort über: Das Konzept des Rosenheimer „Bündnisses für Familien", das mit Unterstützung der „Sozialen Stadt" die vielen Angebote für die Generationen lebendig vermitteln wollte, ging auf.

Viele Besucher informierten sich im Lokschuppen, der von Studenten der Hochschule in ein Familienausstellungszentrum verwandelt worden war, über das Netzwerk für die Generationen.

Dieses beeindruckte mit seiner Engmaschigkeit: 70 Aussteller – vom Sportverein bis zur Therapiepraxis, von der Kreativwerkstatt bis zum Jugendtreff, von der Krippe bis zur Hausaufgabenbetreuung – informierten über ihre Arbeit, luden zum Hineinschnuppern und Ausprobieren ein. „Mit dieser Veranstaltung sind wir auf dem richtigen Weg hin zu einer besonders kinderfreundlichen Stadt und zu mehr öffentlichem Bewusstsein für die Bedürfnisse von Familien", betonte die Schirmherrin, Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer, angesichts dieser Vielfalt bei der Eröffnung. „Wunderbar, wie unser Netzwerk für Familien funktioniert", freute sie sich über das bunte Programm, das die ehrenamtlichen Organisatoren Karl-Heinz Brauner, Katja Kolbe-Rockensüß, Petra Krebs und Regina Zinken-Sommer aufgestellt und koordiniert hatten.

Die jüngsten Gäste fühlten sich angesichts der vielen Mitmachaktionen wie im Kinderparadies. Während sie sich beim Klettern und Hüpfen, Malen und Singen, Kochen und Werken austobten, konnten sich ihre Eltern und Großeltern in aller Ruhe ein Bild über die vielen Angebote für die Generationen in Rosenheim machen. Sie standen heuer unter dem Motto „gesunde Familienwelt". Dass Gesundheit nicht nur den Körper betrifft, sondern auch die Psyche, symbolisierten die drei hochkarätig besetzten Fachvorträge. Der Hauptreferent Professor Dr. Christian Pfeiffer, ein deutschlandweit bekannter Experte für Kinder- und Jugendkriminalität, stellte anschaulich die Gefahren von ungehemmtem Medienkonsum und innerfamiliärer Gewalt für die Entwicklung der Kinder- und Jugendseele dar.

OB Gabriele Bauer (2. v. r.) mit Gerald Rose, Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, am Stand des Kindergartens Löwenzahn. ❐

Kinderarzt Dr. Eberhard Ruhenstroth-Bauer von der Kinderklinik Rosenheim informierte über die Bedeutung von gesunder Ernährung. Sie beginnt nach seinen Erfahrungen mit dem Essverhalten der Mutter während der Schwangerschaft sowie dem Stillen und sollte mit ausgewogenen Mahlzeiten im Kindesalter sowie Motivation zu Bewegung weitergeführt werden.

Garten- und Landschaftsarchitekt Dirk Schelhorn forderte in seinem Vortrag eine kinderfreundliche Stadtentwicklung, die die Lebenswelt von Familien bewusst einbezieht. Familienfreundlichkeit müsse in allen Ämtern der Stadt zu einem Querschnittsthema gemacht werden. Ein Vorbild stellen die von Schelhorn erstellten Planungen für die Außenanlagen auf dem Sportgelände des ESV Rosenheim dar. Zudem stießen Kurzreferate von Rosenheimer Praktikern zu den sieben Themenfeldern Bürgerengagement, Erziehung und Bildung, Kultur und Kunst, Wohnen/Wohnumfeld/Verkehr, Sport und Bewegung, Integration und medizinische Versorgung auf großes Interesse bei den Gästen. ❐

Aktiver Landkreis Passau:

Projekt „Koordinierende Kinderschutzstelle"

Passau gehört zu jenen Landkreisen in Bayern, die den Schutz und die Betreuung von Kindern weiter verbessern wollen. Angegliedert an das Amt für Jugend und Familie sollen zwei Fachkräfte helfend bei potentiell oder akut belasteten Familien tätig werden, bevor es zu Vernachlässigungen oder sogar Misshandlungen von Kindern kommt.

Die Maßnahme beruht auf einem Gesamtkonzept des Freistaates Bayern, der durch so genannte Koordinierende Kinderschutzstellen (KoKis) in jedem Jugendamt ein soziales Frühwarnsystem aufbauen möchte und Anstellungen bei den Jugendämtern dafür auch finanziell fördert. Im Jugendhilfeausschuss wurde die Einrichtung einer KoKi einmütig begrüßt, schließlich müsse der effektive Schutz von Kindern oberste Priorität haben, so Passaus Landrat Franz Meyer.

Wertvolle Verzahnung

Die Koordinierenden Kinderschutzstellen sind Teil des länderübergreifenden Projekts „Guter Start ins Kinderleben", an dem sich auch Bayern beteiligt. Es entstand als Konsequenz von bundesweit Aufsehen erregenden Kindesmisshandlungen, die zum Teil tödlich endeten. Die KoKis dienen der Verzahnung von Jugendhilfe und Gesundheitshilfe. Es ist vor allem die erste Phase nach der Geburt, die für die weitere Entwicklung des Kindes prägend ist. Deshalb sollen die Zugänge der Gesundheitshilfe zu den Eltern und Kindern rund um die Geburt noch besser genutzt werden. Dies gilt umso mehr, wenn Risikofaktoren bei den Eltern vorliegen, beispielsweise eine Suchtabhängigkeit, Minderjährigkeit, traumatische Missbrauchserfahrungen in der Kindheit, oder aber völlige Überforderung mit der Erziehung ihres Nachwuchses.

Die präventiven Hilfen seitens der Hebammen sowie der Ärzte sollen verzahnt werden mit den Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe. Entwicklungspsychologische Beratung soll eine feste Bindung zwischen Eltern und Kind fördern und unterstützen - bei Bedarf gekoppelt mit weiteren Hilfen wie der Erziehungsberatung.

Die vom Bayerischen Ministerrat beschlossene Einführung einer landesrechtlichen Pflicht zur Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen ist eine weitere Maßnahme, um Kinder in ihrer gesunden Entwicklung zu fördern. Wenn trotz Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe das Kindeswohl gefährdet ist, muss der Staat konsequent eingreifen. Hier kann auch eine Herausnahme des Kindes aus der Familie nötig sein. Damit es möglichst nicht zu diesem für alle Beteiligten harten Schritt kommen muss, sollen z. B. in den Koordinierenden Kinderschutzstellen allen Rat suchenden Bürgern die jeweils im Einzelfall am besten geeigneten Ansprechpartner vermittelt werden.

Besetzt werden soll die KoKi in Passau mit zwei hauptamtlichen Vollzeitkräften. So wird gewährleistet, dass immer eine Fachkraft - vorgeschlagen sind Diplom-Sozialpädagogen - zur Verfügung steht, die zudem rund um die Uhr erreichbar sein soll. Wenngleich die Förderrichtlinien derzeit noch nicht vorliegen, so wolle das Jugendamt des Landkreises Passau „doch so schnell wie möglich einsteigen", betonte Jugendamtsleiter Franz Prügl. Schließlich werden in Bayern voraussichtlich 300 KoKi-Stellen bezuschusst - und zwei davon möchte sich der Kreis sichern. Pro Vollzeitstelle könne man wohl mit einer Förderung von 16.300 Euro pro Jahr rechnen, meinte Prügl. **DK**

Neuer Seniorenwegweiser des Landkreises Passau

„Das Alter ist das, was die einen erleben und was die anderen noch vor sich haben", heißt es in einem geflügelten Sprichwort, mit dem der Passauer Landrat Franz Meyer den neuen, aktualisierten Seniorenwegweiser in 4. Auflage im Landratsamt präsentierte.

Die erste Auflage des Seniorenwegweisers wurde im Mai 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Wegweiser fanden innerhalb kürzester Zeit den Weg unter anderem auch über die Gemeinde-, Markt- und Stadtverwaltungen des Landkreises Passau in zahlreiche Haushalte.

Aufgrund der positiven Resonanz, des großen Interesses und des Umstandes, dass eine Informationsbroschüre von ihrer Aktualität lebt, folgten im Oktober 2003 und im Dezember 2005 jeweils weitere überarbeitete Auflagen.

5000 Exemplare

Die vorliegende vierte Auflage im Umfang von 5.000 Exemplaren umfasst die Themenbereiche „Beratung und Information", „Finanzielle Hilfen und Vergünstigungen", „Pflegeversicherung", „Ambulante Versorgung und Hilfeangebote", „Teilstationäre und vorübergehend stationäre Angebote", „Wohnen im Alter", „Aufenthalt im Heim – Rechte und Finanzierung", „Rechtliche Vorsorge", „Gesundheit", „Freizeit-Bildung-Kultur-Sport" sowie „Wenn der Weg zu Ende geht".

Sie berücksichtigt dabei insbesondere die umfangreichen Änderungen im Pflegeversicherungsrecht wie beispielsweise die angepassten Leistungshöhen und den gesetzlich verankerten Anspruch auf Pflegeberatung sowie die Zuständigkeitsveränderungen im Bereich der Sozialhilfe.

Soziale Aspekte

Den bisherigen und neuen Wohnformen im Alter ist ebenso ein Kapitel gewidmet. Auch soziale Aspekte nehmen einen breiten Raum ein. So werden erstmals die sog. „Tafeln" aufgeführt, wo sich Menschen mit geringem Einkommen mit preisgünstigen Lebensmitteln versorgen können. ❐

Andreas Güllering verstorben

Nach schwerer Krankheit verstarb im Alter von 76 Jahren am 27. Dezember 2008 Altbürgermeister Andreas Güllering. Von 1984 bis 1996 amtierte er als 1. Bürgermeister von Oberasbach und Kreisrat im Landkreis Fürth. Für seine vielfältigen Verdienste um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger seiner Heimat war er zum Ehrenbürger der Stadt Oberasbach ernannt worden, deren Entwicklung zu einer modernen Wohngemeinde er entscheidend und nachhaltig vorangetrieben und geprägt hat. So wurde während seiner Amtszeit Oberasbach zur Stadt erhoben. 36 Jahre gehörte Güllering der CSU an. **pm**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 43 vom 01.01.2009
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Pressedruck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten:

Umfassende Hilfestellung für Gemeinden

Thierhaupten (pm). Seit 17 Jahren bietet die Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten mit einem umfassenden Seminarprogramm wichtige Hilfestellungen für Gemeinden und Regionen bei der Kommunalentwicklung im ländlichen Raum. Das im Kloster Thierhaupten angesiedelte Weiterbildungsinstitut bringt Kommunalpolitiker, Interessengruppen, Experten und Bürger als Partner zusammen. Mit 73 Veranstaltungen und über 1.500 Teilnehmern verzeichnet die SDL 2008 erneut ein erfolgreiches Jahr.

Die Kommunalwahlen in Bayern beriefen rund 280 neue Rathauschefs in ihre Ämter. „Viele Gemeinderäte nutzten den Wandel auch für einen Stilwechsel in der Politik und haben unser Angebot verstärkt nachgefragt“, erklärte Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL auf der diesjährigen Mitgliederversammlung. Die entwickelten Arbeitsmethoden gepaart mit Fachkompetenz der als gemeinnütziger Verein organisierten Schule befähigen die Gemeinden zu besserer Teamarbeit, Ideenreichtum, Verantwortungsbewusstsein und Eigeninitiative.

Von links: Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident von Schwaben, Dagmar Fritz-Kramer, Geschäftsführerin Baufritz Erkheim, Unterallgäu, Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten, Johann Huber, Präsident des Amtes für Ländliche Entwicklung Schwaben. ❐

Der ländliche Raum ist ein Wert an sich

Der schwäbische Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert betonte in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der SDL die bedeutende Rolle des ländlichen Raumes: „Er ist Lebensraum, vermittelt aber auch ein besonderes Lebensgefühl, das sich von dem städtischer Lebensformen deutlich unterscheidet“, so Reichert. Gerade wegen der sich permanent ändernden Rahmenbedingungen müssten Experten der Kommunalentwicklung am Ball bleiben, so Reichert, damit die ländlichen Regionen vor allem in Zeiten knapper Kassen nicht ins Hintertreffen geraten. Dazu ist sowohl Image- als auch Basisarbeit notwendig. Bei der Bewältigung dieser Aufgaben leiste die SDL einen wertvollen Beitrag in Schwaben und Oberbayern. Im Rahmen des „Thierhauptener Advents“ stellte Dagmar Fritz-Kramer ihr Unternehmenskonzept als erfolgreiches Beispiel einer engen Kooperation zwischen einem Unternehmen und einer Gemeinde vor. Fritz-Kramer ist Geschäftsführerin von Baufritz in Erkheim/Unterallgäu und wurde mit dem Prix Veuve Cliquot als „Unternehmerin des Jahres 2008“ ausgezeichnet.

Neues Internetportal für den ländlichen Raum

Um ihrer Rolle als Netzwerkarchitekt noch besser gerecht zu werden, hat die Schule in Thierhaupten das Internetportal SDL INFORM entwickelt. „Damit wird das enorme Know-How, das in vielen bayerischen Gemeinden im Bereich der Kommunalentwicklung vorhanden ist, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich“, so Gerlinde Augustin, Mitinitiatorin des Projekts.

Neben umfangreichen und stets aktualisierten Themen rund um Planung und Entwicklung im ländlichen Raum, werden dort auch Referenzprojekte aus allen Regierungsbezirken Bayerns vorgestellt. Darüber hinaus können Interessenten auf das Seminarprogramm der drei bayerischen Schulen für Dorf- und Landentwicklung zugreifen, den jeweiligen Seminarkalender abrufen und Veranstaltungen online buchen. Ein Diskussionsforum bietet eine unkonventionelle Möglichkeit des Austausches unter Kollegen und Experten.

Positive Bilanz

Nach fünf Monaten Onlinebetrieb zieht Augustin eine durchweg positive Bilanz: „Mit rund 900 Zugriffen pro Monat hat sich die SDL INFORM mittlerweile in vielen bayerischen Gemeinden als nützliches Instrument der Kommunikation und Information etabliert.“ Vor allem die Benutzerfreundlichkeit und Aktualität der Inhalte regen Interessenten zum regelmäßigen Besuch des Interforums an. Die Geschäftsführerin sieht noch viel Entwicklungspotential in ihrem Projekt: Sie will vor allem zu mehr Diskussionsbeiträgen anregen, aktuelle Nachrichten und neue innovative Projekte einstellen. Die Informationsplattform ländlicher Raum und Landentwicklung soll als Instrument der Vernetzung und Kooperation mit Verwaltungen und Verbänden weiterentwickelt werden. ❐

Neue Wege in der Würzburger Jugendarbeit:

„Kids im Verein“

Drogenkonsum, Gewalt, Verschuldung, gesundheitsschädliches Essverhalten - Jugendämter haben es mit zahlreichen „problematischen“ Jugendlichen zu tun. Viel Geld fließt jedes Jahr in die Begleitung und Behandlung der jungen Menschen. Noch zu wenig wird getan, Kinder und Jugendliche vor Krisen zu bewahren. Mit dem auf fünf Jahre angelegten Projekt „Kids im Verein“ will das Jugendamt des Würzburger Landkreises neue Wege in der präventiven Jugend- und Sozialarbeit gehen.

Jugendliche, weiß Jugendamtsleiter Hermann Gabel, wollen dazu gehören. Doch oft suchen sie sich die falschen „Peergroups“ aus - Gruppen, in denen etwa geraucht und viel Alkohol getrunken wird. Wer am meisten verträgt, ist hier am stärksten anerkannt. Zusammen mit den über 1.000 Vereinen im Landkreis Würzburg will Gabel Jugendlichen in den kommenden Jahren andere, positive Wege hin zu Integration und Anerkennung eröffnen. Das erfordert viel Arbeit, denn Vereine sind für die meisten Jugendlichen zunächst einmal nicht sonderlich attraktiv. Da verspricht die Clique mehr Abenteuer, mehr Aufregung. Durch ansprechende Flyer werden „Kids“ derzeit darauf aufmerksam gemacht, welche einmaligen Freizeiterlebnisse in Vereinen möglich sind.

Mit dem Projekt „Kids im Verein“ will das Würzburger Kreisjugendamt zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ist es doch nicht nur für Kinder und Jugendliche gut, wenn sie die integrative Kraft von Vereinen zu spüren bekommen. Gabel: „Jugendarbeit ist wiederum das Rückgrat der Vereine.“ Doch um die Vereinsjugendarbeit ist es oft schlecht bestellt. Selbst traditionsreichen Vereinen geht der Nachwuchs aus. Mitgliederwerbung ist dringend nötig. Vor diesem Hintergrund sind die meisten Vereine laut Gabel bereit, das Präventionsprojekt „Kids im Verein“ zu unterstützen.

Vereine, so die Grundüberzeugung des Projekts, vermitteln wertvolle soziale Kompetenzen wie Konzentration, Selbstdisziplin, Eigenmotivation, Selbstbewusstsein und innere Ruhe. Allerdings passt nicht jeder Verein zu jedem Jugendlichen. Junge Männer und Frauen, die deshalb sozial schwierig sind, weil sie unter dem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom leiden, sind zum Beispiel am besten in einer Mannschaftssportart wie Fußball integrierbar. Schüchterne Jugendliche finden womöglich dann besonders gut zu sich, wenn sie in einem helfenden Verein wie der Wasserwacht aufgenommen werden.

Das Thema „Helfen“ wurde denn auch für den Projektauftakt gewählt. Das ganze Schuljahr 2008/2009 über sollen Jugendliche vor allem dafür gewonnen werden, sich beim Jugendrotkreuz, der Wasserwacht, der Jugendfeuerwehr oder dem Technischen Hilfswerk zu engagieren. Der soeben gedruckte Flyer mit dem Thema „Schützen - Retten - Helfen“ weist darauf hin, welches Abenteuerpotenzial diese Vereine bieten. So verspricht das Jugendrotkreuz spannende Zeltlager in wilder Natur und aufregende Jugendreisen. Kanutouren, Ausflüge in den Hochseilgarten und Seifenkistenrennen stehen auf dem Programm der Jugendfeuerwehren. Wer sich bei der Wasserwacht engagiert, kann lernen, ein Motorboot alleine zu führen.

Im kommenden Schuljahr steht das Projekt „Kids im Verein“ unter der Überschrift „Sport - Bewegung - Tanz“, ab Herbst 2010 geht es um das Thema Musik, 2011 um das religiöse und ökologische Engagement, 2012 um die offene Jugendarbeit in den Jugendzentren des Landkreises. Das gesamte Projekt ist Teil des neuen „Case-Managements“ des Kreisjugendamts. Unter diesem Fachbegriff der sozialen Arbeit versteht man die fallübergreifende Unterstützung eines Menschen in Krisensituationen. **Pat Christ**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Das Bayerische Fuhrmannslexikon kann jetzt nach Norden exportiert werden. Dank des Bundesverfassungsgerichts ist nicht jede Grobheit auch gleich eine Beleidigung.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war entzückt über einen Beschluss des höchsten deutschen Gerichts, das die Verurteilung eines Dortmunder Ratsherrn wegen Beleidigung aufhob. Dieser hatte einen Stadtratskollegen als „Dummschwätzer“ bezeichnet.

Gut, feinsinnige Naturen mögen sich schon am Ausdruck Rats„herr“ für einen Volksvertreter stören, der sein Mundwerk in derart rüder Form gegen einen Kollegen spazieren führt. Aber gemach: Besagter Kollege hat zuvor bezweifelt, dass der nunmehrige Held aller flotten Zungen im Stande gewesen wäre, eine Schule zu besuchen. Zudem war das Verhältnis der beiden

Auch Kränkungen wollen gelernt sein

nach den Feststellungen des Verfassungsgerichts eh belastet, seit der zuletzt Beleidigte und Kläger den verklagten Beleidiger im Jahr zuvor mit „du Arsch“ begrüßte.

Nichts wäre nun falscher, als die Tatsachenfeststellungen des Bundesverfassungsgerichts so auszulegen, als bereite sich gerade in Dortmund eine besondere Bühne für parlamentarische Schlammschlachten. Die Zusammenstellungen der Beleidigungen, Verunglimpfungen und Schmähungen im parlamentarisch-politischen Betrieb füllen Bibliotheken. Unnachahmlich bösartig muss Winston Churchill gewesen sein. Als ihm, der hie und da ein Gläschen nicht verachtete, eine Labour-Abgeordnete zurief, er sei ja betrunken, soll er geantwortet haben „Und Sie sind hässlich. Aber ich bin Morgen wieder nüchtern.“ Geradezu plump nimmt sich dagegen das berühmte „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein A….loch“ aus, das Joschka Fischer dem konsternierten Bundestagspräsidenten Richard Stücklen entgegenschmetterte. Dass Fischer später zum Riesenstaatsmann und einem der wenigen Hochschullehrer ohne Abitur avancieren würde, ließ damals höchstens die ebenso förmliche wie altfränkische Einleitung „Mit Verlaub“ erahnen. Subtiler war Franz Josef Strauß, dem zugeschrieben wird, die seinerzeit noch nicht verbürgerlichten Grünen einmal „Chlorophyllkommunisten“ genannt zu haben. Ungekrönter König der innovativen Sprachschöpfung deutscher Zunge in der Klasse der Schmähungen war allerdings Herbert Wehner. Als er einmal ein Hühnchen mit dem Bundestagsvizepräsidenten Jürgen Wohlrabe zu rupfen hatte, nannte er ihn kurzerhand „Herr Übelkrähe“. Unübertroffen ist aber das einem Oppositionsabgeordneten hingeschleuderte „Sie Düffel-Doffel“. Unklar ist, ob Wehner damals vor Empörung sprachlos war, oder schlicht sein Konto an Ordnungsrufen überzogen hatte.

Uns Bayern sagt man ja nicht zu Unrecht nach, Mitglieder im Verein für deutliche Aussprache zu sein. Deshalb ist es in meinen Augen eher befremdlich, wegen eines dahingeworfenen „Dummschwätzers“ gleich die gerichtliche Keule rauszuholen. Mein Vater würde dazu wohl brummeln „was wahr ist, muss wahr bleiben. Is doch ah wahr“. Ganz nebenbei schreibt das Verfassungsgericht den Empfindsamen und Schnellempörten ins Stammbuch, dass man halt auch schlucken können muss, wenn man austeilt. Wer allzu zimperlich ist, hat in der Politik eh nichts verloren.

Mein Chef, der Bürgermeister, hält sich viel darauf zugute, rhetorisch brillant und mit dem sprachlichen Florett verbale Auseinandersetzungen zu führen. In Wirklichkeit kann er natürlich auch saugrob werden, wenn ihm in einer hitzigen Auseinandersetzung das Krawattenknöpferl platzt. Dann verfährt er ganz nach dem schönen alten Motto: „Auf groben Klotz den groben Keil!“ Aber wie heißt es so schön: Aussprechen hilft - und die politischen Akteure bei uns in der Stadt sind nicht so mimosenhaft veranlagt, dass es zu Beleidigungsprozessen kommen würde. Dennoch lege ich meinem Chef mal das heutige Kalenderblatt mit dem Tipp des Schriftstellers Martin Walser hin: „Auch Kränkungen wollen gelernt sein. Je freundlicher, desto tiefer trifft's.“

Ihre Sabrina

Regionaler Planungsverband Regensburg:

Vorhalteprinzip neu gewichten

Vorsitzender Mirbeth für weitere drei Jahre im Amt bestätigt

Bei der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Regensburg in Barbing wurde Landrat Herbert Mirbeth als Vorsitzender des knapp 666.900 Einwohner zählenden Verbandes, der die Landkreise Cham, Kelheim, Neumarkt und Regensburg sowie die Stadt Regensburg umfasst, für weitere drei Jahre wieder gewählt. Er forderte, das Augenmerk nicht nur auf die Metropolregionen und großen Verdichtungsräume zu legen; auch der ländliche Raum müsse gestärkt werden. Gerade angesichts der demographischen Entwicklung sei das Vorrang- und Vorhalteprinzip beizubehalten.

Mit dem Vorrangprinzip sollen laut Mirbeth strukturschwache ländliche Gebiete besonders unterstützt werden. Dies könne etwa bei staatlichen Investitionen zu Gunsten ländlicher Räume zum Tragen kommen. Der Vorsitzende rief die zahlreich anwesenden Bürgermeister dazu auf, dieses Vorrangprinzip bei den Entscheidungen der Politik und der staatlichen Dienststellen immer wieder einzufordern.

Debatte über Grundschulen

Das Vorhalteprinzip, etwa für Schulen und Kindergärten, sei neu zu gewichten. Die Gemeinden müssten in die Lage versetzt werden, solche Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Ort zu halten, auch wenn die Auslastung aufgrund der zurückgehenden Bevölkerung unter durchschnittliche Standards zu sinken drohe. Neben der aktuellen Diskussion um den Erhalt von Hauptschulstandorten werde bald auch eine Debatte über Grundschulen beginnen, prognostizierte der Landkreischef.

Endgültig vom Tisch ist dagegen die Flutpolderdiskussion, die in der betroffenen Bevölkerung entlang der Donau östlich von Regensburg auf heftigen Widerstand gestoßen war. Die Aufsichtsbehörden haben die Fortschreibung des Regionalplans, in deren Verlauf diese ursprünglich zur Diskussion gestellten Gebiete wieder herausgenommen wurden, genehmigt. Die Planänderung wurde zu Beginn des Jahres rechtsverbindlich. Damit gibt es keine Flutpolder im östlichen Landkreis Regensburg.

Plädoyer für leistungsfähige Internetzugänge im ländlichen Raum

Leidenschaftlich gestaltete sich Mirbeths anschließendes Plädoyer für leistungsfähige Internetzugänge im ländlichen Raum. Hoffnung schöpfe er aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer, der die Verwirklichung dieses Ziels innerhalb von drei Jahren versprach. „Allerdings“, gab Mirbeth zu bedenken, „reichen die bisher vom Staat zur Verfügung gestellten 19 Millionen Euro dafür bei weitem nicht aus.“ Unverständnis äußerte er zu der Haltung des Bundestages, wonach die Universaldienstleistungen des Bundes derzeit nicht auf breitbandige Internetzugänge ausgeweitet werden können.

Demographie

Regierungspräsidentin Brigitta Brunner beleuchtete ihrerseits die demographische Entwicklung in der Oberpfalz und die damit verbundenen Herausforderungen für die Landkreise und Gemeinden. Die Bevölkerungszahlen würden mittel- bis langfristig zurückgehen. Wo es noch einen Einwohnerzuwachs gebe, wie etwa in Stadt und Landkreis Regensburg, sei dies ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen. Aber auch hier gibt es mehr Sterbefälle als Geburten. Dies führe dazu, dass die Bevölkerung immer mehr ältere.

Vorausberechnungen

Auch die Zusammensetzung der Bevölkerung ändere sich. Derzeit werden vom Statistischen Landesamt kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnungen bis zum Jahr 2026 erstellt. Den Gemeinden, die sich darum beworben haben, werden die Ergebnisse voraussichtlich bis zum Frühjahr zur Verfügung stehen. **DK**

Altbürgermeister Erwin Zeiß (links) empfängt aus der Hand seines Nachfolgers Bürgermeister Wolfgang Rast die Ehrenbürgerurkunde. Text und Bild: fpo

Ehrenbürgerwürde für Erwin Zeiß

Bei einem Festakt im Rahmen des Neujahrsempfangs des Marktes Igensdorf, Landkreis Forchheim,in Stöckach überreichte 1. Bürgermeister Wolfgang Rast seinem Vorgänger Erwin Zeiß die Ehrenbürgerurkunde mit dem dazu gehörigen Siegelring.

Damit würdigte das gegenwärtige Gemeindeoberhaupt in eindrucksvoller Weise den 42-jährigen Dienst von Erwin Zeiß als wahren „Meister der Bürger von Igensdorf“. Der Laudator war wie kein anderer prädestiniert Leben und Werk des Geehrten herauszustellen, wirkte er doch selbst 36 Jahre kommunalpolitisch an der Seite des neuen Ehrenbürgers.

Erwin Zeiß wurde erstmals 1966 als jüngster Bürgermeister des Landkreises Forchheim gewählt. Besonderer Weggefährte war der damalige Landrat Otto Ammon. Frühzeitig engagierte sich der junge Bürgermeister von Stöckach mit Geschick und Zähigkeit für die Schaffung der Großgemeinde Igensdorf, die aus den vorher selbständigen Gemeinden Igensdorf, Dachstadt, Pettensiedel, Rüsselbach und Stöckach entstand. So entwickelte sich zum 1. Januar 1972, auf freiwilliger Basis, die Großgemeinde Igensdorf. Sie besteht aus 25 Dörfern.

Die Kernorte der Gemeinde Igensdorf, Mitteldorf und Etlaswind können heuer auf die erste urkundliche Erwähnung vor 900 Jahren zurückblicken. Mit der Verleihung der Ehrenbürgerurkunde an Erwin Zeiß bekommt das Jubeljahr 2009 den geziemenden Auftakt. „Denn Bürgermeister Erwin Zeiß ist die Persönlichkeit, die das heutige Igensdorf gebaut hat“, so der Nachfolger. ❐

Vorschau auf GZ 3

In unserer Ausgabe Nr. 3, die am 29. Januar erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Baupolitik**
- **Kommunalfinanzen**
- **Wasserversorgung · Wassserentsorgung**
- **Freizeitanlagen**
- **Garten- und Landschaftsbau**
- **Kommunalfahrzeuge**

60. Geburtstag von Landrat Gebhard Kaiser:

Mutig vorwärts

Mit einem Empfang im Kapitelsaal und einem Konzert in der Pfarrkirche seiner Heimatstadt Wiggensbach feierte der Oberallgäuer Landrat Gebhard Kaiser mit rund 500 Gästen seinen 60. Geburtstag. Der am 21. Dezember geborene CSU-Politiker hat seit März 1996 das Amt des Landrats des Kreises Oberallgäu inne.

Nach einer Lehre als Käser in Wiggensbach besuchte der dreifache Familienvater die Handelsschule in Kempten und durchlief anschließend beim dortigen Finanzamt eine Ausbildung im gehobenen nichttechnischen Dienst zum Diplom-Finanzwirt (FH). Von 1975 bis 1986 war Kaiser Bürgermeister in Wiggensbach. Von 1984 an bis 1996 fungierte er als Stellvertreter von Landrat Hubert Rabini.

Parallel dazu war der Jubilar von 1986 bis 1994 wohnungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Kaiser ist zudem seit 2003 Mitglied des Bezirkstages von Schwaben. Der Fraktionsvorsitzende sitzt dort im Bezirksausschuss, Krankenhaus-Werkausschuss und Sozialhilfeausschuss.

Darüber hinaus hat Gebhard Kaiser zahlreiche öffentliche Ämter inne: Er ist unter anderem Vorsitzender des ZAK - „Zweckverbandes für Abfallwirtschaft Kempten“ (seit 1990), der Wirtschaftsfördervereinigung „Allgäu-Initiative“, des Talentförderungsvereins „ProSport Allgäu/Kleinwalsertal“, des „Allgäuer Hilfsfonds“, des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen beim Bayerischen Landkreistag, Präsident der EUREGIO via salina, Aufsichtsratsvorsitzender der „Kliniken Oberallgäu gGmbH“, Aufsichtsratsvorsitzender und Vorsitzender des Marketingbeirates der „Oberallgäu Tourismus Service GmbH“ (OATS), Vorsitzender des „Kuratorium Sicheres Allgäu“, Ehrenvorsitzender des Bezirksverbandes Schwaben des Bayerischen Siedlerbundes und Ehrenmitglied des Kemptener Kinderhilfevereins „Leuchtende Augen e.V.“. Zudem ist Kaiser Vorsitzender des CSU-Kreisverbandes Oberallgäu.

Die Gratulanten des Oberallgäuer Landrats würdigten denn auch einen Mann, der wie kaum ein anderer in einer Vielzahl von Ämtern „stets für das Gerechte und Soziale kämpfte“, so die Landrats-Stellvertreter Anton Klotz und Schwabens CSU-Chef Markus Ferber. Dass Kaiser seine Wurzeln in der Kol-

Gebhard Kaiser. ❐

pingsfamilie hatte, werde immer wieder deutlich, wenn er den großen Sozialreformer zitiere, so Klotz. Schon als Kolpings-Vorstand habe der junge Gebhard Kaiser Verkrustungen aufbrechen wollen.

Gemäß dem Kolpingschen Motto „mutig vorwärts“ sei der Wiggensbacher seinen Weg gegangen - vom jungen Bürgermeister über einen „sehr schnell auffälligen Abgeordneten“ bis zum Landrat. Für Klotz ist Kaiser „ein Kommunalpolitiker mit gewaltiger Energie und einem unerreichten Fleiß“, ein „Macher durch und durch“, der sich erst zufrieden gebe, wenn das Ziel nach seinen Vorgaben erreicht sei. Das Vertrauen der Bürger sei ihm dabei sicher. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt ein Prospekt der Firma Paul Wolff bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. Weitere Informationen im Internet unter www.paulwolff.de. ❐

Bayerische Planungsverbände:

Landrat Steinmaßl ist neuer Sprecher

Zum Nachfolger des früheren Weilheimer Landrats Luitpold Braun als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Regionalen Planungsverbände in Bayern wurde bei der Vollversammlung in München einstimmig Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl gewählt. Als Stellvertreter fungieren Landrat Rudolf Handwerker (Landkreis Haßberge) sowie die Oberbürgermeister Stefan Bosse (Kaufbeuren) und Dr. Harald Fichtner (Hof).

Nachdem die Vorstandspositionen nach der letzten Kommunalwahl einige Zeit vakant waren, kam man überein, die Interessen der Regionalen Planungsverbände in Bayern und somit das Gewicht der kommunalen Vertretungen im Rahmen der Landesplanung weiter zu stärken. Laut Steinmaßl, der auch Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands Südostoberbayern ist, „muss vieles nicht gleich zentral vom Freistaat geregelt werden, sondern ist auf der kommunalen Ebene besser aufgehoben. Ich weiß mich damit auf einer Linie mit dem Ministerpräsidenten, der ja ebenfalls das Subsidiaritätsprinzip aufwerten will.“

Besondere Herausforderungen bestünden zum Beispiel bei den Themen Metropolregionen, Entwicklung des ländlichen Raums, Verkehrswege und Einzelhandels-Großprojekte. Steinmaßl: „Die Ebene der Planungsverbände ist eine ideale Plattform, um Interessensausgleiche herbeizuführen und gemeinsam mit der Staatsregierung nach Problemlösungen zu suchen. Die Planungsregionen sind die großen Klammern zwischen Stadt und Land.“

Mit Freude stellten alle Vertreter fest, dass am Prinzip der zentralen Orte festgehalten werden soll, betonte OB Fichtner. So hält man weiter am Prinzip der gleichwertigen Lebensverhältnisse fest, das im Bayerischen Landesentwicklungsprogramm sogar mit einem Vorrangprinzip für den ländlichen Raum untermauert wurde. Ebenso wurde mit Genugtuung darauf hingewiesen, dass das neue Raumordnungsgesetz des Bundes entgegen manchen Tendenzen in den neuen Ländern ebenfalls am Prinzip der gleichwertigen Lebensbedingungen festhält.

Deutliches Zeichen

Auch die Regionalen Planungsverbände haben mit der Wahl ihrer Sprecher bewusst ein Zeichen zu Gunsten des flachen Landes bzw. der Grenzräume gesetzt. Der Sprecher kommt aus der Region Südostoberbayern mit einer Grenze zu Tirol und Salzburg, der Stellvertreter, der Kaufbeurer Oberbürgermeister Stefan Bosse aus dem Allgäu mit einer Grenze zu Österreich und der Schweiz und der Hofer Oberbürgermeister aus dem Planungsverband mit Grenzen zu Sachsen, Thüringen und der Tschechischen Republik. Man war sich auch darin einig, dass Planungsvorgänge heute nicht mehr an staatlichen Grenzen enden. **DK**

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 0 71 95 / 69 33 00 · Fax 0 71 95 / 69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

Kindergarteneinrichtungen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hailo
Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256+82224

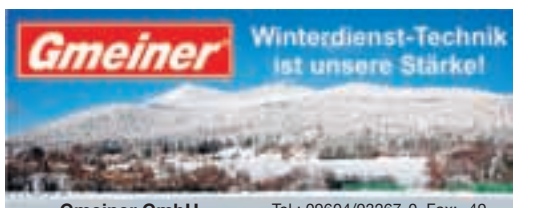
Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

elbe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail elbe@elbe.de • www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen ORION
www.orion-bausysteme.de

Wasserzähler

HYDROMETER
Messtechnik und Systemlösungen
HYDROMETER GMBH
Industriestr. 13 | 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/ 18 06 0
Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrometer.de
smart in solutions